November '95

KlaroFix

FAHRPLAN FUR LEIPZIGER FREIZEITPOLITIKERINNEN



- IM GESPRACH: STEFFEN TIPPACH
- 9. NOVEMBER: 1918 UND 1938



- Retrospektive Leni Riefenstahl
- Termine, Tips, Verrisse



editorial

Soso, es ist wieder November, einer der unagenehmsten Monate überhaupt, wenn wir mal vom Januar absehen. Über den Dezember rettet einen wenigstens noch Nikolaustag und Weihnachten. Über den November rettet uns nur heißer Tee und KlaroFix. Dieses mal ist einiges anders. Zum Beispiel der Terminkalender. Da durften sich mal neue leute austoben und deshalb sieht er jetzt ein „bißchen" anders aus. Meldet doch mal zurück, wie ihr das so findet. Außerdem gibt´s ein massenweise Seiten ohne Text und mit nur Bildern drauf. Das Thema ist wichtig, hängt auch mit dem November zusammen (Reichspogromnacht als erster öffentlicher Akt zur Vernichtung der JüdInnen in Europa), aber wir hatten auch keinen Bock, noch mal all die Dinge zu schreiben, die unsere LeserInnen ja doch schon wissen. Deshalb diese etwas emotionale Annäherung an das Thema. Wer sich zum Thema Antisemitismus weiter belesen will, sei auf das aktuelle CEE IEH und auf die laufende Reihe im FRENTE verwiesen.

Was noch anders? Keine News diesmal. Liegt an mir, ich hatte keine Lust, sie zu setzen und zu gestalten (einer der undankbarsten Jobs überhaupt bei der Gestaltung dieses Hefts). Deshalb hier nur eine kurze Anekdote:

Wie jedes Jahr organisierte das Schauspielhaus Leipzig im Oktober eine Veranstaltungsreihe in der mb unter dem Motto „Hausbesetzung durch das Schauspiel Leipzig". Deshalb wurde ein Transparent mit eben dieser Losung an der mb angebracht - was dazu führte, daß sich am 23.10. die Bullen meldeten und fragten, wie den das nun mit der Hausbesetzung wäre, sie müßten das dem Staatsschutz weitermelden! Gut gelacht haben wir.

Ansonsten viel Spaß im November und laßt euch nicht unterkriegen. Besonders die Mountainbiker habens ja bei echtem Herbstwetter schwer. Aber wer genug Obst und Gemüse ist, bleibt trotzdem gesund. Wenn ihr dennoch in Trübsal verfallt, stimmt doch einfach den nebenstehenden Rundgesang (Kanon) an und alles wird gut.

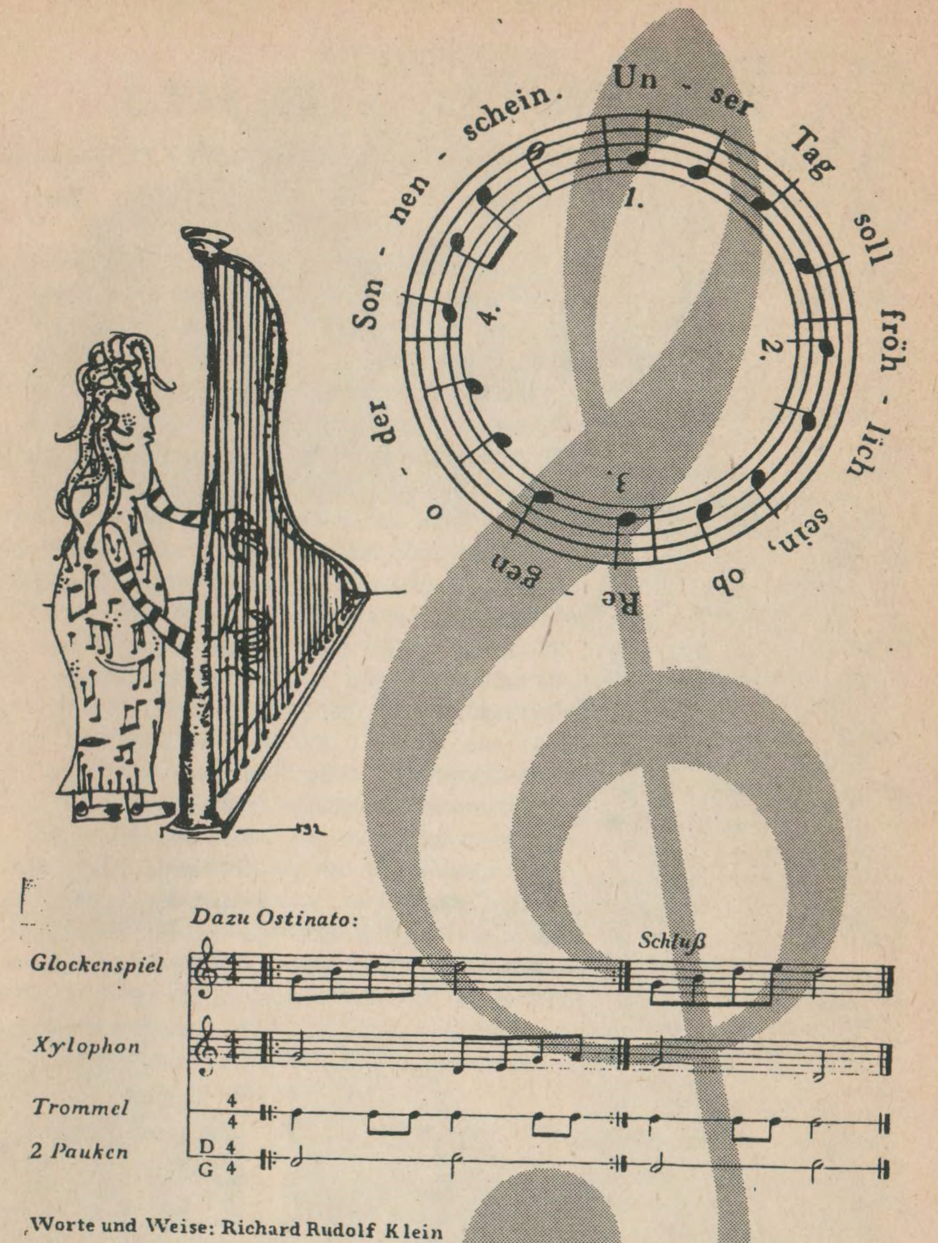
so denn
Foxi

P.S.: Der „Teufel" kann sich mal wieder melden. Wir hätten da Überarbeitungsbedarf unserer Adressenliste. Kannst du auch per E-mail machen. Is sogar besser, denk ich.

inhalt



Herausgeberin:
DRUCK c/o infobüro
Peterssteinweg 13
Leipzig 04107
E-Mail: Druck@Link-L.cl.sub.de



Alternativtext: „Ob Sonne oder Regen - wir sind dagegen."

Die ersten Schritte

Die „Alternative Wohnungsgenossenschaft Connewitz"

Teil II

Auszüge aus der Satzung der Genossenschaft...

§2 Zweck und Gegenstand

(1) Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung unter Einbeziehung von Selbsthilfe.
(2) Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben, vermitteln und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.
(3) Bei der Bewirtschaftung werden Formen der Selbstverwaltung realisiert.
(4) Die Genossenschaft soll Teile ihres Eigentums an Hausgemeinschaften in Selbstverwaltung veräußern, wenn diese es wollen und Rechtsformen gemeinschaftlichen Eigentums ohne private Gewinn-

Am 26. September fand sie statt, die Gründungsveranstaltung der Genossenschaft, an der sich ca. 50 Leutchen beteiligten, von denen der größte Teil sogar den 4-stündigen Satzungsdiskussions-Marathon durchstand, die Satzung verabschiedete, den Vorstand und Aufsichtsrat wählte und dann erschöpft mitternächtens die Lichtwirtschaft in der Stökkartstraße verließ. Zu den Gründungsmitgliedern gehören 41 Personen und 5 Vereine. Aus deren Mitte wurden 5 Menschen in den Vorstand und 7 in den Aufsichtsrat gewählt (wobei es schwierig war, die Quotenmänner zu finden). Dem Aufsichtsrat sollen je ein Mitglied der entsprechenden Häuser angehören, das ist noch nicht erreicht.

Über die Aufnahme weiterer Mitglieder entscheiden bei natürlichen Personen Aufsichtsrat und Vorstand gemeinsam, Vereine usw. bedürfen der Zulassung der Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied bezahlt ein Eintrittsgeld von 10 DM und erwirbt einen Geschäftsanteil von 50 DM, was im Vergleich zu anderen Genossenschaften sehr wenig ist. Doch das ist nicht der einzige Unterschied, steht doch ein „Alternativ" vorn an. Der Vorstand wird direkt durch die Mitgliederversammlung bestellt, was sonst durch den Aufsichtsrat geschieht. Außerdem hat der Vorstand relativ geringe Entscheidungsbefugnisse, wird durch den Aufsichtsrat kontrolliert. Die für die Genossenschaft wesentlichen Entscheidungen trifft



fast ausschließlich die Mitgliederversammlung. Weiter kommt den Hausgemeinschaften innerhalb der Genossenschaft besondere Bedeutung zu. Diese sollen ihre Häuser selbst verwalten und nehmen die Genossenschaft für darüber hinausgehende Angelegenheiten in Anspruch (Verhandlungen mit Stadt, Sanierungsträgern, Firmen etc.). So entscheidet in erster Linie die Hausgemeinschaft über die Vergabe von freiwerdendem Wohnraum. Kriterium dafür ist nicht der Platz auf einer Warteliste, sondern das persönliche Engagement und das Verhältnis zur Hausgemeinschaft. Denn der Sinn der ganzen Sache ist nicht nur, günstig billige Behausungen anzubieten, sondern eine gut funktionierende alternative Wohngemeinschaft zu ermöglichen (*„Wir sind kein Sozialhilfeprojekt“*).

Bis jetzt sind noch nicht alle BewohnerInnen der Häuser Mitglieder der Genossenschaft, was prinzipiell auch nicht erforderlich, aber für eine an den Interessen der BewohnerInnen/Mitgliedern orientierte Arbeit der Genossenschaft wichtig ist. Eine möglichst große Anzahl Mitglieder macht die Genossenschaft unabhängiger, ermöglicht mehr Spielraum und verstärkt die Stellung nach außen. Hier ist anzumerken, das alle, auch Leute die nicht in den entsprechenden Häusern wohnen, Mitglied werden können (und sollen - als eine Form der Solidarisierung).

Welche Häuser in Zukunft von der Genossenschaft verwaltet werden können, ist noch nicht absehbar. Bis jetzt werden 16 Häuser in einer Beschlußvorlage der Stadt genannt, über deren Kauf und Vergabe (Erbbaurecht) an die Genossenschaft die Stadt einzeln entscheiden wird.

Über die nähere Zukunft der Genossenschaft läßt sich vorerst nur spekulieren, da zum einen die Stadt sich zwar grundsätzlich für eine Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Genossen-

möglichkeiten wählen.

(5) Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen. Die Mitgliederversammlung legt hierfür die Voraussetzungen fest.

(6) Die Rechte der AltmieterInnen, die in den von der Genossenschaft zu übernehmenden Häusern schon vor der Übernahme wohnen, bleiben unberührt.

(...)

§10 Ausschluß eines Mitglieds

(1) Ein Mitglied kann zum Schluß eines Geschäftsjahres aus der Genossenschaft ausgeschlossen werden.

a) wenn es durch ein genossenschaftswidriges Verhalten schuldhaft oder unzumutbar das Ansehen oder die wirtschaftlichen Belange der Genossenschaft oder ihrer Mitglieder schädigt oder zu schädigen versucht.

(...)

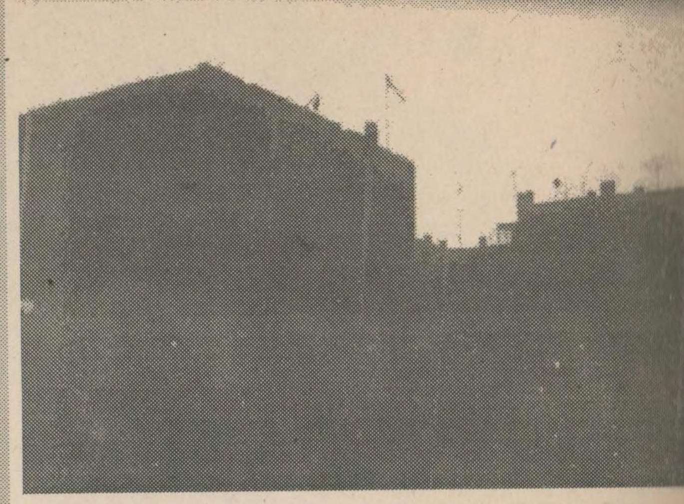
(2) Der Ausschluß erfolgt durch Beschluß der Mitgliederversammlung. Der/Dem Auszuschließenden ist vorher die Möglichkeit zu geben, sich zu dem Ausschluß auf der Mitgliederversammlung zu äußern.

(...)

§19 Zuständigkeit der Mitgliederversammlung

Der Mitgliederversammlung unterliegen
1. die Wahl des Vorstandes,
2. die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder,
3. Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat,
4. die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern,
5. die Abberufung und die fristlose Kündigung von Vorstandsmitgliedern,
6. Beschlüsse über die Durchführung von Gerichtsprozessen gegen Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Wahl der Bevollmächtigten zur Vertretung der Genossenschaft in Prozessen gegen Mitglieder des Aufsichtsrates,
(...)

Die Mitgliederversammlung beschließt über
14. Kauf und Verkauf von Häusern und Erwerb von Erbbaurechten,
15. Investitionen von über 50.000 DM,
(...)
17. Satzungsänderung,
18. Beteiligungen an Gesellschaften,
19. Beitritt zu Verbänden,
(...)
22. Grundsätze und Richtlinien für den Geschäftsbetrieb,
(...)
27. Auflösung der Genossenschaft und Wahl der LiquidatorInnen.



schaft entschieden hat, wobei aber unklar ist, wie sie weiterhin vorgeht, und zum anderen die internen Entwicklungen abzuwarten sind. Denn egal, wie Stadt usw. entscheiden, ausschlaggebend ist das Feeling innerhalb der Genossenschaft und wie mit auftauchenden Problemen umgegangen wird. Zu hoffen und zu wünschen bleibt, daß ihr dabei mehr Erfolg und längerer Bestand als der Connewitzer Alternative e.V. beschieden ist.

Nachtrag: Die für den 26.9. geplante Informationsveranstaltung zur „Stiftung Alternative Connewitz" fand am 11.10. statt. Die Genossenschaft wurde nach ihrem Brief (s.Klaro Okt.95) ausgeladen, da Tschense sich seine Party mit der Dresdner Bank nicht versauen lassen und bei der Ernte fremder Lorbeeren nicht gestört werden wollte. Die Stiftung kam nicht zustande, denn auch den geladenen Gästen wurde der Zusammenhang Stiftung und Filiale der Dresdner Bank in der Stöckartstraße nur allzu klar. Das es so eine Stiftung nicht braucht, zeigte sich in anschließenden Gesprächen, in denen anwesende Firmen direkte Zusammenarbeit und Hilfe anboten (zur Verfügung stellen von Werkzeug, fachliche Beratung und Anleitung...). Siehste Holger, es geht auch ohne dich und die Bankfiliale in der Stöckart!

(...)

§26 Aufgaben des Vorstandes, Leitung und Vertretung der Genossenschaft

(1) Der Vorstand hat insbesondere folgende Aufgaben:
a) Leitung der Genossenschaft,
b) Vertretung der Genossenschaft nach außen,
(...)
d) ordnungsgemäße Verwaltung des Vermögens der Genossenschaft,
(...)
(2) Der Vorstand leitet die Genossenschaft unter eigener Verantwortung. Er hat nur solche Beschränkungen zu beachten, die Gesetz und Satzung festlegen. Bei wichtigen Entscheidungen soll die Mitgliederversammlung gehört werden.
(3) Die Genossenschaft wird gemeinsam vertreten durch zwei Vorstandsmitglieder.
(4) Vorstandsmitglieder zeichnen für die Genossenschaft, indem sie dem Namen der Genossenschaft oder der Benennung des Vorstandes ihre Namensunterschrift beifügen.
(...)
(7) Der Vorstand führt die Geschäfte der Genossenschaft aufgrund der Beschlüsse von Mitgliederversammlung und Aufsichtsrat sowie eigener Beschlüsse. Der Vorstand beschließt mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Niederschriften über Beschlüsse sind von allen anwesenden Vorstandsmitgliedern zu unterschreiben.

(...)
(9) Der Vorstand hat der Mitgliederversammlung und dem Aufsichtsrat über die Angelegenheiten der Genossenschaft zu berichten und in den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Mitgliederversammlung, zu denen er eingeladen wird, Auskunft zu geben.

(...)

§30 Aufgaben des Aufsichtsrates

(1) Der Aufsichtsrat hat den Vorstand in seiner Geschäftsführung zu fördern, zu beraten und zu überwachen. Seine Rechte und Pflichten werden durch Gesetz und Satzung begrenzt.
(2) Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:
a) Einberufung und Vorbereitung der Mitgliederversammlung,
b) Vorbereitung von Beschlußvorlagen an die Mitgliederversammlung,
c) Prüfen des Jahresabschlusses gem §40,
d) Genehmigungen von Investitionen zwischen 5.000 DM und 50.000 DM,
f) Vertretung der Genossenschaft gegenüber Vorstandsmitgliedern,
g) Vorläufige Amtsenthebung des Vorstandes gemäß §25 Abs.3.
(3) Der Aufsichtsrat hat der Mitgliederversammlung über seine Tätigkeit zu berichten.



„Da wird notfalls eben auch der Krieg in Kauf genommen"

Gespräch mit Steffen Tippach, Mitglied der PDS-Fraktion im Bundestag und vermeintlicher PKK-Unterstützer, über Kurdistan, Repression von KurdInnen in Deutschland, deutsche Außenpolitik und seine Kriminalisierung

Also, es gibt da dieses BND/VS-Papier, in dem dir und zwei PDS-Politikerinnen Unterstützung der PKK vorgeworfen wird. Hast du das Papier inzwischen schon mal gesehen?

Ich habe die Präsidenten des Verfassungsschutzes und des Bundesnachrichtendienstes, Geiger und Porzner, angeschrieben. Vom BND, also Porzner, kam bloß die Information, es gäbe das Papier, und im übrigen wären sie nicht zuständig, das müßte doch der Verfassungsschutz machen. Der Verfassungsschutz hat dann geschrieben, er freue sich über meinen Brief und würde ihn weiter bearbeiten. Dann ist jetzt vor einigen Tagen auch ein Schreiben vom Verfassungsschutz mit Auszügen aus dem Papier, vielleicht auch eine Zusammenfassung, eingegangen, wo also im Prinzip diese Vorwürfe wieder erhoben werden, aber ohne das nun näher auszuführen, wo dann übergeleitet wird zu Ausländerextremismus, PKK und Brandanschlägen und so weiter. Im letzten Teil wird dann aufgelistet, wann ich denn was irgendwo zum Thema gesagt habe, was mich sehr freut, weil es zeigt, daß doch überhaupt noch jemand meine Pressemitteilungen liest. Das ist dann so in Vorwurfsform formuliert, also: „Sie haben 1994 und 1995 von Delegationsreisen berichtet." und „Sie haben sich in einem Interview mit der jungen Welt am soundsovielten nicht eindeutig von der Aussage distanziert, die PDS würde solidarisch mit dem kurdischen Befreiungskampf sein." Das sind also sozusagen Indizien für meine Sympathisantenschaft mit dem Terrorismus. Ja, das ist der momentane Stand.



Was also passiert, ist die Gleichsetzung von Befreiungskampf mit Terrorismus?

Ja, das ist in dem Papier so angelegt. Das sogenannte Hintergrundpapier geht im allgemeinen um Ausländerextremismus, dabei hat die PKK einen Schwerpunkt und in diesem Zusammenhang sind also auch unsere Namen erwähnt.

Was ihr konkret getan haben sollt, ist ja, eine Informations- und Kontaktstelle eingerichtet zu haben, die von einer deiner Mitarbeiterinnen geleitet wird, die angeblich dem „linksterroristischen Umfeld" zuzuordnen ist. Gibt es in dem Papier irgendwelche Ausführungen, was da in der Kontaktstelle passiert oder nicht?

Worauf sich das offensichtlich bezog, ist die Informationsstelle Kurdistan in Bonn, wo eine Mitarbeiterin von mir auch aktiv ist. Witzig ist natürlich, daß der Verfassungsschutz der Meinung ist, es bedürfe in der Solidaritätsbewegung des Anstoßes irgendeiner Partei, um irgendwelche Stellen einzurichten. Die Informationsstelle Kurdistan gibt es seit

geraumer Zeit und auch Karin ist dort seit langem aktiv. Der Informationsstelle irgendwelche Sachen vorzuwerfen hat den selben Hintergrund wie bei uns. Daß es da eine Verkoppelung gäbe, oder daß wir das gar irgendwie steuern würden, das ist völlig aus der Luft gegriffen.

Das bedeutet, daß die Informationsstelle eigentlich unabhängig von eurer Fraktion existiert?

Sie existiert völlig unabhängig und sie ist auch mit nichts von uns initiiert worden. Es gibt natürlich einen Informationsaustausch, das ist klar, aber das ist ja auch völlig normal.

Worauf bezieht sich der „linksterroristische Hintergrund" deiner Mitarbeiterin?

Es ist für mich ein bißchen schwierig, über die Aktivitäten und die Vergangenheit meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sprechen, ich denke, das müssen sie schon selber tun. Es ist nur eben so, daß Karin über viele Jahre in der Linken, auch in der radikalen Linken, in Westdeutschland sehr aktiv war und ist. Das solche Personen in eine Kriminalisierungsstrategie durch den Verfassungsschutz reinfallen, ist ja auch bekannt und nichts neues.

Das erfahren wir ja gerade auf breiter Ebene. Wir hatten im Juni die Razzien gegen die radi, K.O.M.I.T.E.E. und A.I.Z. Wird jetzt noch die parlamentarische Seite linker Politik ausgehebelt?

Ich denke, daß es da schon Zusammenhänge gibt. Diese flächendeckenden Razzien, die sich im Nachhinein ja auch als völlig substanzlos rausstellten, sind ja eigentlich ein Zeichen dafür. Es ist auch nicht verwunderlich, daß sie an dem selben Tag stattfanden, an dem auch ein Briefbombenanschlag auf einen Lübecker SPD-Politiker verübt worden ist, der keine derartigen Konsequenzen nach sich zog. Das zeigt doch den Stellenwert, der rechtsextremistischen Aktivitäten nach wie vor eingeräumt wird, auch wenn sich die Regierung da brüstet und irgendwelche Bekämpfungserfolge vorweisen will. Es ist also nach wie vor Gang und Gäbe, das linkes und linksradikales Gedankengut kriminalisiert wird. Das traurige daran ist, daß es zum Teil auch Erfolg zeigt.

Die Linke befindet sich in diesem Land seit einiger Zeit in der Defensive. Es scheint als ob jetzt nochmal zum letzten Schlag ausgeholt werden soll, damit in den nächsten zwanzig Jahren Ruhe im Karton ist.

Ich habe den Eindruck, daß das auch was damit zu tun hat, was es für eine Systementwicklung gegeben hat, daß es nunmehr nur noch ein kapitalistisches System in der Welt gibt, daß eine mitteleuropäische Mittel- und Großmacht gibt - Deutschland, die sehr energisch dabei ist, ihre neue Rolle zu bestimmen, sowohl außenpolitisch als auch innenpolitisch, als natürlich auch ökonomisch. In dem Zusammenhang ist es natürlich außerordentlich störend, wenn dort an der Heimatfront keine Ruhe herrscht. Ich denke schon , daß die Defensive der Linken ausgenutzt wird, um dort einen Kahlschlag durchzuführen, der diese Rückendekkung in weiten Teilen auch bringt, der Kräfte und Positionen ruhigstellt bzw. ausschaltet, die diesen gesellschaftlichen Wanderweg *(Kriegspfad? - d.S.)* mit dieser Großmacht nicht mitgehen. Ausgeschaltet durch Einbindung, was wir zur Zeit am Beispiel der Grünen ganz deutlich sehen. Dort wo´s sich nicht einbinden läßt, wird eben draufgeschlagen, um Konzeptionen, die den gängigen Gesellschafts- und Machtkonzeptionen widersprechen, überhaupt nicht mehr ins Gespräch kommen zu lassen, erst nicht relevant werden zu lassen.

An der Heimatfront stören natürlich die kurdischen Proteste in Deutschland, die ja nun doch eine Dimesion erreichen, die für die deutsche Linke im Moment kaum erreichbar scheint. Die PDS unterstützt ja diese kurdische Widerstands- und Solidaritätsbewegung. Wie sieht das konkret aus?

Zum einen ist es für uns wichtig, daß wir mit kurdischen Organisationen und zwar mit vielen kurdischen Organisationen zusammenarbeiten. Das heißt zum einen, Gespräche führen, zum anderen auch gemeinsam Ideen entwickeln, die auf eine Lösung der Situation insbesondere in türkisch Kurdistan, aber das betrifft natürlich auch irakisch Kurdistan und den Iran, hinwirken. Das, denke ich, geht eben nur gemein-

sam mit KurdInnen und Kurden und nicht über sie hinweg, und aus diesem Grunde führen wir Gespräche und tun das auch recht intesiv. Zum anderen sind wir der Meinung, daß es auch klar sein sollte, sich zu positionieren, auf welcher Seite wir zu finden sind, was nichts damit zu tun hat, daß es auch Kritik gibt. Das ist aber nicht der Punkt. Es ist ja jetzt modern, sich erst mal von allem möglichen zu distanzieren, und dann zu sagen, man müsse ja aber mal wieder. Ich denke, daß es diese Kritik gibt und daß diese auch offen ausdiskutiert werden soll und muß, daß ändert aber nicht an dem Kontext in dem das Ganze steht und dieser Kontext ist ein Bürgerkrieg gegen ein ganzes Volk, der dort in der Türkei durchgeführt wird. Dieses Volk hat einfach unsere Solidarität verdient. Das beinhaltet natürlich, daß wir dort, wo wir das legitime Anliegen des kurdischen Volkes und den legitimen Widerstand des kurdischen Volkes unterstützen können, es auch tun. Alles natürlich im Rahmen unserer Möglichkeiten und im Rahmen dessen, was legal ist. Da gibt es vielfältige Möglichkeiten und ich denke, wir nehmen auch einige davon war. Das heißt Unterstützung von Demonstrationen, das heißt natürlich dann auch unsere Anwesenheit dort, das Reden auf solchen Veranstaltungen, das heißt auch massive Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, das heißt auch die Beteiligung an Menschenrechtsdelegationen, ich selbst bin in den letzten anderthalb Jahren fünf mal in der Türkei, in den kurdischen Gebieten und im Irak gewesen. Das heißt auch, daß es für uns wichtig ist, die Publikation von kurdischen Zeitungen, von Schriften zu ermöglichen bzw. uns auch daran zu beteiligen. Das ist also ein sehr weites Feld, das geht bis dahin, daß wir uns klar gegen das Verbot der PKK und der kurdischen Vereine ausgesprochen haben und daß wir nach wie vor fordern, daß dieses Verbot aufgehoben wird. Das bringt uns natürlich logischerweise den Vorwurf ein, wir würden da nun sympathisieren. Es ist aber einfach unsere Position, daß es ohne die PKK und ohne Verhandlungen mit der PKK keine Lösung in diesem Konflikt geben kann. Zum zweiten ist die Bereitschaft zu verhandeln von Seiten der PKK, im Unterschied zur türkischen Regierung, gegeben. Die PKK hat verschiedene Waffenstillstandsangebote gemacht, sie hat auch Angebote zu Verhandlungslösungen gemacht, das ist bisher pauschal von der türkischen Regierung abgelehnt worden.

Mit der Kritik am Verbot der PKK steht ihr ja nicht allein da. Auch Polizei- und Innenbehörden bemängeln das ja, weil das Verbot die Situation verschärft hat.

Die Argumentation, die auch von einigen Verfassungsschützern und von Seiten der Polizei kommt, daß dieses Verbot kontraproduktiv sei, hat ja nun doch einen etwas anderen Hintergrund als unsere Haltung. Es ist so, daß es seit diesem Verbot eine Repressionswelle gegen Kurdinnen und Kurden in diesem Land gibt, was in der Öffentlichkeit so eigentlich gar nicht wahrgenommen wird. Es gibt dutzende von politischen Gefangenen, es gab sogenannte Nachfolgeverbote von Vereinen, es gibt Verhaftungen, die wirklich in die tausende gehen, Wohnungsdurchsuchungen, Beschlagnahme, Verbote von Nachrichtenagenturen, Beschlagnahme von Literatur. Das ist eine derartig massive Form von Repression, das passiert also nicht mehr nur in dem Maßstab, wie das die deutsche radikale Linke so kennt, die sich ja nun häufig selber sehr bejammert, wei sie immer unterdrückt und repressiert wird. Das sind dann auch andere Dimensionen, Massenverhaftungen und die entsprechenden Repressionen die nachgezogen werden. Für die Leute steht natürlich auch immer die Gefahr einer Abschiebung in die Türkei dahinter. Wir sagen, wir halten dieses Verbot für kontraproduktiv, weil wir der Meinung sind, die PKK ist eine legitime Vertreterin kurdischer Interessen, mit Betonung auf „eine". Sie genießt ein beträchtliches Ansehen unter Kurdinnen und Kurden, sie muß zwangsläufig auch ein Teil einer Konfliktlösung sein. Das ist doch aber was anderes, als ob icg sage, das Verbot ist kontraproduktiv, weil die Leute dann in den Untergrund gehen, und ich sie schwerer verfolgen kann.

Wenn ihr euch im Gespräch

Wird die PKK von PDS-Politikern unterstützt?

Kinkel: Kurdenkonflikt darf nicht auf deutschem Boden ausgetragen werden

Hamburg/München/Frankfurt (dpa/AP). Eine angebliche Unterstützung der verbotenen kurdischen Separatistenorganisation PKK durch PDS-Mitglieder hat am Wochenende für Wirbel gesorgt. Die „Bild am Sonntag" nannte die Bonner Abgeordneten Ulla Jelpke und Steffen Tippach. CSU-Generalsekretär Bernd Protzner sagte, sollte dies zutreffen, stelle sich die Frage, ob die PDS nicht selber eine „terroristische Vereinigung" ist.

Die „Bams" zitiert aus einem ihr vorliegenden Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes: „Zu den Unterstützern der PKK zählen die PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Steffen Tippach, das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Marion Seelig." In Bonn sei eine Verbindungsstelle, Kontaktperson eine Mitarbeiterin Tippachs. Die PKK mit rund 7500 Angehörigen und 50 000 Sympathisanten werde „bundesweit von über 30 aktiven Gruppen, vor allem Linksextremisten, unterstützt". Stellungnahmen der Genannten und der Behörden gab es dazu nicht.

Bei neuen Brandanschlägen gegen türkische Einrichtungen in Essen, Siegen und Stadtallendorf bei Marburg entstand am Wochenende Sachschaden.

Nach Ansicht von Außenminister Kinkel darf der Kurdenkonflikt nicht auf deutschem Boden ausgetragen werden. Der Kölner Zeitung „Sonntag-Express" sagte der FDP-Politiker, die PKK habe in Deutschland nichts zu suchen.

mit kurdischen Parteien, Vereinen usw. befindet, gibt es auch Gespräche mit türkischen Organisationen?

Natürlich befinden wir uns auch mit türkischen Stellen im Gespräch. Ich selbst bin Mitglied der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe. Es gibt auch mit anderen offiziellen Stellen der türkischen Seite Gespräche, die natürlich regelmäßig unsere Distanz klarstellen, andererseits auch klarstellen, daß wir offen sind für eine politische Lösung des Konfliktes, und die unsererseits natürlich auch die Betonung der fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen in der Türkei beinhaltet.

Du warst bei der Konstituierung des kurdischen Exilparlaments in Den Hag. Wird das Parlament von der PKK dominiert?

Da ist natürlich das Problem, daß das Parlament tatsächlich von einigen Organisastionen nicht getragen wird, was denke ich, damit zu tun hat, daß die PKK ein gewisses Vormachtstreben ausübt. Sie ist die bedeutendste Organisation, und daraus wächst zum Teil der Anspruch, zu sagen sie wären die einzige legitime Vertretung der Kurdinnen und Kurden.

Welche Rolle spielt das Parlament?

Es hat sehr große Beachtung gefunden in den kurdischen Gebieten der Türkei. Es hat eine gewisse Repräsentationsfunktion. Es gibt also eine Interessenvertretung. Das war ja bisher immer das Problem. Das hat ja mit dem Exilparlament nun auch nicht hundertprozentig geklappt, weil sich, wie gesagt, nun auch einige Organisationen draußen halten. Es gab da auch andere Ansätze, eine gemeinsame Plattform zu finden, die aber, um es mal so zu nennen, problematisch angegangen worden sind. Da kann man nun aber nach vielen Seiten mit Dreck werfen. Das Parlament kann aber schon eine Funktion haben als Ansprechpartner für Vermittlungen haben. Es hat natürlich auch einen erheblichen stellenwert für politisch engagierte Kurdinnen und Kurden und andere Interessierte, die damit eine Interessenvertretung gebildet sehen. Das ist, denke ich, der Hauptstellenwert des ganzen. Was daraus wird, ist natürlich auch Sache der Kurdinnen und Kurden selber, wie sie die Sache in innenpolitische Prozesse eingliedem können oder wollen.

Welche Rolle spielen die Brandanschläge der jüngeren Vergangenheit auf türkische Geschäfte und Vereinshäuser bei deiner Kritik an der PKK?

Zunächst mal ist mir bisher kein Fall bekannt, wo es wirklich zu einer Verurteilung deswegen gegeben hätte, wo also auch klar wäre, daß das die PKK war, oder daß sie das angeleitet hätte. Selbst das Bundeskriminalamt verweist auf sehr viel Vorsicht bei der Zuordnung solcher Anschläge zur PKK. Zunächst mal muß man da klar sagen, auch die ERNK *(Untergruppe / politischer Arm der PKK)* hat sich in Presseerklärungen klar von den Brandanschlägen distanziert. Nun denke ich, daß es natürlich möglich

ist, daß da Anschläge von Kurdinnen und Kurden verübt worden sind, die auch unter dem Eindruck der politischen und militärischen Situation passiert sind, in der Deutschland als eine Kriegspartei betrachtet wird. Ich halte das für ausgesprochen schädlich. Ich halte es aber auch für gewagt, öffentlich zu behaupten, das wäre von der PKK organisiert und so weiter. Zum anderen ist es so, was selten gesagt wird, daß diese Kulturvereine, die in erheblichen Maße davon betroffen sind, Sammelpunkte für türkische Faschisten sind, daß es in erheblichem Maße auswuchernd in Deutschland Entwicklungen gibt, daß sich eben unter solchen Dach-Kulturvereinen sofort die MHP - die türkischen Faschisten - und die Grauen Wölfe *(Jugendorganisation der MHP)* sammeln und von dort auch sehr aggressiv vorgehen. Die Ereignisse in Neumünster *(ein junger Kurde wurde von türkischen Faschisten ermordet)* sind nur die Spitze des Ganzen. Es muß einfach konstatiert werden, daß in den türkischen Comunities es einen zunehmenden Einfluß sowohl islamistischer Kreise als auch der faschistischen Kräfte gibt. Solche hat es eben zum Teil bei den Anschlägen getroffen. Das wird dann in der Öffentlichkeit immer auf die menschliche Ebene gezogen, der politische Hintergrund wird völlig ausgeblendet. Das, denke ich, hat auch ein gewisses Kalkül. Daß die MHP in der Türkei beinahe Regierungspartei geworden wäre, hat von staatlicher Seite hier überhaupt keine Reaktion hervorgerufen. Daß sowas überhaupt keine Benennung findet, daß dort bei einem NATO-Bündispartner die Regierung von einer faschistischen Partei gestützt wird, das zeigt zum einen, wie weit Çiller *(türkische Ministerpräsidentin)* zu gehen bereit ist, aber auch wie weit z.B. Deutschland aber auch andere Regierungen bereit sind, zu tolerieren, was dort vorgeht, um diesen Bündnispartner eben nicht zu verlieren. Das widerspricht natürlich der offiziellen Linie, es würde auf eine Demokratisierung hingearbeitet und deshalb wäre es schädlich mit Sanktionen zu arbeiten, die die Türkei in die Arme der Islamisten treiben würde. Wenn dann eine Regierungsbeteiligung einer offen faschistischen Partei kommt, die nun beim besten Willen nicht für eine Demokratisierung steht, und dann keine Reaktion erfolgt, zeigt das zum wiederholten Male die Vorgeschobenheit solcher Argumente.

Die Entwicklung eines starken, abgeschlossenen Nationalstaates Türkei, wie ihn die MHP anstrebt, ist doch aber gerade für das mitteleuropäische Kapital eher schädlich. Wäre es von daher nicht im Interesse der europäischen Regierungen, dort Druck auszuüben?

Den so für das Kapital abgeschlossenen Nationalstaat gibt es nirgendwo. Das Kapital hat auch in der deuitschen Geschichte gezeigt, daß es in bestimmten



Geheimdienst: PDS- Abgeordnete unterstützen PKK

Von F. WECKBACH-MARA

Die in Deutschland verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK, die nach den Ermittlungen der Sicherheitsbehörden für die Serie von Brandanschlägen auf türkische Einrichtungen in Deutschland verantwortlich ist, wird von Politikern der PDS unterstützt. Zu diesem Ergebnis kommt ein amtlich geheimgehaltener gemeinsamer Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes über die „Bedrohung durch ausländische Extremisten und Terroristen". Wörtlich heißt es in dem Geheimdossier, das BamS vorliegt: „Zu den Unterstützern der PKK zählen die PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Steffen Tippach, das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Marion Seelig".

Nach den Erkenntnissen der Geheimdienste wird die PKK, die in Deutschland „7500 Angehörige und 50 000 Sympathisanten" hat, „bundesweit von über 30 aktiven Gruppen, vor allem Linksextremisten, unterstützt. In Bonn wurde eine Verbindungsstelle für die Koordination der Aktivitäten und Informationen eingerichtet. Kontaktperson ist Karin L. Sie ist dem deutschen linksterroristischen Umfeld zuzuordnen und seit kurzem Mitarbeiterin des Bundestagsabgeordneten Tippach".

Die Geheimdienste haben inzwischen auch die genaue Befehlsstruktur der PKK analysiert: „Seit der Gründung 1978 ist Abdullah Öcalan Generalsekretär und unumschränkter Führer der PKK". Er steuert das weltweite Terrorunternehmen meist aus Damaskus (Syrien). Chef der Führungsspitze in Europa sind Ali Sapan in Großbritannien und Ali Durzun, alias Garzan in Frankreich. Ihre Befehle erhalten sie per Kurier aus Syrien. Deutschland hat die PKK in fünf Regionen mit jeweils 15 Gebieten eingeteilt. Regionalleiter der PKK für den Norden war bis zu seiner Verhaftung am 14. Mai 1995 Azis Yildirim, für den Nordwesten ein Funktionär mit Decknamen Veli, die Region Mitte regiert Ismail Ozdem, den Südwesten Nihad Asad, und die Südregion kommandiert Muharrem Aral.

Die Gelder für Terror und Einschüchterung kommen vor allem aus erzwungenen Spenden, Gewinnen aus Drogengeschäften und: „Seit langem gibt es Hinweise, nach denen Anhänger der PKK im Bereich Schleusungen im Handel mit Ausweispapieren tätig sind".

Ungeachtet des Verbots der PKK in Deutschland, so der Geheimbericht, nimmt Deutschland in den Planungen der PKK „eine Schlüsselstellung ein". Daher werde nicht nur die Anschlagserie in Deutschland weitergehen, sondern die PKK werde sich auch neue Ziele suchen. „Besorgniserregend ist die Bedrohung für deutsche Ziele in der Türkei". Die PKK betrachte nach der türkischen Regierung und deren Repräsentanten „Deutschland als Kriegsgegner Nummer zwei". Deshalb wird in dem Bericht auch die Bedrohungslage für Deutschland als „sehr stark" bezeichnet.

Situationen auch mit einem faschistischen Regime sehr gut leben kann und dort auch glänzende Profite macht. Daher kommt natürlich auch ein Stück Toleranz. Ich denke, auch die Regierung oder das europäische Kapital wünscht sich kein faschistisches Regime in der Türkei. Sie sind aber schon bereit, das zu tolerieren, wenn es denn die Entwicklung dahin gibt. Das passiert natürlich auch vor dem Hintergrund, daß dieser zumindest ökonomische Integrationskurs, den Çiller fährt, also EU-Integration, Zollunion und so, sehr im Interesse des Kapitals ist.

Es sieht also so aus, daß die europäischen Regierungen hoffen, Frau Çiller würde mit ihrer Politik durchkommen, und ersuchen sie nicht durch etwaige Sanktionen zu verprellen?

Es ist ja nun wirklich bekannt und ausgesprochen, was dort passiert. Selbst ein Bundesminister wie Blühm hat sich da etwas aus dem Fenster gelehnt, als er gesagt hat, er hätte gesehen, daß die Kurden in der Türkei schlimmer als Tiere behandelt werden, was ihm in den türkischen Medien ja auch etwas Schelte eingebracht hat. Es ist einfach bekannt, daß Folter Gang und Gäbe ist, daß Rüstungsgüter für den Bürgerkrieg verwendet werden, daß es in starkem Maße antidemokratische Regularien gibt, daß die Verfassung entsprechend gestaltet ist, daß das Strafgesetzbuch entsprechend gestaltet ist, da gibt es auch relativ viel Klarheit drüber. Wenn das nach außen hin nicht so gesagt wird, hat das sicher seinen Grund. Die deutsche Regierung ist einfach bereit, das zu tolerieren, das hat natürlich Hintergründe von Einflußnahme, von strategischen Interessen, von ökonomischen Interessen. Die sehen sie auf diesem Wege nunmal am ehesten verwirklicht und durchgesetzt. Da wird notfalls eben auch der Krieg in Kauf genommen, auch wenn ich denke, daß es auch der deutschen Regierung lieber wäre, es gäbe diesen Konflikt nicht. Ich will ihnen nun gar nicht unterstellen, daß sie den nun unbedingt haben wollen. Sie nehmen ihn aus strategischen Interessen in Kauf. Es ist einfach nicht weit von Diyarbakir nach Mossul und Kirkuk zu den Erdölquellen, es ist auch nicht mehr weit bis zum persischen Golf, und auch bis Baku zum Erdöl ist es nicht weit, ganz zu schweigen von der Möglichkeit, dort sowohl ökonomisch als auch militärisch präsent zu sein - als die einzige Möglichkeit im nahen Osten, die Deutschland hat.

Was hoffst du für eine türkisch-kurdische Lösung?

Ich denke, daß es Ansätze gegeben hat, auch in anderen Teilen der Welt, die letztendlich von der Titulierung einer Befreiungsbewegung als terroristisch hin zu einer Anerkennung zumindest als Verhandlungspartnerin gegangen sind. Wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen gegeben sind, kann also so ein Prozeß eingeleitet werden. Ich denke, daß in der Türkei innenpolitische Veränderungen gibt, und von da muß der Druck kommen. Es gibt zunehmend breite Kreise, die mit diesem Krieg in den kurdischen Gebieten überhaupt nicht einverstanden sind. Diese Kreise reichen bis weit ins Großkapital hinein, die hier ihre Produktions- und Verwertungsmechanismen gestört sehen, die von Inflation betroffen sind, zwar bei weitem nicht so wie Arbeiterinnen und Arbeiter oder Bäuerinnen und Bauern, die aber einfach sehen, daß dieser militärische Weg ins Abseits führt. Da entsteht ein gewisser Druck, der zumindest mittelfristig dazu führen kann, daß es da eine größere Verhandlungsbereitschaft gibt. Diesen innenpolitischen Druck dadurch zu verstärken, daß es außenpolitischen druck gibt, das halte ich für ganz wichtig.

Was erwartest du, wie sich die Geschichte mit den Vorwürfen an euch weiterentwikkelt?

Mit Ansätzen einer Kriminalisierung muß jemand, der politisch auch radikale Positionen vertritt, rechnen. Falsch wäre es, sich einschüchtern zu lassen und von bestimmten Positionen abzuweichen, weil das vielleicht zu einem etwas freundlicheren Verhalten von Seiten der staatlichen Stellen führt. Man muß das aber insofern ernstnehmen, weil da eine Strategie von Einschüchterung und mundtot-machen dahintersteckt. Das sollte man auch öffentlich klar sagen, daß so was läuft. ☺



Die Novemberrevolution 1918 in Leipzig

Teil 1

Was unwahr ist wird nicht mehr geschrieben, gesetzt und gedruckt. Leipziger Arbeiter und Soldaten besetzen die Redaktion der Leipziger Neuesten Nachrichten.

Wer in den Genuß ostdeutscher Schulbildung gekommen ist, wird die Novemberereignisse in Deutschland 1918 als Novemberrevolution im Gedächtnis haben. Die bürgerliche Geschichtsschreibung redet vorrangig von Matrosen - und Arbeiteraufständen, der Physiker Heisenberg spricht in autobiografischen Aufzeichnungen sogar vom Bürgerkrieg. Sei es, wie es sei, jedenfalls gab es am Anfang dieses Jahrhunderts hier einige Entwicklungen, die in ihrer Bedeutung und Auslegung, das gesamte Jahrhundert beinflussen sollten. Diese Ereignisse gingen auch an Leipzig nicht spurlos vorrüber.

Situation in Deutschland

Der erste Weltkrieg war in seiner Art und seinen Dimensionen ein Krieg ganz neuer Art: Krieg total. Während sich die Heere bislang auf der grünen Wiese trafen oder man die Völker fernab im tiefen Afrika oder Asien abgeschlachtete, griffen jetzt die Auswirkungen direkt auf die Metropolen über. Besiegte und Leidtragende waren nicht mehr nur Generäle und Monarchen, sondern alle Mitglieder der Gesellschaft, von der daheimgebliebenen Familie über den Frontsoldaten bis zum (Klein) Industriellen. Der Krieg steuerte die Untersten - und die Mittelschichten aller kriegführenden Seiten in den absoluten Ruin. Die Unmenschlichkeit und Sinnlosig des Krieges an sich wurde nun nicht nur den Soldaten (z.B. bei Verdun, bzw. im Gaskrieg), sondern auch den Proletariern, die zumindest in Dtl. 1914 noch begeistert ins Feld zogen, klar. Es kam zu Verbrüderungen an den Schützengräben und zur Solidarisierung der Arbeiterschaft über die Ländergrenzen hinweg. Als leuchtendes Beispiel galt die Revolution der russischen Arbeiter und Soldaten und ihr Bestrebungen in Rußland den Sozialismus zu errichten - das Ideal des Proletariats!

Die Oberheeresleitung Deutschlands hatte gegenüber der Reichsregierung schon im September 1918 den Krieg als militärisch verloren bezeichnet. Ein Waffenstillstandsersuchen gegenüber dem amerikanischen Präsidenten wurde von den Alliierten abgelehnt, da man Verhandlungen nur mit einer vom Volk gewählten Regierung zu führen gewillt war. Der Kaiser stand einem Frieden also scheinbar im Wege. Die Militärs überließen die folgenden Friedensverhandlungen Vertretern der im Reichstag vertretenen Parteien.

Nun beabsichtigte die Marineleitung, die seit Jahren untätig in den Häfen liegende Flotte, zu einem letzten Einsatz gegen die Briten zu schicken, um das Ansehen der Waffengattung zu retten. Die Matrosen weigerten sich diesen sinnlosen Befehl zu befolgen. Am 5.11. übernahm ein Matrosenrat in Wilhelmshaven, dem größten deutschen Flottenstützpunkt, die Macht. Der Funke der Meuterei sprang über auf die anderen Garnisionen der Hafenstädte und bald auch auf die der Binnenstädte. Überall bildeten sich Arbeiter und Soldatenräte. Am 7. November wurde in Bayern die Wittelsbacherdynastie gestürzt und die Münchner Räterepublik ausgerufen. In zwei Tagen breitet sich die „Revolution“ über ganz Deutschland aus. Am 8.11. ruft die Spartakusgruppe in Berlin zum Generalstreik und zum bewaffneten Aufstand auf. Liebknecht proklamiert die „Sozialistische Republik“, der Sozialdemokrat Scheidemann die „freie deutsche Republik“. Am 9. November dankt der Kaiser ab, die Regierungsgeschäfte übernimmt der Sozialdemokrat Friedrich Ebert und die gemäßigten sozialdemokratischen Kräfte. Ab 11. 11. besteht ein Waffenstillstandsabkommen, es gibt eine Ruhepause an allen Fronten...

Die Novemberrevolution in Leipzig

Obwohl sich die revolutionäre Situation auch in Leipzig schon Monate vorher durch Streiks, Kundgebungen usw. zugespitzt hatte, kam es zum eigentlichen „Ausbruch“ der Novemberrevolution am 8. November 1918. Soldaten, die sich weigerten aus ihrem Fronturlaub wieder in den Krieg zurückzukehren, zogen vom Hauptbahnhof aus durch die Innenstadt. Mehrere Hundert zogen unter Waffen die Petersstraße hinauf, vorneweg ein an einem Stock befestigtes rotes Taschentuch. Dieses wurde durch ein rotes Fahnentuch ausgetauscht, das ihnen aus einem Stockwerk zugeworfen wurde. (Die Innenstadt war damals noch bewohnt.) Unterwegs wurden Soldaten entwaffnet und Offiziere entlaubt. Am Volkshaus gegen 11 Uhr eingetroffen, wurde darauf die rote Fahne gehißt und ein Soldatenrat gewählt. Hier wartete man auf die Unterstützung der Leipziger. Der USPD-Führer Lipinski wurde telephonisch herbeigerufen.

Später zogen 400-500 Soldaten bewaffnet hinter einer roten Fahne die Südstraße (Liebknechtstr.) nach Connewitz in die „Goldene



10.November 1918 auf dem Augustusplatz



revolutionäres Gruppenfoto Leipziger Soldaten

Krone" und in den „Eiskeller", die beide mit Soldaten belegt waren. Von dort aus zogen man nun mit ca. 800 Leuten zurück in die Innenstadt.

Das Generalkommando des 19. Armeekorps in der Döllnitzer Str. wurde besetzt und somit der Befehlsgewalt enthoben.

Uniformierte Polizei war in Leipzig nirgendwo zu sehen. Das verbarrikadierte Polizeipräsidium in der Wächterstraße wurde (gewaltfrei) erstürmt und die Gefangenen wurden befreit. In Großzschocher, Leutzsch und Ötzsch wurde ebenfalls die Polizei entwaffnet, kampflos. Zeitgleich wurde die Redaktion der „Leipziger Neuesten Nachrichten" am Peterssteinweg besetzt und somit das „Hetzblatt der Bourgeoisie" stillgelegt.

Der mittlerweile gebildete Arbeiter- und Soldatenrat rief die Leipziger zur Unterstützung der Revolution und zum Generalstreik auf. Am 9.11. standen in Leipzig alle Betriebe still, berichtet die königliche Gendarmerie-Direktion nach Dresden. Der Streik ging bis zum 11.11.

Die „Revolution" hatte in Leipzig gesiegt! Kampflos...

Mit der Eisenbahn brachten Soldaten die Revolution von Leipzig aus auch in andere Städte. Der Döbelner Gendarmerieinspektor Göring berichtete am 9.11. von einem 25jährigen Vizewachtmeister, der mit 25 Mann gegen 7 Uhr Döbeln und Leißnig eroberte, sämtliche Offiziere und Schutzmannschaften entwaffnete und in den Garnisonen Soldaten- und Arbeiterräte bildete. In der selben Nacht brachten Züge aus Leipzig die Revolution auch nach Zwickau.

In Leipzig beschränkte man sich vorerst Forderungen zu veröffentlichen, Erklärungen abzugeben und abzuwarten. Die LVZ (ja, die...!) stand dem Arbeiter und Soldatenrat als Publikationsorgan zur Verfügung. Dort las man z.B. von der Übernahme des Polizeiamtes durch den A.u.S.-Rat, die Auflösung der Politischen Polizei und der Einsetzung des USPD-Funktionärs Scheib als Polizeidirektor. In 8 Bezirken Leipzigs wurde ein bewaffneter Sicherheitsdienst mit roten Armbinden gebildet. Das Telegraphenamt wurde besetzt, sowie das Stadtverordnetenkollegium aufgelöst. Aus dem A. u. S. Rat wurde ein Ausschuß gebildet, dem ab nun die eigentlichen Machtbefugnisse oblagen. Als „Volkskommissar" (Chef der Kreishauptmannschaft Leipzig) wurde von diesem Ausschuß der USPD-Funktionär Seger gewählt. Er sollte darüber wachen, ob die Beschlüsse des A.u.S.-Rates umgesetzt wurden.

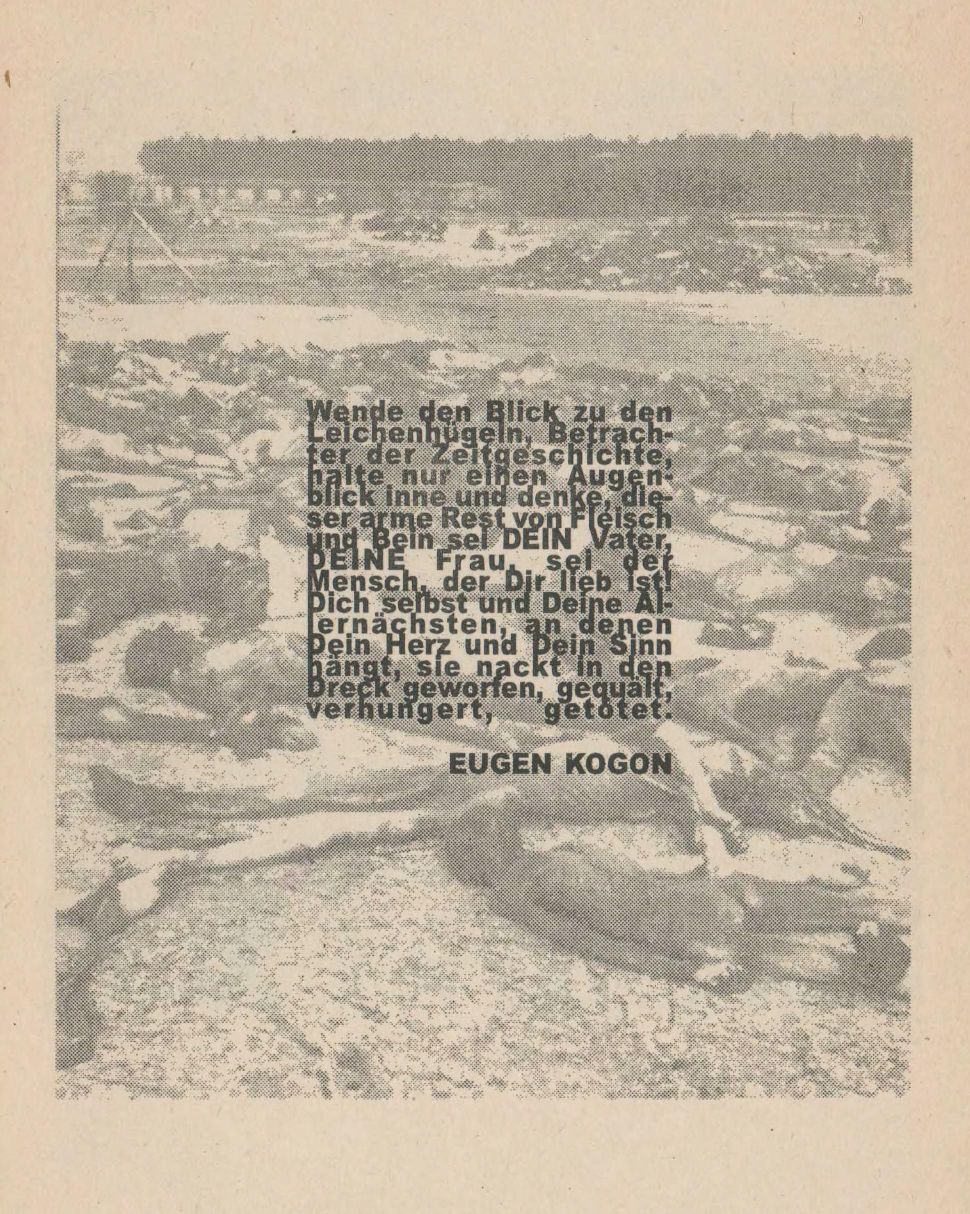
Der Verwaltungs-und Staatsapparat wurde jedoch kaum angetastet. Sie bot dem A.u.S.-Rat sogar auf Weisung der sächsischen Regierung ihre Hilfe und Mitarbeit an. Die Maschinerie blieb am Laufen. Sogar der Oberbürgermeister Dr. Rothe blieb im Amt.
Lipinski wurde inzwischen am 15.11. zum Vorsitzenden der Volksbeauftragten Saxens gewählt und warf den A.u.S. Räten „Arbeitsunfähigkeit" und „Verursachung dauemder Konflikte" mit den Behörden vor. Fortan forderte er ihre Enthaltung aus jeglichen Eingriffen in die Verwaltung. Der A.u.S.-Rat sollte sich auf Schulwesen und Kirchenwesen konzentrieren!
Im April 1919 zogen sich die revolutionären Arbeiter und Soldaten zurück, um in Leipzig wieder „geordnete Verhältnisse" entstehen zu lassen.
Als revolutionärste politische Strömung galt zu dieser Zeit die Spartakusgruppe. Der Spartakusbund wurde als linker Flügel der USPD 1916 in Berlin gegründet. Ihr Politorgan war die Zeitung „Rote Fahne". Zur Leipziger Gruppe gehörten u.a. Walter Ulbricht, William Zipperer, Georg Schumann und Albin Hentschel. Er vertrat leninistische Prinzipien und forderten eine Zerschlagung des gesamten Staatsapparates. Revolutionäre Arbeiter und Soldaten gründeten am 5.12. die Leipziger „Matrosenkompanie", die sich in „Tivoli" einquartierte.
Ende März wurde die Einstellung der Rüstungsproduktion in Leipzig durchgesetzt und der Transport von Kriegsspielzeug an die Front eingestellt.
Derweil beschloß die Regierung um Ebert/Scheidemann in Berlin an den Kriegsgrenzen „Grenzeinheiten" aufzustellen, was natürlich helle „Begeisterung" bei den Spartaküsslern hevorrief. Spätestens ab jetzt sprach man dort von der „Gegenrevolution". In Leipzig wurde das Werbebüro aufgelöst und die jüngeren Jahrgänge aus den Kasemen entlassen. Auf einem Flugi riefen die Leipziger Spartakisten zu „Massenstreiks" auf.
Die LVZ druckte fortan Erklärungen, die die Revolution nach „russischen Muster" als Terror und Bürgerkrieg bezeichnete und im Sinne der Pressefreiheit erschienen die „Neuesten Nachrichten" wieder. Die Reihen der Spartakusleute wurden durch Verhaftungen und Zwangseinberufungen dezimiert. Am 29. 12. kam es zum klassischen Bruch der Spartakisten mit der USPD und in Berlin zur Gründung der KPD. Im Januar entzündete man in Berlin den Spartakusaufstand, der blutig nidergeschlagen wurde. Überall im Land bildeten sich mit Billigung oder Unterstützung der Sozialdemokraten Freikorps und marschierten gegen die Industriezentren gegen die radikalen Teile der Revolution. Die Leipziger USPD empfahl ihren Mitgliedem in diese Verbände einzutreten. Auch die Werbebüros für den Grenzschutz nahmen ihre Arbeit wieder auf.

Fortsetzung im näxtem Heft



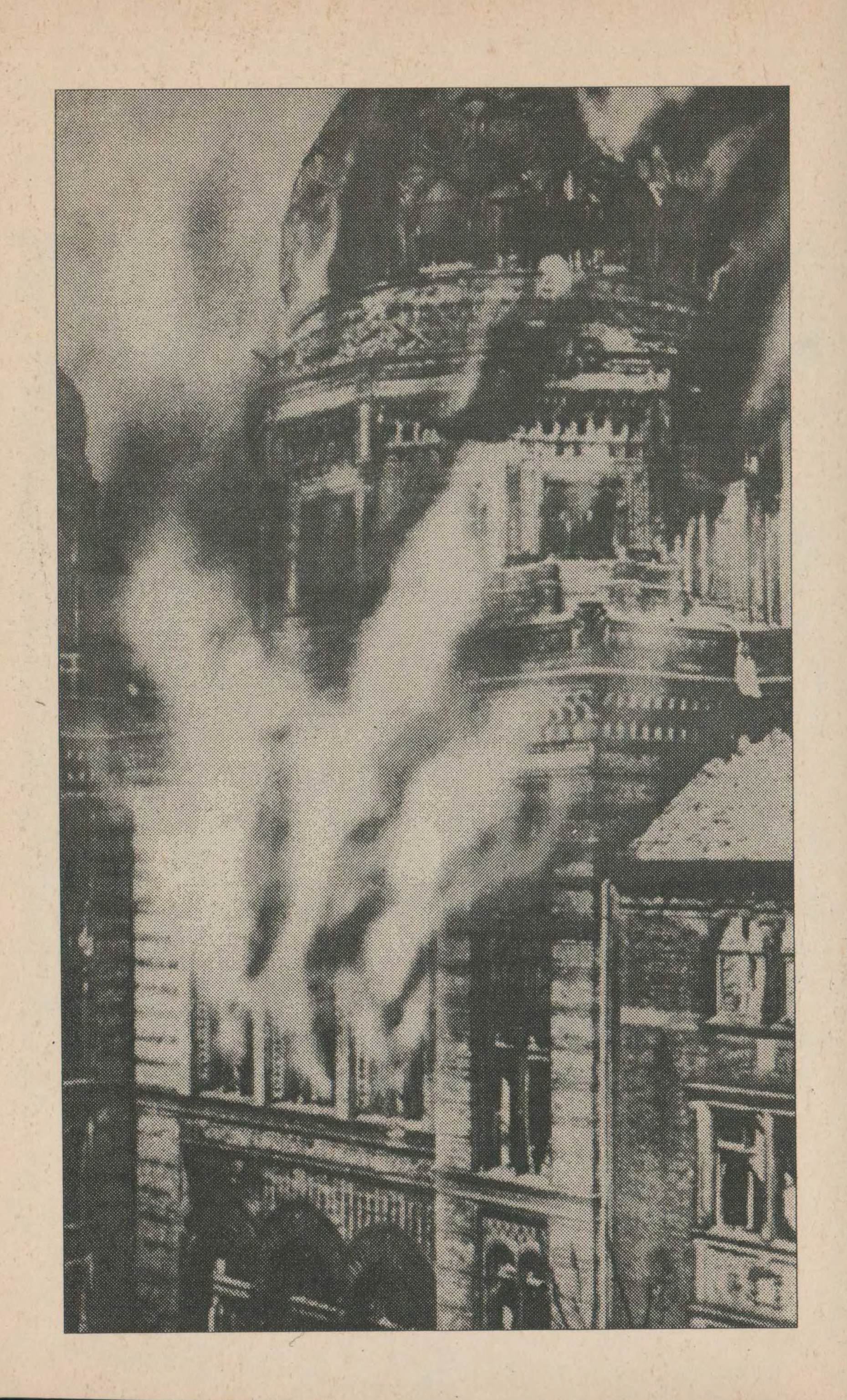
Die Revolution marschiert vor dem Leipziger Volkshaus

KRISTALLNACHT
HOLOCAUST
SHOAH


Wende den Blick zu den
Leichenhügeln, Betrach-
ter der Zeitgeschichte,
halte nur einen Augen-
blick inne und denke, die-
ser arme Rest von Fleisch
und Bein sei DEIN Vater,
DEINE Frau, sei der
Mensch, der Dir lieb ist!
Dich selbst und Deine Al-
lernächsten, an denen
Dein Herz und Dein Sinn
hängt, sie nackt in den
Dreck geworfen, gequält,
verhungert, getötet.
EUGEN KOGON




Deutsche!
Wehrt Euch!
Kauft nicht bei Juden!



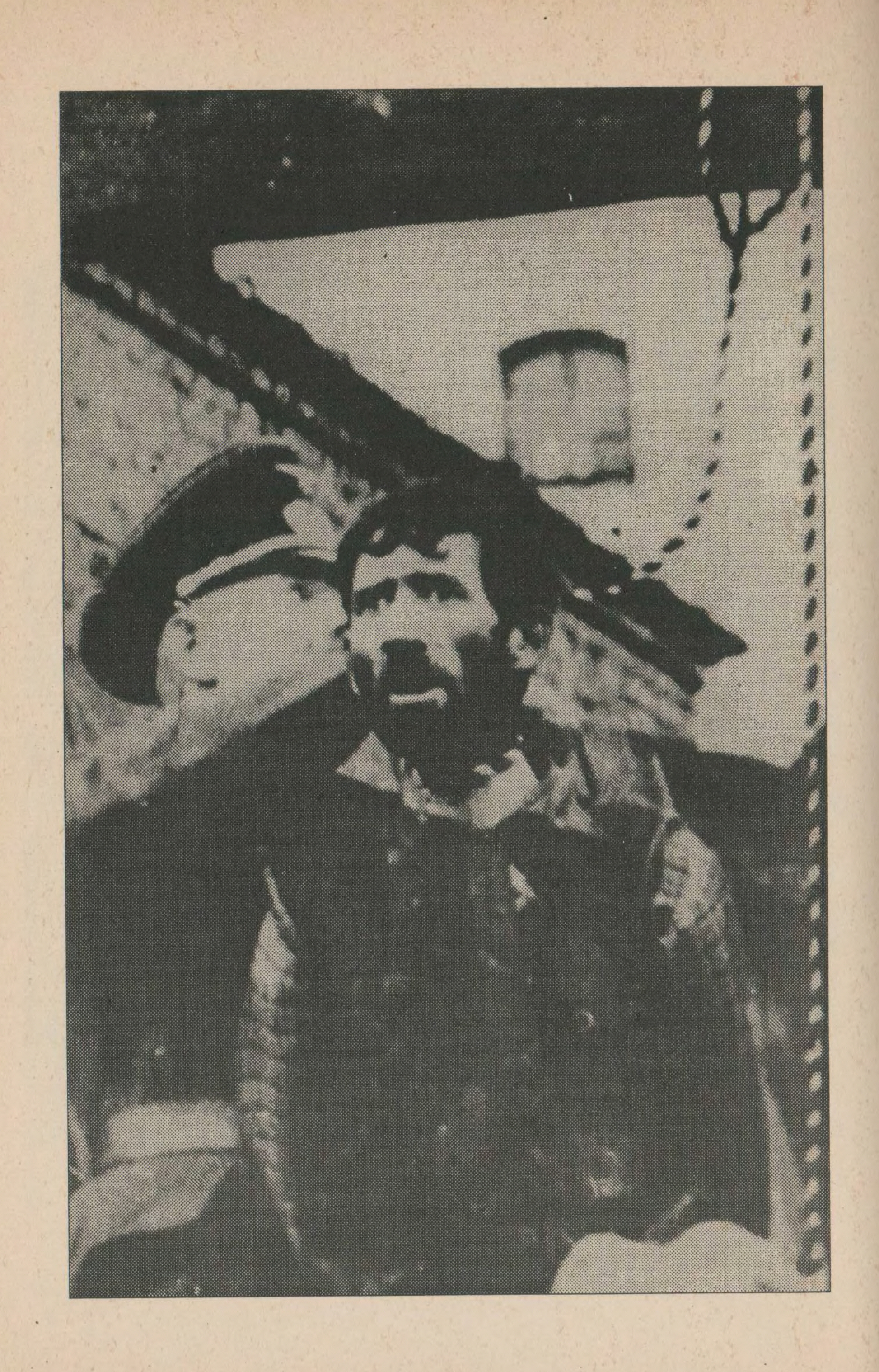




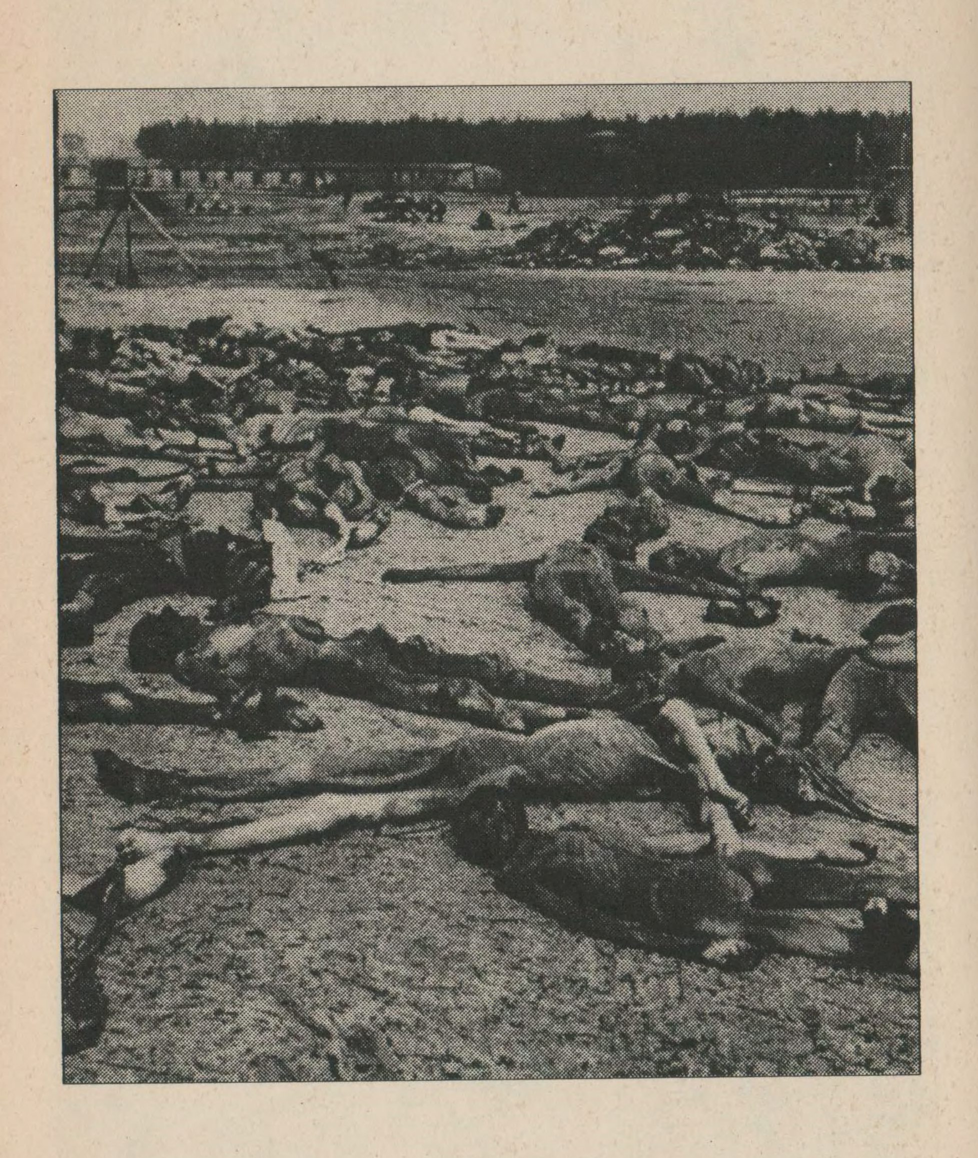












»Der Genozid, den diese Bilder darstellen, ist so ungeheuerlich, der Gedanke einer moralischen Verantwortung auch für Gutwillige so unerträglich, daß jeder Hinweis auf fremde Mitttäterschaft und fremdes Versagen bei deutschen Betrachtern und Betrachterinnen automatisch die Ausflüchte des Gewissens mobilisiert und die nötige politische Einsicht verstellt hätte. Daher konzentriert sich die Betrachtung auf die deutsche Schuld. Daß so viele alliierte und neutrale Länder ihre Grenzen den Flüchtlingen des Hitlerregimes nicht öffneten, solange es Zeit war; daß die Schweizer Behörden den Nazis vorschlugen, die Pässe der Juden mit einem J zu kennzeichnen und Tausende von Inhabern solcher Pässe, die in ihr Land flüchteten, gewaltsam zurück nach Deutschland trieben; daß der Polizeiapparat in den besetzten Ländern Europas als ein so perfektes Exekutivorgan der Gestapo funktionierte; daß der Papst selbst nach der Befreiung Roms im Sommer 1944, als noch eine halbe Million ungarischer Juden nach Auschwitz deportiert wurde, sich nicht dazu entschließen konnte, öffentlich seine Stimme gegen das Verbrechen zu erheben; daß niemals versucht wurde, die Vernichtungsanlagen von Auschwitz zu bombardieren, deren Lage und Funktion genau bekannt waren; daß sich auch auf alliierter Seite kein Staatsmann ernsthaft für das Schicksal der Juden interessierte, weil es für den Ausgang des Krieges ohne Bedeutung schien: solche und ähnliche Fakten bleiben unerwähnt. Obwohl auch von ihnen gesprochen werden muß, wenn die bittere Wahrheit ganz verstanden werden soll. Im Ausland wird man als Deutscher oft gefragt: wie konnte das geschehen, wie war es möglich? Es ist nicht leicht, darauf zu antworten. Wer die Erklärung für das Dritte Reich im deutschen Nationalcharakter sucht und also, einen umgekehrten Rassismus predigend, ein kollektives Vorurteil durch ein anderes ersetzt, hat die Lehren jener Jahre schlecht begriffen. Das deutsche Volk ist weder besser noch schlechter als andere Völker, auch wenn das Scheitern einer bürgerlich-demokratischen Revolution und die jahrhundertealte Tradition des Obrigkeitsstaates spezifische Verhaltensweisen hervorgebracht haben mögen, die sich die Nazidiktatur zunutze machen konnte. Fraglose Ergebenheit gegenüber jeder staatlichen Autorität, moralische Indolenz, politischer Opportunismus und persönliche Bequemlichkeit verhindern menschliche Hilfe oft auch dort, wo sie ohne Risiko für Leben und Gesundheit möglich wäre. In einem Regime, das das Verbrechen zum Gesetz und jede menschliche Handlung zum Verbrechen erklärt, kann der Einzelne jedoch leicht in Situationen kommen, wo er nur noch die Wahl hat, ein kleiner Schurke zu werden oder ein großer Held; und die wenigsten Menschen sind zu Märtyrern geboren. Darum hängt alles davon ab, Verhältnisse zu schaffen, in denen es keiner übermenschlichen Anstrengung bedarf, Mensch zu sein. "Befehl ist Befehl" und "the job has to be done", - diese Mentalität ist nicht auf Deutschland beschränkt und hat nicht 1945 zu bestehen aufgehört. Unrecht und Gewalt regieren in allen Richtungen der Windrose. Noch immer dienen die Theorie der Herrenrasse und die Praxis des Terrors dazu, etablierte Herrschafts- und Besitzverhältnisse aufrechtzuerhalten. Noch immer gibt es Paragraphen und Verbotsschilder, die ganze Bevölkerungsgruppen wegen ihrer Abstammung aus der Gesellschaft ausschließen. Es gibt Konzentrationslager, in denen die Gefangenen elend zugrunde gehen; Polizeikeller, in denen gefoltert wird; und eine Strategie der verbrannten Erde, mit der versucht wird, Völker, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen niederzuhalten.«

(Nachwort aus »Der gelbe Stern«)

Sagt nicht, ihr hättet nichts gewußt!
Eine Chronologie deutscher AusländerInnenpolitik

26.6.95

Der Kurde Celal Akan, Vater von 4 Kindern, stirbt, weil ihm die zum Überleben notwendige Lebertransplantation verweigert wird. Er kam im Februar 1994 nach Bremen, da er als Yezide in der Türkei verfolgt, inhaftiert und gefoltert wurde. Nachdem eine Leberzirrhose diagnostiziert wird, fordert im März 1994 der Sachbearbeiter des Sozialamtes den Amtsarzt auf, zu prüfen, ob der Krankheit nicht medikamentös beizukommen sei, denn eine Organverpflanzung überschreite die Möglichkeiten des Asylbewerberleistungsgesetz. Im April 94 weist der Arzt auf die Notwendigkeit der Operation hin. Das Sozialamt fragt zurück: was passiert, wenn nicht operiert wird. Im August bittet das Sozialamt um eine weitere Bestätigung. Der Arzt wiederum bittet dringlichst um eine Entscheidung bezüglich der Kostenübernahme. Im Dezember beschließt die übergeordnete Behörde, daß die Kosten übernommen werden. Zu dem Zeitpunkt befindet sich C. Akan in Schweden in der Hoffnung, dort behandelt zu werden. Als er im Februar 1995 erfolglos zurückkehrt, ist ein anderen Sozialamt für ihn zuständig, welches von nichts weiß. Im März und Mai erkundigen sich Flüchtlingsorganisationen und ÄrztInnen, was nun los sei. Im Juni stirbt er. Und niemand ist im Nachhinein verantwortlich... (SZ 15.9.95)

31.8.95

Am Morgen holt die Polizei im Auftrag der Ausländerbehörde des Landkreises Hildesheim Mehmet Kanisirin aus seiner Wohnung und 3 Söhne sowie eine Tochter aus der Schule ab und bringt sie zum Flughafen nach Hannover. Von dort soll die kurdische Familie in die Türkei abgeschoben werden. Da die Ehefrau und ein fünftes Kind nicht angetroffen werden, entscheidet sich die Polizei zu einer getrennten Abschiebung. In letzter Minute verhindert die Landesregierung auf Druck des Niedersächsischen Flüchtlingsrats die Abschiebung. Die Familie verfügte über eine Art befristeten Aufenthaltserlaubnis (Grenzübertrittsberechtigung) bis zum 1.10.95. Das Bundesamt lehnte den Asylantrag der Familie, die als Aleviten und Kurden doppelter Diskriminierung unterliegen und deren Dorf 1977 von türkischen Faschisten überfallen und zerstört wurde, bereits im Jahre 1991 ab. Entgegen einer Weisung des Landesinnenministeriums hält die Ausländerbehörde weiterhin an der Abschiebung fest und verschickt in den folgenden Tagen mehrere schriftliche Abschiebeandrohungen. (siehe 5.10.95) (jw 19.9.95)

Anfang September

Im Juni 1995 verfügte die Bundesanstalt für Arbeit die Nichtförderung jugendlicher BosnierInnen. Mittlerweile wandelte das Berliner Landesarbeitsamt diese Verfügung de facto in ein Ausbildungsverbot für alle Jugendlichen mit befristetem Aufenthalt um. Gegen zwei weitere neue Reglungen protestiert der Berliner Flüchtlingsrat: MitarbeiterInnen des DRK, des Diakonischen Werkes und der Arbeiterwohlfahrt sollen nicht mehr die Vormundschaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge übernehmen, sondern JugendamtsmitarbeiterInnen. Außerdem geschieht die Altersfeststellung von jugendlichen Flüchtlingen zwar nicht mehr per Zwangsröntgen der Handwurzelknochen, nun jedoch per Augenschein. (taz 28.9.95)

6.9.95

In einer Erklärung gibt Das K.O.M.I.T.E.E. seine Auflösung bekannt. Warum der Versuch, am 11.8.95 den Abschiebeknast in Berlin-Grünau zu sprengen, scheiterte, wird in dem Papier kritisch analysiert. (siehe Klarofix Okt. 95, S. 40-43) (taz 19.9.95)

12.9.95

4 der 7 (unter Bewachung von 15 BGS-BeamtInnen in einem eigens von Kanther georderten Charterflugzeug) heute abgeschobenen Sudanesen sind nicht bei ihren Familien angekommen. Der Flughafensozialdienst FfM, der sich zu diesem Zeitpunkt in Khartum aufhält, vermutet, daß sie entweder verhaftet wurden oder untergetaucht sind. Allen 7 wurden bei der Ankunft auf dem Flughafen die Pässe abgenommen. Das Auswärtige Amt bestätigt 3 Tage später, noch keinen Kontakt zu den 7 Sudanesen gehabt zu haben. Kanther begnügte sich mit der Zusage des Verfolgerstaates, daß den Abgeschobenen nichts passieren wird. Sudan traut sich nicht, ihnen etwas zu tun, weil sie in der Öffentlichkeit waren - so die verquere Logik von Kanther. Der Sprecher der evangelischen Landeskirche Hessen-Nassau, Joachim Schmidt, widerspricht der unverschämten Lüge des Innenministers Kanther, es habe kein aufnahmebereites Drittland gegeben. Es lag eine mündliche Zusage aus Eritrea vor, die wegen des dortigen Neujahrsfestes nicht schriftlich bestätigt werden konnte. Deshalb hatte die Kirche um 48 Stunden Aufschub gebeten, nachdem das Bundesverfassungsgericht nach zwei früheren positiven Entscheidungen die Verfassungsbeschwerde gegen die Abschiebung abge-

wiesen hatte. Ein erster Abschiebeversuch am gleichen Tag scheitert am Widerstand der Sudanesen. Aus Wut darüber wollte Kanther unbedingt noch am gleichen Tag abschieben lassen und war davon durch nichts abzubringen, so der Staatssekretär Kurt Schelter. Die Abgeschobenen, die sich seit Juli 1995 im Flughafenverfahren in FfM befanden und im August mit einem Hungerstreik auf ihre Lage aufmerksam machten, zeigten den JournalistInnen sowohl Folterspuren aus dem Sudan als auch Verletzungen durch den BGS. (siehe 19.9., 21.9.) (jw 16.9.95, taz 13.9.95, SZ 15.9.95)

13.9.95

Beim Amtsgericht Bernau beginnt der erste Prozeß gegen zwei Polizisten, die im Juni 1993 einen Vietnamesen schwer mißhandelten. Eine Reihe weiterer Prozesse gegen andere PolizistInnen wird folgen. Die verdächtigten BeamtInnen wurden vom Dienst suspendiert und eine zehnköpfige Sonderkommision ermittelte in Bernau zur Aufklärung aller Fälle. (taz 15.9.95)

Der bayerische Innenminister Beckstein präsentiert die Vorstellungen seiner Staatsregierung zur im November 1994 vereinbarten Änderung des Staatsangehörigenrechts: 10 Jahre Daueraufenthalt in der BRD zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft, 5 Jahre für mit Deutschen Verheirateten, 8 Jahre Aufenthalt und 6 Jahre Schule für Jugendliche zwischen 16 und 23 Jahren. Vom Rechtsanspruch ausgeschlossen sein sollen Personen, die die deutsche Sprache nicht wie Deutsche „ihres Lebenskreises" beherrschen, auf Sozialhilfe angewiesen sind oder Mitglieder extremistischer Organisationen. (siehe 18.9) (SZ 14.9.95)

14.9.95

Szolt Matuska wurde vor 23 Jahren in Bayern geboren und wohnt seit Jahren in München. Vor fünf Jahren beantragte er die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie wird ihm seitdem verwehrt, da er seine jugoslawische Staatsbürgerschaft nicht ablegen kann: er soll erst seinen Wehrdienst ableisten. Zwar wäre nach §87 AuslG eine Doppelstaatsbürgerschaft bei Problemen mit dem Wehrdienst möglich, doch Bayern weigert sich prinzipiell, diesen Paragraphen anzuwenden. (SZ 15.9.95)

Das Kasseler Bundessozialgericht entschied, daß Bürgerkriegsflüchtlinge ohne ständiges Bleiberecht für neugeborene Kinder kein Erziehungsgeld mehr bekommen. Es bestätigte damit die Verfassungsmäßigkeit einer entsprechenden Gesetzesänderung von 1993. (AZ: 14 REg 1/95) (SZ 15.9.95)

Das Wiesbadener Landgericht spricht 4 Kurden frei, denen die Beteiligung an 3 Brandanschlägen gegen türkische Einrichtungen im November 1993 vorgeworfen wurde. (SZ 15.9.95)

15.9.95

Die evangelische Martin-Luther Gemeinde in Erlangen gewährt der sechsköpfigen kurdischen Familie Usta Kirchenasyl. Die Familie hält sich seit 1989 in der BRD auf und soll in die Türkei abgeschoben werden. Abbas Usta wurde in der Türkei gefoltert, Haus und Hof wurden zersört. Es ist das 5. Kirchenasyl in Bayern. (jw und SZ 18.9.)

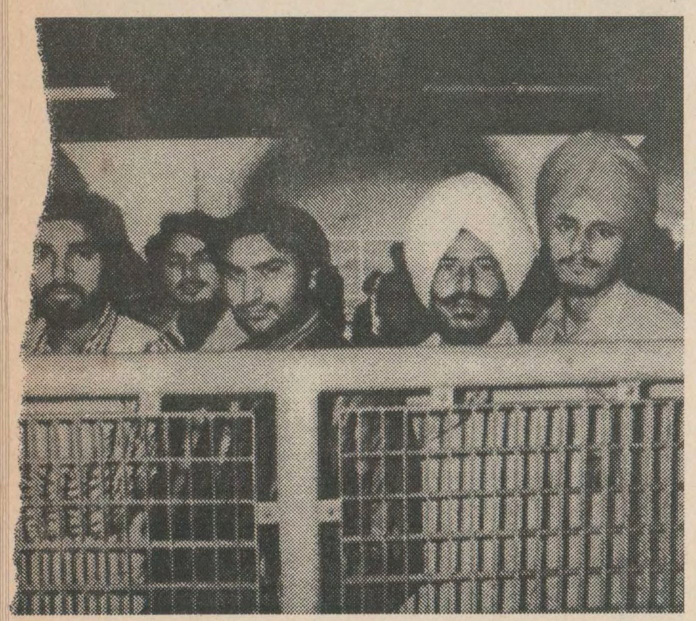


18.9.95

In der Nacht nimmt eine Zivilstreife der Münchner Polizei (Polizeiinspektion 11, Hochbrückenstr.) einen aus Polen stammenden Mann mit deutscher Staatsangehörigkeit wegen einer Personalienfeststellung auf die Wache mit. Schon während der Fahrt gehen die Polizisten sehr „unsanft" mit ihm um. Die Handschellen hinterlassen 3 Tage lang blutige Striemen, die Autotür wird so gegen den Kopf von

Roman O. geschlagen, daß sein Auge stark anschwillt. Nach der Identitätsfeststellung, die eine halbe Stunde dauert, schlägt ein Beamter auf ihn ein und wirft ihn gegen die Wand. Auf eine Anzeige hin reagiert die Polizei mit einer Gegenanzeige. Einen Anwalt wird sich O. aus finanziellen Gründen nicht leisten können. (SZ 27.9.95)

Die FDP spricht sich für ein Einwanderungsgesetz aus, da sie gleichzeitig „immer Einwanderungsbegrenzungsgesetze" sind und sich die BRD einen unkontrollierten Zuzug nicht mehr leisten kann. In Abhängigkeit von der Wohn- und Arbeitsmarktlage soll aller 1 oder 2 Jahre die Zuwanderungsquote festgelegt werden. Die SPD spricht sich gegen ein solches Gesetz aus, schließlich müßten erst die hier lebenden AusländerInnen integriert werden. Außerdem sollte eine Einwanderungspolitik im europäischen Rahmen beschlossen werden. Die Hoffnung, die deutsche Gesellschaft mit Hilfe von MigrantInnen zu verjüngen sei illusionär.



B90/Grüne kritisieren, daß die SPD erst so spät von ihrem Einwanderungsgesetz abgerückt sind, welches während der Asyldebatte 1993 immer als Ersatz für den abgeschafften §16 herhalten mußte. Die CDU/CSU lehnte eine grundsätzliche Umformulierung des Staatsangehörigenrechts ab. Wer als AusländerIn mit deutscher Staatsangehörigkeit einen zweiten Paß eines anderen Staates besitzt, soll den deutschen verlieren. (siehe 13.9., 6.10.) (SZ 19.9.95, taz 13.9.95)

19.9.95

Drei Mitglieder des Bundestag-Innenausschuß kehren von einer viertägigen Türkeireise zurück. Im Anschluß an die Reise spricht sich Burkhard Hirsch (FDP) gegen eine Abschiebung von kurdischen StraftäterInnen in die Türkei aus. 1995 wurden nach Angaben des türkischen Innenministers 200 Folteropfer mit unbestimmter Identität begraben. Dietmar Schlee (CDU) ist nach der Reise jedoch der Meinung, daß sich die Türkei an die Absprachen mit Deutschland halten werde und deshalb den Abgeschobenen nicht geschehen wird. (jw 20.9.95)

Eine 30jährige Kurdin, die die PKK-Arbeit im Raum Frankfurt organisiert haben soll, wird festgenommen. (jw 23.9.95)

Die Koalition konnte sich nicht auf die Kürzungen der Leistungen für AsylbewerberInnen einigen. So spricht sich die FDP gegen die Vorenthaltung von Sozialhilfe für Bürgerkriegsflüchtlinge aus. Kohl dagegen meint, daß so 1,3 Milliarden DM eingespart werden könnten. (SZ 20.9.95)

Izzet T. erscheint nicht zu seiner Verhandlung wegen Freiheitsberaubung. Deshalb soll er zu der nächsten Verhandlung am 6.11. zwangsvorgeführt werden. Der Koch hatte am 31.5.94 zwei Polizisten, die seine Freundin Reyan Ö. abschieben wollten, kurzerhand in der eigenen Wohnung eingeschlossen. Er wollte damit erzwingen, daß der für 30 Minuten später angemeldete Anwalt den Polizisten erklären konnte, daß die beiden heiraten wollten und somit seine Frau Abschiebeschutz genießt. Am gleichen Tag sollte nämlich auch das Aufgebot bestellt werden. Die Polizisten befreiten sich aber und nahmen seine zukünftige Frau in die Türkei mit und erstatteten Anzeige. Nachdem Izzet T. rund einen Monat in U-Haft gesessen hatte, wurde das Verfahren im April 1995 eingestellt unter der Auflage, 500 DM zu zahlen. Da er dies nicht tat, wird das Verfahren jetzt wieder aufgerollt. (SZ 20.9.95)

Die Bonner Regierungskoaliation stellt sich hinter Innenminister Kanther, der 7 Sudanesen abschieben ließ. Die Abschiebung sei rechtsstaatlich sauber und auf Grundlage des Asylkompromisses geschehen. Wer den Kompromiß in Frage stelle, betreibe - nach den Worten von Michael Glos (Vorsitzender der CSU-Gruppe) - „ein Spiel mit dem Feuer". Die SPD, so versichert die Fraktion im Bundestag, steht nach wie vor zum 1993 geänderten Asylrecht, trotz der Abschiebung der Sudanesen. „Punktuelle Unzufriedenheit [...]

unterhalb der Verfassungsebene" - so schätzt die SPD ihre Probleme mit der Asylpraxis ein. Die FDP wirft Kanther mangelndes Fingerspitzengefühl vor. Der Außenminister Klaus Kinkel (FDP) plädierte kurz vor der Abschiebung für einen Aufschub der endgültigen Entscheidung. Inzwischen warten 3 weitere Sudanesen auf dem Frankfurter Flughafen auf die Eröffnung eines regulären Asylverfahrens. (siehe 12.9., 21.9.) (taz und SZ 19.9, SZ und jw 20.9.95)

20.9.95

Der stern berichtet, daß mindestens 4 der 7 abgeschobenen Sudanesen nicht politisch verfolgt wären und als „Wirtschaftsflüchtlinge" in die BRD gekommen. Der stern beruft sich auf Aussagen von Familienmitgliedern und Oppositionellen. Dagegen gibt die konkurrierende sudanesische Oppositionsbewegung „National Democratic Alliance (NDA)" in London an, mindestens 5 als Mitglieder der Opposition zu kennen. Der Status der anderen 2 müsse noch geklärt werden. Der stern und das Auswärtige Amt teilen mit, daß es den 7 im Sudan gut ginge, alle hätten sich inzwischen bei der deutschen Botschaft gemeldet, jedoch keiner von ihnen die Möglichkeit genutzt, das Asylverfahren in Khartum weiter zu führen. Dagegen erhielt Pro Asyl vom Sprecher der NDA die Information, daß 2 der Abgeschobenen verhaftet wurden. Aufgrund des stern-Artikels und der Sitzung des Innenausschusses verzichtete die Bundestagsfraktion der Grünen/B90 auf eine von ihnen beantragte Aktuelle Stunde zu diesem Thema - um nicht dem „alle Asylbewerber sind Wirtschaftsflüchtlinge"-Gerede Vorschub zu leisten - und erntete damit harte Kritik vom Grünen-Vorstandssprecher Jürgen Trittin. Hinterher räumt die Bundestagsfraktion ein, einen „politischen Fehler" begangen zu haben und entschuldigt sich bei den Flüchtlingsorganisationen. Kanther erklärt in der besagten Bundestagssitzung, daß alles getreu dem deutschem Asylrecht verlaufen sei und ihm kein Angebot aus Eritrea vorgelegen hätte. Kanther kritisiert die gegen ihn angezettelte Kampagne. (siehe 12.9., 19.9.) (jw 18.9., 21.9. und 23.9.95, taz 21.9.)

21.9.95

Das Rückführungsabkommen mit Vietnam tritt in Kraft. Bis zum Jahr 2000 sollen 40.000 VietnamesInnen aus der BRD abgeschoben werden. In Brandenburg befinden sich 15 VietnamesInnen wegen der bevorstehenden Abschiebung in Abschiebehaft (u.a. in Prötzel). Weil es sich um „StraftäterInnen" (u.a. ZigarettenhändlerInnen) handelt, unterliegen sie einer gesonderten Bewachung. Mecklenburg-Vorpommern hat 370 ausreisepflichtige VietnamesInnen registriert. Bundesweit koordiniert wird die Abschiebung von der BGS-Direktion in Koblenz. (siehe 29.9.) (jw 20.9.95)

Gegen das 1994 verabschiedete Gesetz zum Ausländerzentralregister (AZR) legen 9 Personen Verfassungsbeschwerde ein. (jw 22.9.95)

Bei einer gemeinsamen Razzia von Polizei, Arbeits-, Zoll- und Ordnungsamt werden in Leipzig 27 polnische Arbeiter verhaftet. Wegen illegaler Arbeitsaufnahme müssen sie je 75 DM Strafe zahlen, werden ausgewiesen und dürfen für eine Zeit lang nicht nach Deutschland einreisen (LVZ 22.9.95)

In Berlin findet eine Demonstration zur Polizeiwache Pankstr. (Wedding) statt. Dort sitzt die „Arbeitsgruppe gezielte Ausländerbeobachtung" (AGA), die in letzter Zeit durch brutale Razzien auf sich aufmerksam machte. In einem afrikanischem Laden, der 5 mal innerhalb von 2½ Monate durchsucht wurde, schlugen BeamtInnen die Inhaberin und beschlagnahmten 1000 DM. 1994 kam die AGA in die Schlagzeilen wegen Mißhandlungen von VietnamesInnen und Diebstahl. Fast alle Verfahren wurden trotz guter Beweislage eingestellt. (siehe 5.10) (jw 21.9.95)

22.9.95

Das Landesarbeitsamt Nord führte im September in den Bundesländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mehrere großangelegte Razzien im Baugewerbe durch. Unter 2090 überprüften ArbeitnehmerInnen befanden sich 131 AusländerInnen ohne Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis. (SZ 23.9.95)

Drei Polizisten, die wegen Strafvereitlung im Amt angeklagt waren, werden von einem Gericht in Rudolstadt (Thüringen) freigesprochen. Sie hatten im Sommer 1994 tatenlos zugesehen, als 23 Skinheads auf einen Österreicher einschlugen. Danach konnte die Gruppe in der Gedenkstätte Buchenwald ungestört randalieren. (SZ 23.9.95)

23.9.95

Auf dem Rhein-Ruhr-Flughafen in Düsseldorf protestieren rund 30 KurdInnen am Abend gegen den „Terror in der Haftanstalt Buca" und besetzten den Abfertigungsschalter der Istanbul Airlines. Die Polizei löste nach rund 30 Minuten die Demonstration auf und nahm 17 Personen fest. (jw 25.9.95)

24.9.95

Auf dem Landesparteitag der saarländischen FDP hetzt der Vorsitzende Walter Teusch gegen „Scheinasylanten und Betrüger [..., die] nur hierher [kommen], um sich durch Rauschgiftgeschäfte, Betrügereien, Raub und Diebstahl an den Menschen zu bereichern." Saarland dürfe nicht „alleine zum Schmelztiegel der Weltnationen" werden. (taz 25.9.95)

25.9.95

Vor dem Oberlandesgericht Frankfurt/Main kommt es zu Protesten gegen die Kriminalisierung von KurdInnen in der BRD. Gleichzeitig beginnt im Gericht der Prozeß gegen 3 mutmaßliche PKK-Funktionäre, denen Bildung einer terroristischen Vereinigung und schwere Brand-

stiftung (im Juni und November 1993) vorgeworfen wird. (jw 26.9.95)

Bayerns Innenminister erhielt von der katholischen Kirche eine Absage bezüglich seines Kirchenkontingents-Vorschlages. Die katholische Kirche lehnt ab, weil es kein Sonderrecht für Kirchen und rechtsfreie Räume im Rechtsstaat geben dürfte. Damit untergraben sie gleichzeitig den 2 katholischen Gemeinden, die zur Zeit in Bayern Kirchenasyl gewähren, die Legitimation - wie Beckstein feststellt. Jetzt will er mit der evangelischen Kirche verhandeln, die von Beckstein zur weiteren Diskussion einen ausformulierten Gesetzentwurf erbeten hatte. Beckstein äußert seine Unzufriedenheit über die Idee der evanglischen Kirche, die Entscheidungshoheit über Kontingente den einzelnen Kirchgemeinden zu überlassen. (SZ 16.9.95)

26.9.95

Der Rumäne Nelu Vlaicu, der sich in der JVA Vechta in Abschiebehaft befindet, erhält vom Landkreis Rotenburg die Mitteilung, in den nächsten Tagen abgeschoben zu werden. Am 4.8.95 wollte er Christine Adami heiraten. Das Standesamt verweigerte jedoch die Heirat, da die Polizei ihm am gleichem Tag wegen angeblicher Diebstähle in U-Haft nehmen wollte. Am 15.9. lief sein Visum ab. Beim Haftprüfungstermin am 18.9. stellt sich heraus, daß er zu Unrecht in U-Haft gesessen hatte. Auf Antrag der Ausländerbehörde Rotenburg kommt er jedoch nicht frei, sondern wird wegen seines abgelaufenen Visums in die Abschiebehaft übernommen. Theoretisch könnte er seine deutsche Freundin im Gefängnis noch heiraten, aber wahrscheinlich wird er schon davor abgeschoben. Nächstmöglicher Termin ist der 2.10. (jw 2.10.95)

Der Gewerkschafter Dr. Anthony Edeh aus Nigeria soll abgeschoben werden. Obwohl seine Gewerkschaft zu politischen Streiks gegen die Militärjunta aufrief und er nach deren Niederschlagung die Aufstände des Ogoni-Volks mit anleitete, sowie seine politischen Aktivitäten im Exil fortsetzte (in dem er auf die Unterdrückung des Ogoni-Volkes durch Shell und nigerianische Sicherheitskräfte hinwies), wurden Asyl- und Asylfolgeantrag abgelehnt. Das Bundesamt erklärte, daß es nicht sicher sei, ob Nigeria wirklich von seinen exilpolitischen Aktivitäten Kenntnis erhalten hätte. (jw 26.9.95)

27.9.95

Eine evangelische Gemeinde in Weissenburg gewährt der aus Kurdistan stammenden Familie Yildiz Kirchenasyl. Der Asylantrag der Eltern und ihrer 4 Kinder wurde im Juli abgelehnt. (SZ 28.9.95)

Vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof beginnen die Verhandlungen über die Rechtmäßigkeit der Verbote mehrerer kurdischer Kulturvereine in Ingolstadt, Nürnberg und München. Sie wurden 1993 zusammen mit der PKK verboten und sehen sich nun zu Unrecht in die Nähe zum Terrorismus gerückt. Im Juli 1994 hob das Bundesverwaltungsgericht die Verbote auf. Im Februar 1995 wurden sie bzw. deren Nachfolgevereine erneut vom Bayerischen Innenminister verboten. (jw 28.9.95)

Die letzten 40 BewohnerInnen des Leipziger Flüchtlingslagers in der Raschwitzer Str. verlassen nach anfänglichen Protesten, u.a. im Rathaus, freiwillig die Bauwagen Richtung Zschadraß (bei Colditz). Die Polizei soll am folgenden Tag nachschauen, ob wirklich alle Bauwagen leer sind. (siehe Klarofix Okt. 95, S. 54) (LVZ 28.9.95)

28.9.95

Das Landratsamt Augsburg beantragte die Inhaftierung von Leyla (3 Jahre alt) und Bilal Simsek (4), sowie deren Mutter, Sahize Simsek, zum Zwecke der Abschiebung. Fariz Simsek, der Vater der beiden Kinder, ist nach drei mißlungenen Abschiebeversuchen untergetaucht. Seit April befinden sich die anderen drei im Kirchenasyl. Das Amtsgericht in Augsburg lehnte den Haftantrag gegen die beiden Kinder im August ab, jedoch nicht den gegen die Mutter. Das Landratsamt Augsburg beharrt jedoch weiter auf der Inhaftierung der Kinder und schlägt vor, sie in einem „eigens eingerichteten Wohnappartment [...] auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei" unterzubringen. Damit befänden sie sich nicht in der für Kinder eigentlich unzulässigen Abschiebehaft, sondern im „Hausarrest in einer normalen Wohnung". Das Landratsamt betont, daß mit dieser Maßnahme „die nochmalige psychische Belastung der Betroffenen [...] dadurch verhindert werden [kann], wenn sie gleich mit ihrer Mutter untergebracht werden." Die nächsthöhere Instanz hätte über den Haftantrag entscheiden müssen, wenn nicht das Innenministerium den Haftantrag aufgrund von Protesten am 28.9. vorerst zurückgezogen hätte. Innenminister Beckstein, betont jedoch, daß „zu gegebener Zeit" die Haftanträge wieder gestellt werden. (SZ 28.9.95, jw 30.9.95)

amnesty international warnt zum Tag des Flüchtlings vor einer weiteren Aushöhlung des Asylrechts und kritisiert in einer Broschüre scharf die momentane Asylpraxis, wie z.B. die Drittstaaten und sichere Herkunftsländer-Regelung. (taz und SZ 29.9.95)

Im Bundestag findet die erste Plenardebatte zum Entsendegesetz statt. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände beschloß, dem Gesetz im Tarifausschuß nicht zuzustimmen, da die BauarbeiterInnen zu viel verdienen. Damit ist das Gesetz eigentlich hinfällig. Es wird nach Ersatzlösungen gesucht, um das „Lohndumping" zu bekämpfen, sprich: den (unterbezahlten) Einsatz ausländischer Arbeitskräfte. (SZ und jw 28.9.95)

In Mühlhausen (Thüringen) protestieren 15 bosnische AsylbewerberInnen in ihrem Heim für eine Umverlegung in die westlichen Bundesländer. Nach der Zerstörung

sämtlicher Einrichtungsgegenstände in einer Etage des Heimes nimmt die Polizei 3 „Rädelsführer" fest. Ein Polizist wird leicht verletzt. (SZ 29.9.95)

Das Bundesverwaltungsgericht (BVG) Berlin entscheidet, daß auch AusländerInnen, die sich gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention in der BRD aufhalten, einen Anspruch auf BAföG haben. (AZ: 11 C 1.95) (SZ 29.9.95)

29.9.95

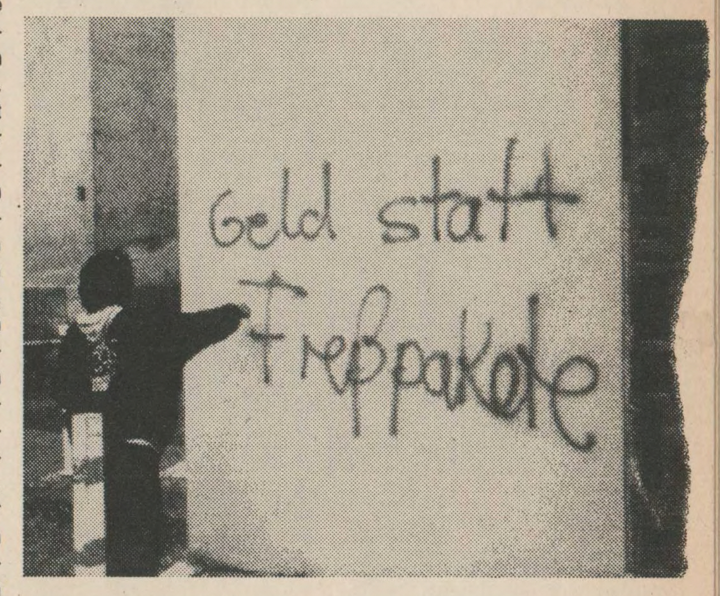
Zur Umsetzung des Rücknahmeabkommens mit Vietnam stellen deutsche Behörden zur Zeit Listen mit „vietnamesischen Strafttätern" zusammen, sollen doch jene als erste abgeschoben werden. Bislang schickte die BRD eine Liste mit 162 Namen, sowie genauen Angaben zur Person, den Familienangehörigen, Aufenthaltsort, Einreisegrund usw. nach Hanio. Alle abgelehnte AsylbewerberInnen aus Vietnam erhalten seit kurzem entsprechende Fragebögen. In Vietnam wird die Identität der Personen geprüft, was zwischen 6 Wochen und 3 Monaten dauern soll. In diesem Jahr sollen auf diese Weise 2.500 „Illegale" abgeschoben werden. Damit dies reibungslos vonstatten gehen kann, wurden die in Berlin lebenden VietnamensInnen schon mal vorsorglich in einem Heim untergebracht. Nach der Auflösung diverser anderer Heime leben z.Zt. 1.000 VietnamesInnen in der Gehrenseestr. Vietnam hat versprochen, die RückkehrerInnen nicht wegen unerlaubter Ausreise und Aufenthalts im Ausland strafrechtlich zu verfolgen, allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, daß „ein kurzfristiger Aufenthalt in Aufnahmeeinrichtngen" erforderlich ist. Flüchtlingsorganisationen vermuten, daß entgegen den offiziellen Verlautbarungen vorallem VietnamesInnen mit einem Aufenthaltsstatus abgeschoben werden, schließlich ist von denen der Wohnort + Identität bekannt und die Pässe liegen bei der Ausländerbehörde. Außerdem befürchten sie, daß nur freiwillig ausreisende VietnamesInnen mit Geld und guten Kontakten problemlos ihr Leben in Vietnam fortsetzen können, alle anderen jedoch in den Auffanglagern bei Hanio und Saigon interniert werden und eventuell bestraft. (siehe 21.9.) (taz 29.9.95 und jw 20.9.95)

12 bosnische Großfamilien müssen ihre Unterkunft in der Berliner Adalbertstr. räumen. Die BewohnerInnen beschweren sich über schlechte sanitäre Einrichtungen, zu kleine Zimmer u.ä. in dem neuen Heim. Falls die Familien nicht freiwillig ihre Unterkunft verlassen, werden sie auseinandergerissen und im gesamten Stadtgebiet verteilt. (taz 6.10.95)

Die Bundestagsfraktion B90/Grüne reichte eine Große Anfrage zur Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, die sich im Flughafenverfahren befinden, ein. Kritisiert wird, daß Kinder bis zu 3 Wochen in einem Massen-Gefängnis auf exterritorialem Gebiet im Flughafenbereich festgehalten werden, um zu prüfen, ob sie ins Asylverfahren dürfen oder nicht, sowie die Altersfeststellung per Röntgenuntersuchung. (jw 30.9.95)

1.10.95

Am heutigen Tag beginnen 9 Kurden im Hamburger Abschiebeknast Glasmoor mit einem mehrtägigem Hungerstreik. Sie protestieren damit gegen ihre Abschiebung in die Türkei. Im Laufe des Hungerstreikes kam es zu Umverlegungen (z.B. von Mehmed S.) und Besuchsverboten von UnterstützerInnengruppen, einer Ärztin und eines Abgeordneten. (jw 9.10.95)



2.10.95

Das Verwaltungsgericht lehnt den Abschiebeschutz für die syrische Familie Yousef-Bahi ab. Nun droht der achtköpfigen Familie die Abschiebung nach Syrien, obwohl der Vater Danho Mitglied der christlichen Oppositionsgruppe ADO und einer christlichen Miliz war und bei einem Abschiebeversuch 1993 zwei Schlaganfälle erlitt. Ärztliche Atteste belegen die tödliche Gefahr durch einen Schlaganfall und eidesstattliche Versicherungen die Mitgliedschaft in den genannten Organi-

sationen. Die Münchener Ausländerbehörde will trotzdem - und den ältesten Sohn eventuell einzeln - abschieben. (jw 7.10.95)

Die Polizei nimmt bei einer Razzia in Erfurt 56 AusländerInnen fest, durchsucht mehrere Wohnungen und beschlagnahmt Videos, Textilien, Zigaretten und Disketten. Den Verhafteten werden Verstösse gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz vorgeworfen. Die Razzia soll außerdem im Zusammenhang mit einer durch eine Schußwaffe verletzte Vietnamesin stehen. (jw 4.10.95)

3.10.95

Bayern will in einer Bundesratsinitiative auf eine Verschärfung des Ausländerrechts drängen. AusländerInnen, die sich an einer gewalttätigen Demonstration beteiligt haben, sollen zwingend ausgewiesen werden. (SZ 4.10.95)

Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten verurteilt 3 Berliner Polizisten wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung im Amt, Freiheitsberaubung, Beleidigung und Nötigung zu Haftstrafen zwischen 7 und 10 Monaten auf Bewährung. Die Beamten hatten im April 1994 als Zivilfahnder in einem Waldstück zur „Personalienfeststellung" einen Vietnamesen geschlagen, beschimpft, bespuckt und mit Reizgas besprüht. (SZ 4.10.95)

4.10.95

Der Innenminister Nordrhein-Westfalens, Franz-Josef Kniola (SPD), legt einen Richtlinienentwurf zur Abschiebehaft vor. Ausreisepflichtige sollen zukünftig nur inhaftiert werden, „wenn die Anwendung eines milderen Mittels" nicht möglich ist. Außerdem soll die Haftdauer in der Regel 3 Monate nicht überschreiten, andernfalls muß das Innenministerium informiert werden. Schwangere, stillende Frauen, Mütter mit Kleinkindern, Kranke und Verletzte, als auch Jugendliche unter 16 Jahre sollen nicht mehr in die Abschiebeknäste kommen. Der Entwurf spiegelt den Willen der rot-grünen Koalition wider, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Abschiebehaft zu „humanisieren". Während die Grünen im Wahlprogramm die Abschaffung der Abschiebeknäste forderte, hält die SPD das „Rechtsinstrument Abschiebehaft auch weiterhin für unverzichtbar". (taz 5.10.95 und SZ 7.10.95)

Eine Untersuchung der Kriminologischen Forschungsstelle der Uni Köln ergab, daß AusländerInnen eher einer Straftat verdächtigt werden als Deutsche. So stellen AusländerInnen ca. 1/3 aller Tatverdächtigen, 20% der Verurteilten und nur 15% der Strafgefangen. Außerdem stellt die Studie fest, daß, wenn mensch die Lebensumstände und sozialen Bedingungen berücksichtigt, der Begriff „Ausländerkriminalität" aus dem Wortschatz zu verbannen ist. Interessantes Ergebnis ist, daß mit einer zunehmenden Hetze gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe in den Medien die Anzahl der vermeintlichen Tatverdächtigen aus dieser Gruppe steigt. (taz 5.10.95 und 7.10.95)

Im Berliner Wahlkampf gehen Bürgermeister E. Diepgen und Innensenator D. Heckelmann mit der „Inneren Sicherheit" auf Stimmenfang. Kriminelle und politisch aktive AusländerInnen sollen konsequent abgeschoben werden, denn ein Großteil der Kriminalität ginge auf das Konto durchreisender AusländerInnen (und ortsansäßiger Autonomer). Beide sprechen sich für den Erhalt der Freiwilligen Polizeireserve und der geschlossenen Abteilung der Bereitschaftspolizei aus. Deren Auflösung war u.a. wegen rassistischer Übergriffe durch BeamtInnen dieser Einheiten gefordert worden. (jw 5.10.95)

5.10.95

In Berlin beginnt der Prozeß gegen einen Angehörigen der Freiwilligen Polizeireserve (FPR). Ihm wird unterlassene Hilfeleistung vorgeworfen, da er am 11.8.94 zusah, wie ein türkischer Taxifahrer ermordet wurde. Trotz der Aufforderung anderer Taxifahrer, endlich einzugreifen, stand der FPR-Mann mit gezogener Dienstpistole untätig rum. (taz 6.10.95)

Das Berliner LKA hat Ermittlungen gegen 5 Polizisten eingeleitet, die eine Geschäftsfrau aus Ghana bei einer Razzia im August gewürgt und gegen den Kühlschrank gestoßen haben. Mit nacktem Oberkörper mußte sie anschließend 10 Minuten im Freien stehen. (siehe 21.9.) (jw 6.10.95)

Der siebenköpfigen kurdischen Familie Kanisirin droht die Abschiebung in die

Türkei, während sie sich in der evangelischen Kirche Peter & Paul in Elze seit Ende Sept. 95 im Kirchenasyl befindet. Obwohl das Gerichtsverfahren zum Asylanspruch der Familie noch nicht abgeschlossen ist, will die Ausländerbehörde Hildesheim unbedingt abschieben. Eine Abschiebung am 31.8. konnte gerade noch 5 Minuten vor Abflug verhindert werden. Die örtliche Polizei kündigte an, all ihre Aufträge auszuführen, so auch die Räumung der Kirche. (siehe 31.8.95) (jw 5.10.95)

Im September 95 stellten 12.065 Menschen einen Asylantrag. Das sind 11% mehr als im Sept. 94 und etwas mehr als im August 95. Insgesamt beantragten jedoch in den ersten 9 Monaten von 1995 etwas weniger Menschen Asyl als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. (taz 6.10.95)

6.10.95

Der Kurde Ishan E. wird wegen „dringenden Tatverdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" innerhalb der PKK festegenommen. Vorgeworfen wird ihm, die „UNION DER PATRIOTISCHEN JUGEND KURDISTANS" (YCK) angeleitet zu haben. Die YCK ist jedoch in der BRD nicht verboten. Im Anschluß an die Verhaftung wird das Kurdisch-Deutsche Kulturzentrum in Berlin-Kreuzberg am Abend zum vierten Mal in diesem Jahr Opfer einer Razzia, nur weil sich Ishan E. in der Nähe des Zentrums aufhielt. Gegen 22.45 stürmt ein Großaufgebot der Polizei das Gebäude in der Zossener Str. Räumpanzer und Wasserwerfer sperren die Straße ab. 5 Stunden lang durchsucht und verwüstet die Polizei ohne ZeugInnen das Zentrum und beschlagnahmt Akten, Bücher, Plakate und einen Computer. Ein Durchsuchungs- und Beschlagnahmeprotokoll wird nach der Aktion von der Polizei nicht ausgestellt. Außer dem obligatorischen „Gefahr im Verzug" äußert sich die Polizei ebensowenig zu den Gründen der Razzia. Hinterher heißt es, Ishan E. hätte aus dem Zentrum heraus Telefonate geführt. (jw 9.10.95 und 10.10.95)

Sudanesiche Oppositionsvertreter in Eritrea bestätigten, daß 5 der 7 abgeschobenen Sudanesen Mitglieder der Opposition sind. Bei den anderen beiden könnte es sich um Spitzel handeln. Ärztliche Gutachten ergaben mit 100%iger Sicherheit, daß mindestens 3 im Sudan gefoltert wurden. Das Bundesverfassungsgericht schreibt in seiner Begründung, daß es die Vereinbarungen zwischen Bonn und Khartum „ohne entgegenstehende Anhaltspunkte" nicht in Zweifel ziehen will, gleichzeitig aber selbst nicht für die Sicherheit garantieren kann, sondern dies die Angelegenheit von Bonn sei. Dagegen beruft sich die Bundesregierung ständig auf Entscheidungen des BVG in Karlsruhe. Den Richtern war bekannt, daß einige Sudanesen sichtbare Folterspuren mit sich trugen, wie das abweichende Votum des Richters Sommer beweist. (jw 7.10.95 und 10.10.95)

Der Innenminister Sachsens, Klaus Hardrath, spricht sich in einer Aktuellen Stunde zur Ausländerpolitik für eine konsequente Bestrafung und Abschiebung von kriminellen AusländerInnen aus. 107 Menschen befinden sich in Sachsen in Abschiebehaft. (LVZ 7.10.95)

Die SPD wird entgegen einem anderslautenden Vorstandsbeschluß vom Sept. 95 an der Forderung nach einem Einwanderungsgesetz festhalten. Die SPD-Rechtspolitikerin Däubler-Gmelin begründete den Verzicht damit, daß Zuwanderung nicht durch nationale Gesetze geregelt werden könne. Die Parteikommision „Demographischer Wandel" und führende SPD-PolitikerInnen sprachen sich jedoch für eine geregelte Zuwanderung aus. (siehe 18.9.) (taz 7.10.95)

9.10.95

Die ARWOBAU läßt das VietnamesInnen-Heim in der Berliner Rhinstr. 105 von einem Bautrupp räumen. 25 der BewohnerInnen klagten wegen Verstoß gegen das Mietgesetz gegen die Kündigung und widersetzen sich der Räumung. Die ARWOBAU vergitterte vorsorglich die Zimmer, so daß bis zum Ende des Rechtsstreit die VietnamesInnen keinen Zugang zu ihren Zimmer haben. Die wenigen angebotenen Ersatzwohnungen sind extrem überteuert (bis zu 25 DM/m2) bzw. in dem ARWOBAU-Heim in der Gehrenseestr., welches strengen Überwachungsbestimmungen unterliegt. (jw 10.10.95, taz 14.9.95)

10.10.95

Verdeckte Ermittler des Landeskriminalamtes in München werfen der Landesregierung von Bayern und der Stadt München vor, die Flüchtlingsheime zu vernachlässigen. Es fehle an genügender Bewachung (auch Nachts) und sozialer Betreuung. Anlaß der Kritik war ein Brand in einem Flüchtlingsheim in der Münchener Trausnitzstr. 29, der durch deutsche DrogenhändlerInnen gelegt wurde. (SZ 11.10.95)

22.10.95

Bei den Berliner Wahlen können erstmals AusländerInnen auf kommunaler Ebene (den 23 Stadtbezirken) wählen und sich als KandidatInnen aufstellen lassen. Allerdings gilt das bloß für EG-BürgerInnen bzw. AusländerInnen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Für das Landesparlament (Abgeordnetenhaus) dürfen sowieso nur Deutsche wählen und kandidieren, d.h. rund 1/3 der EinwohnerInnen von Kreuzberg sind nicht wahlberechtigt. (jw 23.9.95)

7.11.95

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt ab heute über das 1993 geänderte Asylrecht. Aus einer Vielzahl von eingegangen Verfassungsklagen wurden 4 ausgewählt, u.a. zum Flughafenverfahren, zur sicheren Herkunftsländer- und Drittstaaten-Regelung. (jw 10.10.95)

Kampf dem Faschismus im Ostharz!

Nazizellen angreifen!

Unterstützt die AntifaschistInnen in den vom faschistischen Terror betroffenen Regionen!

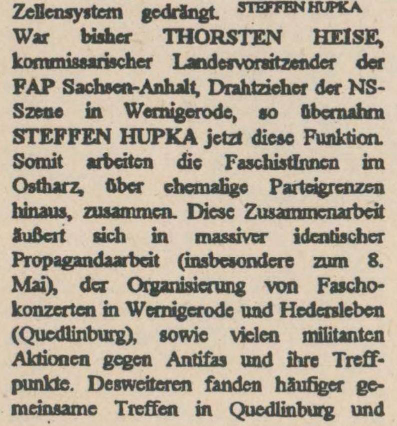
Durch die Ende `92 erfolgten Parteiverbote (NF, DA, NO) und spätestens durch die nach Fulda einsetzende Repression gegen faschistische Organisationen, strukturierte sich die NS-Szene um. Seit dem wird versucht, ein Netz von nach außen selbständig auftretenden und intern streng hierarchisch organisierten Zellen aufzubauen. Dabei spielen die NF, bzw. deren Nachfolgeorganisationen, eine Vorreiterrolle. Das zeigt sich besonders in den Neuen Bundesländern, da die SrA (Sozialrevolutionäre Arbeiterfront nach der Spaltung der NF aus dem POHL-HUPKA Flügel hervorgegangene Kaderorganisation) ihren Sitz nach Berlin/ Brandenburg verlegte. Die für eine Zellenstruktur notwendige Basisarbeit wurde von ehemaligen Führungskadern der NF, vor allem im Großraum Berlin und im Ostharz verrichtet (Berlin/Brandenburg-ANDREAS POHL; Sachsen-Anhalt/ Ostharz STEFFEN HUPKA). Im Raum Berlin/Brandenburg konnten die Nazikader auf schon bestehende NF-Kameradschaften zurückgreifen und ihre Struktur schnell und effizient ausbauen. Im Harz war die Ausgangslage etwas anders. Es gab im Städtedreieck Quedlinburg-Halberstadt-Wernigerode eine starke faschistische Szene, die allerdings unorganisiert oder durch die FAP-Wernigerode beeinflußt war. Besonders die Szene in Quedlinburg erlangte durch die rassistischen Progrome im September `92, bundesweit Beachtung. Deshalb war es nicht weiter verwunderlich, daß der SrA-Kader STEFFEN HUPKA Ende `93 nach Quedlinburg zog. Hier brauchte er nur noch das vorhandene Potential zu organisieren und zu schulen. Getreu dem Konzept der selbständigen faschistischen Zellen geschah das nicht unter dem Namen SrA, sondern als sogenannter „UNABHÄNGIGER ARBEITSKREIS" (UA). Nach Festigung der Struktur (Schulungen, Seminare, Wehrsportübungen) wurde das Konzept auf die umliegenden Städte und Kreise ausgeweitet. So traten in der Umgebung Quedlinburgs weitere Zellen unter Namen wie „HARZER HEIMATSCHUTZBUND" (Thale) und „AUFBRUCH" (Blankenburg) in Erscheinung. Diese Gruppen bilden zusammen die „HARZFRONT". Diese Struktur wird von HUPKA koordiniert. Dafür spricht das von HUPKA angemietete Postfach in Quedlinburg, welches als Kontaktadresse



für den „UA" und die „HARZFRONT" fungiert.
Über ein anderes Quedlinburger Postfach wird das von Hupka herausgegebene Strategieorgan „Umbruch" vertrieben. Der „Umbruch" gilt als bundesweit wichtigste Strategieschrift zum Nazizellensystem. Die „Harzfront" ist allerdings nicht isoliert, sondern arbeitet in Form des „DEUTSCHEN FREUNDESKREIS NORDHARZ" (DFN) mit anderen neonazistischen Organisationen (FAP, NPD/JN, DLVH...) zusammen.
Der DFN nimmt somit eine zentrale Rolle bei der Koordinierung faschistischer Aktivitäten im Harz ein und ist eine Schnittstelle zwischen militanten Nazizellen und legalen neofaschistischen Parteien. Als Organ des DFN dient der „NORDHARZER INFODIENST", in dem über gelaufene Aktivitäten und die voranschreitende Aufbauarbeit berichtet wird.


STEFFEN HUPKA

Durch das Verbot der FAP wurde die Wernigeröder Kameradschaft, die mit 60-70 Mitgliedern die größte in der Bundesrepublik war, in das SrA-Zellensystem gedrängt.



War bisher THORSTEN HEISE, kommissarischer Landesvorsitzender der FAP Sachsen-Anhalt, Drahtzieher der NS-Szene in Wernigerode, so übernahm STEFFEN HUPKA jetzt diese Funktion. Somit arbeiten die FaschistInnen im Ostharz, über ehemalige Parteigrenzen hinaus, zusammen. Diese Zusammenarbeit äußert sich in massiver identischer Propagandaarbeit (insbesondere zum 8. Mai), der Organisierung von Faschokonzerten in Wernigerode und Hedersleben (Quedlinburg), sowie vielen militanten Aktionen gegen Antifas und ihre Treffpunkte. Desweiteren fanden häufiger gemeinsame Treffen in Quedlinburg und Wernigerode statt, bei denen Neonazis aus verschiedenen Städten und Regionen als Ordner eingesetzt wurden.
In letzter Zeit betreiben vor allen die Quedlinburger Neonazis massive Anti-Antifa Arbeit. So wurden Flugblätter verteilt, in denen Antifas namentlich denunziert wurden und das Quedlinburger alternative Kulturzentrum „Reichenstraße 1" nach mehrfachen erfolglosen Angriffen als Ausgangspunkt von „Antifaterror" bezeichnet und dessen Schließung gefordert wurde. Die daraufhin in der Stadtverwaltung ausgelöste Diskussion um die Schließung des Kulturzentrums, war ein Erfolg der Anti-Antifa.
Darüberhinaus wurden einzelne Antifas mit fingierten Anzeigen überhäuft (allein 16 laufende Ermittlungsverfahren bei einem einzelnen Antifa), die eine Kriminalisierung der Antifa Ha/Qu nach sich zog (siehe VS-Bericht Sachsen -Anhalt 1994).

Die faschistische Organisierung konnte deshalb so gut voranschreiten, weil anfangs kein nennenswerter antifaschistischer Widerstand vorhanden war. Nach der Verfestigung der faschistischen Strukturen war es für uns relativ schwer, dem wirkungsvoll entgegenzusteuern. Das liegt zum einen an der relativ schwachen Antifaszene in der Region und zum anderen an dem schlecht angreifbaren Zellensystem, sowie schlechter Mobilisierungsfähigkeit unsererseits.

Nach vielen antifaschistischen Aktionen sind wir zu der Erkenntnis gekommen, daß „althergebrachter" Antifawiderstand an diesem rechten Netz seine Grenzen findet. Daraus ergibt sich zwingend, daß ein Umdenken von reagierenden auf agierenden Widerstand nötig ist. Das bedeutet, daß wir mit eigenen Inhalten auftreten müssen, um

aus unserer momentanen Defensivposition herauszukommen.
Antifaschismus darf deshalb nicht zu einem reinen Anti-Nazi-Kampf verkommen, auch wenn uns die bisherige politische Situation im Ostharz dazu zwang. Wirksamer Widerstand bedarf allerdings der Über-windung des „Stadt-Land-Gefälles", d.h. der antifaschistische Kampf muß den regionalen Gegebenheiten angepaßt werden und muß gezielt in den faschistischen Hochburgen am größten sein. Das bedeutet, daß AntifaschistInnen auch aus den Ballungszentren, ihre geschaffenen Freiräume verlassen und ihre Energie in die vom faschistischen Terror betroffenen Regionen investieren und Solidarität mit dort ansässigen antifaschistisch engagierten Menschen üben.

Demonstrationskonzept:



Das Ziel dieser bundesweiten Demonstration ist es, die faschistischen Strukturen nicht als gegeben hinzunehmen. Das bedeutet für uns, durch Öffentlichmachung dieser Strukturen und ihrer Drahtzieher, diese angreifbar zu machen bzw. anzugreifen. Ebenso wollen wir mit dieser Demonstration, den antifaschistischen, linksradikalen Widerstand im Ostharz stärken und antifaschistisch orientierten Menschen wieder Mut machen, selbst aktiv zu werden. Diese Demonstration ist nur ein Höhepunkt in einer ganzen Reihe gelaufener und künftiger Aktionen. Dabei geht es uns nicht nur darum, die faschistische Organisierung allein zu thematisieren, sondern vor allem auch darauf zu verweisen, welche Funktion der Neofaschismus für das bestehende Gesellschaftssystem hat und welche faschistoiden Ansätze dieses in sich birgt. Unser Ziel ist es, Menschen außerhalb der linksradikalen Szene zu politisieren und sie zu eigenem selbstbestimmten Handeln zu motivieren. Mit der Schaffung eines antifaschistischen Klimas wird es möglich, den FaschistInnen ihr Umfeld zu nehmen. Uns ist es wichtig, mit dieser Demonstration antifaschistische und revolutionäre Gedanken auf die Straße zu bringen. Unserer Meinung nach findet ein Anti-Nazi-Kampf ohne neue Ansatzpunkte und Aktionsformen an dem bestehenden Nazizellensystem seine Grenzen. Da die Faschisten nicht mehr an starre Organisationsformen mit Statut und Parteiprogramm gebunden sind, können sie wesentlich flexibler auf sich verändernde Situationen reagieren und sind somit für uns schwerer anzugreifen. Die Demonstration wird einen revolutionären Anspruch haben, der aus einem passiven Widerstand einen aktiven macht. Aktiver Widerstand bedeutet für uns weg zu kommen vom alleinigen reagieren auf faschistische Gruppen und ihre Aktivitäten, hin zu einem offensiven vorgehen gegen ihre Ursachen, gegen daß imperialistische System. Sie wird deshalb einen offensiven Charakter haben und ist ausdrücklich keine Bündnisdemonstration. Zu dieser Entscheidung sind wir gekommen, da wir in Quedlinburg schlechte Erfahrungen mit Bündnissen gemacht haben, die uns Kompromisse aufgezwungen haben bzw. politische Aktionen zu vereinnahmen suchten. So können wir nach unserem autonomen Selbstverständnis demonstrieren und dieses in die Öffentlichkeit tragen. Diese Demo ist somit ein Signal, ein Signal an die FaschistInnen und eine Signal auch an diesen Staat, der selbst hier in Quedlinburg versucht, durch massive Repressionen,

autonome Strukturen zu zerschlagen. Dieses Signal soll jedoch rein politischer Natur sein, was bedeutet, daß diese Demonstration in jedem Fall friedlich verläuft. Eine unfriedliche Demonstration würde unsere politischen Ambitionen zum Scheitern verurteilen.

KOMMT ZUR BUNDESWEITEN ANTIFASCHISTISCHEN DEMONSTRATION AM 04.11.95 NACH QUEDLINBURG!

Treffpunkt: 12.00 Uhr Carl-Ritter-Platz Quedlinburg



Treffpunkt für Leipzig:
Samstag, 4.11.95, um 9[00]Uhr
Hauptbahnhof /Westhalle

Antifa Ha/Qu, Gegenstrom Göttingen, AMA Hamburg, Antifa Halle, Antifa Dessau, Antifa Merseburg/Querfurt, ARAG Hannover, Sprengel Antifa Hannover, Autonome Antifa (M), Antifa West Braunschweig, Antifa Jugendfront Braunschweig, Antifa Jugend Goslar, Antifa Wolfenbüttel, Aktiva Aschersleben, Antifaschistische Gruppe Blankenburg, Antifa Oberharz, Antifa Wernigerode, AntifaschistInnen aus Hildesheim und Umgebung

Der „linke, heilige Rest" wehrt sich.

ANG Leipzig antwortet auf die Angriffe der Kahina

(in Klarofix, September 95)

In einem Beitrag des Septemberklaros setzt sich die Kahina „kritisch" mit antinationalen Positionen im allgemeinen und mit Blick auf den Krieg in Jugoslawien im besonderen auseinander.

Wie zu zeigen sein wird, wurde mehr polemisiert als argumentiert.

1. Es beginnt mit dem schönen Joke, wir seien die „Anti-Nationale Heilsfront (...frei nach der algerischen FIS mit dem Kürzel FAS)". Gäbe es die Kahina nicht, die ANGL hätte „nichts zu lachen" in diesem Monat- strikte Anti-Positionenals Heilslehre einzustufen ist sehr erheiternd für zynische Menschenverachter(innen) wie uns.

2. „Wir deutschen (Linken) sind...etwas Besonderes" und zwar, indem wir in einem Land leben, das gerade ein weiteres Mal gegen die Serben und für die Ustaschi kämpft.

3. „Ehrenmufti el-Sässer"- wir haben gelacht, Eure Eigenheit, Euch selbst zu entkräften, ist umwerfend.

Hiermit geben wir die „ethnische Brille" an die Kahina weiter- sie paßt uns nicht. Seht zu, wie ihr sie wieder loswerdet:

„Die Konzeption von Ethnien und ethnischem Pluralismus ist in der Phase der Emanzipation von Menschen, die bislang wegen ihrerethnischen Herkunft diskriminiert wurden, grundsätzlich notwendig..." (die Kanzlei Kahina & Partner in Frente 6/95).

Sucht mal nach so einem Brocken bei uns!

4. Weltgeschichte ist deutsche Geschichte; es ist aber kein „Kunststück", das zu erkennen, angesichts von zwei deutschen Weltkriegen und in Kenntnis davon, daß Deutschland heute wieder marschiert, die Serben wieder „in die Knie zwingen" (Kinkel) will. Das ist Weltgeschichte, auch wenn es die Kahina und so viele mit ihr nicht wahr haben wollen. (Nebenbei: „eine handvoll *DemonstrantInnen" ist FAZ-Jargon.)*

5. Eine andere Tageszeitung (junge Welt), die nicht FAZtaz mit umgekehrten Vorzeichen ist, bemüht sich, dem antiserbischen Trommelfeuer etwas entgegenzusetzen. Dabei wird hart polemisiert- doch mit der Polemik als Mittel politischer Auseinandersetzung ist die Kahina ja gut vertraut. Der Unterschied zu FAZtaz ist u.a. Leserzahl/ Breitenwirkung. Es gibt den Mainstream antiserbischer Hetze und **eine pointiert vorgetragene Gegenposition.**

6. Die bei der Veranstaltung anwesenden Vertreterinnen der Kahina haben beim Thema Tschetschenien offensichtlich schlecht zugehört. Anderenfalls wäre ihnen sicherlich nicht entgangen, daß Elsässer sehr wohl tschetschenischen wie russischen Nationalismus für verachtenswert hält (egal ob „Westentaschen-Diktator" oder „Alkoholiker im Kreml" die Menschen in Tschetschenien regieren). Doch Eure Folgerung, der

tschetschenische Nationalismus sei „eine Reaktion auf den großrussischen Nationalismus", der großrussische mithin „ursprünglicher" (E.Nolte), ist albern. Niemand von uns hat behauptet, irgendein Nationalismus sei irgendeinem „Volk" „wesenseigen". Wir behaupten im Gegenteil schon seit einer ganzen Weile, daß Nationalismus der übersteigerte Wahn ist, die Nation sei etwas Reales und kein Konstrukt, das in bestimmten Situationen bestimmten Interessen nützt.
7. Schade auch, daß jw-Artikelüberschriften nicht von Zeit zu Zeit mit „i" (Ironie) oder „s" (Satire) gekennzeichnet sind. Der Deutung durch die Kahina könnte das sicherlich von Nutzen sein (zwei Anwendungsfälle werden auf Seite 42 präsentiert).
Wer in diesem Zusammenhang allerdings von „Relativierung der Verbrechen des NS-Regimes (S.44) schreibt, sollte sich- vielleicht im nächsten Klaro- von der Aufzählung „Hiroshima, Halabca oder Indigene" in Verbindung mit deutschen Verbrechen distanzieren. Genau diese Aufzählung nämlich riecht nach der Relativierung, die ihr der jw vorwerft.
Immerhin fehlt wenigstens Dresden in der Auflistung...
8. Die holländischen Blauhelme waren vor Ort- Ihr nicht. Pech für Euch, daß Euch deren Aussagen nicht ins Konzept passen.
9. „Mildernde Umstände" (Elsässer in der Veranstaltung) für Nationalbewußtsein bei verschiedenen „Nationen" bedeutet nicht, daß deren Nationalismus prinzipiell gut ist. Mildernde Umstände machen wir u.a. geltend beim israelischen Nationalismus, der ein Rechtssubjekt schuf, dem der Nachfolgestaat Nazideutschlands „Wiedergutmachung" zu leisten hat (israelische Staatsgründung). Nachkriegsdeutschland hatte diesbezüglich von sich aus nichts unternommen, sondern zelebriert bis heute ohne Bruch seinen Nationalwahn (siehe Wiedervereinigung).
Natürlich sind „Ethnie, Rasse, Volk... Ordnungsmodelle..., ...die zwischenmenschliche sowie Beziehung zwischen vermeintlich verschiedenen sozialen Gruppen regeln". Das genau, liebe Kahina, ist ja eine Erklärung für die Nation als Konstrukt. Nur weil ich es erkennne, muß ich dem aber nicht zustimmen, im Gegenteil: ich kann es ablehnen und bekämpfen, und zwar zuerst in Deutschland (s.o.).
Elsässer weiß ebenso gut wie ihr, „wozu Kategorien, Begriffe etc. erfunden werden", nur sind Menschen, die sich an diesen **Erfindungen orientieren, zu bedauern und nicht darin zu unterstützen.**
11. „...klare Symbolsprache, klar festgelegte Rituale und viele Mythen!" gäbe es bei uns. Über diese Eure weitere, doch- wie so oft- argumentfreie Polemik haben wir herzlich gelacht, doch nun fragen wir uns ernsthaft: Wie kommt Ihr dazu, uns solche dumpfen Verhaltensweisen zu unterstellen? Habt Ihr Beispiele, schlechte Erfahrungen? Nein? Dann wäre es schön, wenn in Zukunft solche Verleumdungen unterblieben. Wir laden Euch zu unseren Ritualen- Umtrunk, Gespräch und nächster Niederlagenparty- ein, wobei wir Befürchtung haben, daß letztere diesmal ausfallen wird.
Ach so: Hausschuhe mitbringen!- alter antinationaler Mythos.

Freundliche Grüße
ANG Leipzig.

„Vieles deutet darauf hin, daß ein Krieg früher oder später unvermeidlich sein wird"



Situationsbericht aus einem Campamento por la paz in der Selva Lacandona Chiapas Mexico

Oktober 1995

Meine letzte Rückkehr aus dem Wald war die bisher anstrengenste. Die Regenzeit hat heftige Spuren in der unbefestigten Straße hinterlassen, gewisse Strecken gleichen mehr einem Sumpf als einer Straße. Mehrere Male mußten wir in dieser Nacht aussteigen, um den Kleinlaster von Hand durch den kniehohen Schlamm zu ziehen und zu stoßen.

Es war das letzte Mal, daß ich zurückkehre aus dem Dorf, in dem ich die letzten 4 Monate verbracht habe. Zuerst als "Campamentistin" in einem der Campamento civiles por la paz, die von CONAI und COMPAZ organisiert werden, und dann, nachdem sich die Diazöse in San Cristobal de las Casas geweigert hat, uns weiter zu akkreditieren, als Unabhängige.

Die Weigerung der Organisation ist auf Unterschiede unserer politischen Einstellung zurückzuführen, als Vorwurf kam unter anderem natürlich der Unvermeidliche, der Paternalismus, dessen wir uns aber beim besten Willen nicht schuldig befinden konnten. Schlußendlich haben wir uns entschlossen, in Anbetracht der Umstände, in denen das Dorf lebt, zurückzuziehen, um das Feld wieder dem regulären Campamentismus zu überlassen.

Die Dörfer in der Selva Lacandona sind alle zwischen 25 und 30 Jahre alt und wurden von Leuten gegründet, die von Fincas (Plantagen) oder aus dem Hochland kamen.

Das Dorf, in dem wir gelebt haben, ist ein geteiltes, d.h. es ist nicht zu 100% zapatistisch, son-

dem teilt sich in diesem Fall in 3 Parteien: Zapatisten (ca. 1/3), ARIC-independiente (ca. 1/6) und ARIC-oficial, auch PRI genannt (ca. 1/2).
Dazu kam eine gigantische Militärpräsenz von ungefähr 2000 Soldaten der mexicanischen Armee, die in 2 Camps auf beiden Seiten des Dorfes stationiert waren. Anfangs Juni, kurz vor dem 4. Dialogstermin zwischen der EZLN und der Regierung in San Andres Sakam'chen de los poppres, zog aber der größte Teil in einer riesigen Karawane ab. Kurz vor 6 Uhr morgens fuhren über 20 Laster, dazu Panzerfahrzeuge, Tanks, Militärjeeps, beladen mit Soldaten, Papageien und Äffchen, die erstere einigen geldgierigen Individuen abgekauft haben, durch das Dorf.
Seither ist es bedeutend ruhiger geworden in der Communidad, die verbliebenen ca. 400 Soldaten konzentrierten sich in einem einzigen Camp, was schon mal eine enorme Verkehrsberuhigung bedeutete, da nun kein so augenfälliger Grund mehr bestand, 100 mal pro Tag das Dorf zu durchqueren, um von einem Camp ins andere zu gelangen. Noch immer fahren aber Militärfahrzeuge durchs Dorf, im Durchschnitt 5 bis 6 mal pro Tag, und immer noch halten sie in der Mitte an, um zurückgebliebene Fahrzeuge aufholen zu lassen oder um sich in sinnvollen Tätigkeiten zu ergehen wie z.B. Kisten von einem Laster abzuladen, um sie darauf wieder auf denselben aufzuladen. Manchmal kaufen sie auch Bier in einem der kleinen Läden der ARIC-oficial.
Vor dem Abzug des Großteils der Truppe terrorisierten sie die Gemeinde um einiges mehr: z.B. kamen über 2 Wochen lang jeden Tag Soldaten, um auf dem dorfeigenen Basketballplatz (meist das einzig Betonierte in einem solchen Dorf) zu spielen, immer bewacht von 3 bis 4 Schwerbewaffneten an den strategisch wichtigen Punkten. Sie behaupteten, die Erlaubnis vom Gemeindekomissar zu besitzen, was jedoch eine Lüge war.
Ein weiterer schwerer Eingriff ins Leben der Comunidad ist die Anwesenheit der Prostituierten. Für die traditionelle Bevölkerungsstruktur der Katholiken ist die Prostitution, wie der grassierende Alkoholismus, eine nicht zu unterschätzende Gefahr.
Die "Putas" (wie die Dorfbevölkerung die Prostituierten nennt) oder "Trabajadoras sexuales" (wie sie von den ONG's genannt werden) sind mit der Armee gekommen, aber sie leben nicht im Militärcamp, sondern im Dorf selber. Eine Familie der ARIC-oficial hatte ihnen eine Hütte vermietet. Dieser Umstand beschreibt ein wenig die schwierige Situation in diesem dreigeteilten Dorf. Die Tatsache, daß die regierungstreuen "PRI-isten" der ARIC-oficial sogar bereit sind, ihre Moralvorstellungen dem Dienst der Armee zu opfern (nebenbei verdienen sie ja auch noch was daran), läßt ahnen, wie groß die internen Spannungen in einer Gemeinde sein müssen, wo fast alle miteinander verschwägert sind, aber diametral entgegengesetzte politische Meinungen vertreten.
Die Leute von der ARIC-oficial und auch die von der ARIC-independiente verdienen sich eine goldene Nase an den überhöhten Preisen (das drei- bis vierfache für ein Huhn, Schwein oder Rind), welche die Soldaten bezahlen, die Zapatisten halten aus: die Verspottungen, die Tatsache, das Dorf besetzt zu sehen, die Verbrüderungen zwischen Soldaten und ARIC-oficial, sie halten aus mit zusammengebissenen Zähnen und wünschen sich manchmal lieber Krieg, als diesen aufgezwungenen Scheinfrieden, den der Waffenstillstand zwischen EZLN und Bundesarmee mit sich gebracht hat.
Der Umstand, daß fast alle miteinander verwandt sind, hat tiefgreifende Abhängigkeiten hervorgebracht, was dazu geführt hat, daß in diesem Dorf am 9.2.95, als die mexikanische Armee überraschend in die Selva Lacandona eingedrungen ist und damit die damals laufenden Verhandlungen zwischen EZLN und Regierung zum Abbruch gebracht hat, niemand in die Berge geflüchtet ist. Es bestand ein Übereinkommen im Dorf, daß niemand als Zapatist identifiziert wird, doch die dorfinterne Solidarität zwischen den Parteien ist am bröckeln und die Zukunft, auch was den am 20.4.95 wiederaufgenommenen Dialog betrifft, ist ungewiß.
Real bestehen die Abmachungen von San Miguel vom 10.4.95 nur

für eine Seite: die Zapatistische. Die Regierung und ihre Armee verstoßen jeden Tag gegen die von ihnen mitunterzeichneten Regeln. Das Militär macht Erkundungsflüge, betritt laufend bewaffnet die Dörfer, befragt Leute und seit ca. Anfang August haben die Soldaten angefangen, Patrouillen in die umliegenden Berge zu machen, wofür sie den Vorwand benutzen, Holz suchen zu müssen. Diese Patrouillen gehen jeden Tag weiter hinauf, erkunden ihr Gebiet, verbieten den Campesinos zu ihren Feldern zu gelangen, fragen sie aus und bedrohen sie. Vieles deutet darauf hin, daß ein Krieg früher oder später unvermeidlich sein wird und die mexikanische Armee bereitet sich offensichtlich auf den Ernstfall vor.

Seit die Armee am 9.2. einmarschiert ist, greift der Alkoholismus wieder um sich, denn als das Gebiet Freizone unter der EZLN war, wurden jegliche Alkoholtransporte abgefangen und die Ware noch auf der Stelle zerstört. Anders gesagt, es herrschte ein absolutes Alkoholverbot. Das mag uns Europäern sehr restriktiv erscheinen, erspart aber in der Realität viele Probleme und ist auch Ausdruck des Bewußtseins, daß der Alkohol ein Produkt der Eroberer war und ist und damit ein Mittel zur Unterdrückung der indigenen Bevölkerung.



Heute gehört der Verkauf von Bier an die Soldaten und Jaguar oder Criolle (zwei Fuselmarken zu ca. 2 Mark der Liter) an die Einheimischen wieder zur Haupteinnahmequelle der Ladenbesitzer der ARIC-oficial. Die Auswirkungen sind schlimm. Jedes Wochenende Schnapsleichen mit Schaum vor dem Mund, verprügelte Ehefrauen, Schlägereien bis zu Auseinandersetzungen mit Machete. Bei einer solchen ist erst vor kurzem einem Mitglied der ARIC-oficial von einem andern derselben Organisation die Schädeldecke gespalten worden; nur mit viel Glück hat er überlebt.

Dies geschah am Tag, nachdem die Regierung die PROCAMPO - Gelder verteilt hat, d.h. alle Mitglieder der ARIC-oficial und ein Teil der ARIC-independiente haben ihre jährlichen 400 Pesos (ca. 80 DM) Unterstützung erhalten und diese zum Teil in Alkohol umgesetzt. Das halbe Dorf bis hin zu Frauen und Kindern war sturzbetrunken. Die Regierung betreibt mit ihrer Solidaridad - Kampagne, von der die PROCAMPO - Gelder ein Teil sind, aktive Zerstörung der indigenen Kultur und der Alkohol spielt in diesem Krieg eine sehr wichtige Rolle.

Bei den Insurgentes (so werden die Milizionäre genannt, die sich dauernd oben in den Bergen befinden) wird Alkoholkonsum schwer bestraft, z.B. mit Lastentragen bis zu 50 kg den Berg hin-

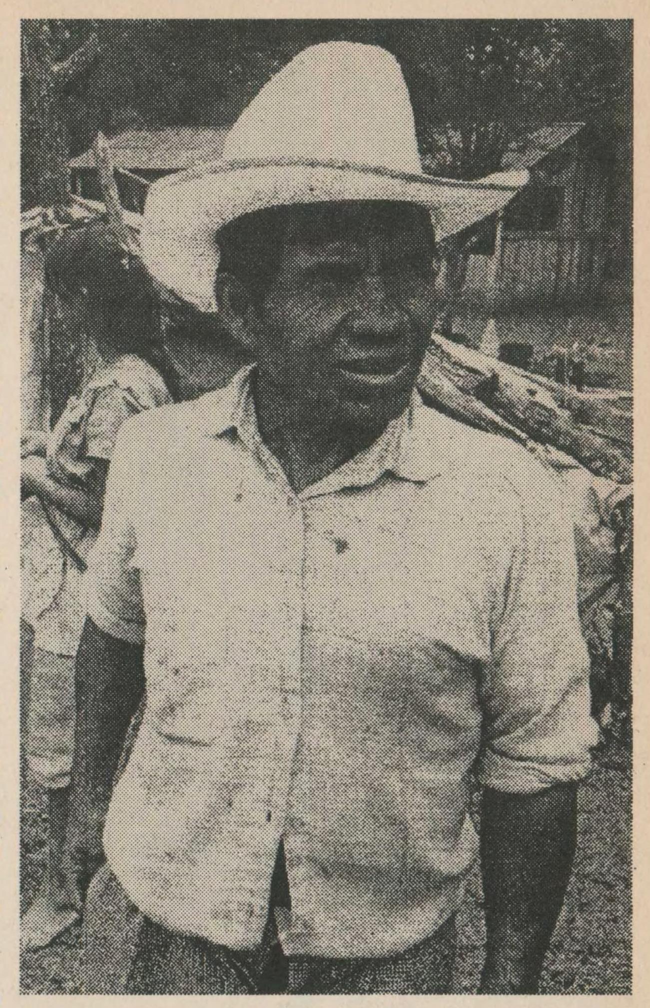
auf. Bei den Milizionären im Dorf (alle jüngeren Männer und zum Teil auch Frauen, die der Organisation der EZLN angehören) wird manchmal ein Auge zugedrückt, außer wenn's jemand ist, der Verantwortung trägt, der wird sein Cargo sofort los.

Die Dorfgemeinschaften im lakandonischen Urwald sind immer noch sehr stark ihren Traditionen verbunden (wenn auch nicht mehr so sehr wie z.B. die Gemeinden im Hochland von Chiapas), das betrifft die Frauen wie die Organisationsstruktur, auf die ich später zurückkommen werde.

Die Frauen sind für den Haushalt zuständig und die Männer gehen auf die Felder, betreuen das Vieh und holen Holz.

Der Arbeitstag einer Indigena beginnt um ca. 5 Uhr morgens und endet zwischen 10 und 11 Uhr nachts. Das Essen, das sie zweimal pro Tag zubereitet, besteht aus Mais und Bohnen und was der Urwald gratis noch dazu gibt an wilden Früchten und Tieren. Meistens übernimmt es die Mutter oder die älteste Tochter, das Essen zu servieren. Die kleineren Schwestern bedienen sich selber und ihre noch kleineren Geschwister und die männlichen Familienangehörigen werden bedient.

Auch wenn mehrere Familien eine Küche benutzen, wie das oft der Fall ist, wenn ein schon älteres Ehepaar viele Söhne hat, bedient jede Frau ihren Ehemann. Den Männern wird auf's Feld Pozol mitgegeben, das ist der



Maisteig, aus dem auch die Tortillas gemacht werden. Pozol wird mit Wasser angerührt, bis er die Konsistenz einer körnigen Suppe hat und dann mit Salz und Chile oder pur getrunken.

Die Frauen werden trotz der traditionellen Rollenverteilung im allgemeinen geachtet, viel mehr als z.B. die Fruaen der Altos (Hochland) von Chiapas, deren Ernährungssituation zum Teil verheerend ist, weil sie immer zuletzt zum Essen kommen und es oft nicht für alle reicht. Aus diesen Gründen sind viel mehr Frauen aus den Altos zur EZLN gegangen, als Frauen aus der Selva, letzteren wird viel mehr Respekt entgegengebracht als ihren Schwestern aus dem Hochland. In der Selva Lacandona haben

eigentlich alle genug zu essen, da hier alle genug Land besitzen, um ihre Familie zu ernähren. Die Frauen nehmen zum größten Teil nicht an den Dorfversammlungen teil, nur wenn sie gerufen werden. Das ist der Fall, wenn es um fundamentale Entscheidungen geht, die die ganze Gemeinschaft betreffen.
Sonst organisieren sich die Frauen untereinander, um z.B. Tostados (getrocknete Tortillas) für die Insurgentes zu backen oder Brot zum Verkaufen zu machen, damit etwas Geld zusammenkommt, das dann auch für die Organisation (EZLN) verwendet wird.
Die Frauen waren vor dem 9.2.95 stärker in die allgemeine Organisationsarbeit eingebunden, z.B. haben sie auch Botengänge gemacht oder Nächte beim Funkgerät gewacht. Mit dem Einmarsch der Armee ist dies aber aus Sicherheitsgründen abgebrochen worden, und das Funkgerät befindet sich jetzt irgendwo oben am Berg.



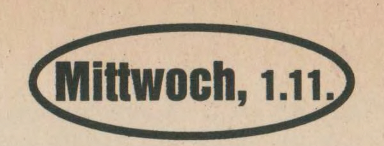
Die weiblichen Insurgentes (ca. 40% der Armee der EZLN sind Frauen) haben im Jahre 1993 das Gesetz der Frauen (Ley de las mujeres) ausgearbeitet und es wurde im März desselben Jahres vom CCRI verabschiedet.
Das Gesetz enthält Forderungen wie: freie Partnerwahl (traditionsgemäß werden die Frauen von ihren Vätern verheiratet, ohne gefragt zu werden), das Recht, die Kinderzahl zu bestimmen, öffentliche Aufgaben übernehmen zu können und Berufe erlernen zu können. Die Grundforderung ist natürlich Gleichberechtigung in der Gemeinde. Die Insurgentas sind den Frauen im Dorf um Jahre voraus, denn in der EZLN gelten diese Gesetze, was mensch von den Dörfern, auch wenn sie zu 100% zapatistisch sind, nicht behaupten kann. Aber es gibt Fortschritte, z.B. werden die Mädchen heute gefragt, wen sie heiraten wollen.
Doch die Frauen im Dorf sind mit wenigen Ausnahmen noch immer sehr zurückhaltend und dem traditionellen Rollenverhalten verbunden. Sie heiraten früh (zwischen 15 und 18) und haben früh Kinder, eine Zahl zwischen 8 und 10 ist keine Seltenheit, sie werden fast jedes Jahr schwanger. Entbunden wird mit Hilfe der Heb-

ammen, meistens 2 oder 3 der älteren Frauen im Dorf, die zum Teil auch noch ein Wissen über Heilkräuter besitzen.
Die Kinder sind sehr früh selbstständig und arbeiten mit im Haus und auf den Feldern. Außerdem sind die älteren Kinder für ihre Geschwister verantwortlich, diese werden eigentlich nicht von ihren Eltern erzogen, sondern von ihren Brüdern und Schwestern. Mit 15, 16 Jahren gelten die Söhne und Töchter als erwachsene Mitglieder der Gemeinschaft.
Eine Pubertät existiert hier nicht in dem Sinne, wie wir sie kennen in der westlichen Gesellschaft. Dafür gibt es hier einfach keine Möglichkeiten, weder als Auflehnung gegen Eltern oder Gemeinschaft, noch schüchternes Kennenlernen des anderen Geschlechts. Auflehnung gegen das Kollektiv bedeutet den sicheren Untergang und geschlechtliche Beziehungen gibt es nur in der Ehe, das ist ein Grund, warum hier so früh geheiratet wird.
Die Communidad organisiert sich über Versammlungen, im Falle diesen spezifischen Dorfes über 3 verschiedene, weil die 3 Gruppen autonom funktionieren, im weiteren werde ich darum nur über die zapatistische sprechen. Versammlungen gibt es zu allem und jedem, manchmal jeden Tag, meistens nur für die Männer. In allen zapatistischen Dörfern und in solchen wo eine gewisse Anzahl von zapatistischen Familien existiert, gibt es eine "Casa de seguridad", wo die Verhandlungen stattfinden. Dort wird Recht gesprochen, Aufgaben verteilt und politische Entscheidungen gefällt. Die Versammlung ist das höchste politische Organ der Gemeinde.
Natürlich gibt es in jedem Dorf Personen, die durch Wahl mehr Autorität erhalten haben und die z.B. berechtigt sind, anderen Befehle zu erteilen. Aber sie halten dieses Carco nur so lange, wie sie es zur Befriedigung der Gemeinschaft ausführen. Es gibt hier keine Ämter auf Lebenszeit oder für gewisse Perioden, wer nicht erfüllt, wird abgesetzt.
Diese Art von Basisdemokratie ist seit eh und je Bestandteil der indigenen Kultur und es ist das, was die EZLN als Befreiungsarmee so besonders macht. Das höchste Organ sind die Versammlungen der Dörfer, die der Organisation der EZLN angehören, dort wird ihre Politik bestimmt. Das Sprachrohr der Dorfversammlungen ist das CCRI, die Komandantur der Armee der EZLN. Dieses Komitee besteht aus Personen aller Ethnien, die in Chiapas leben: Tzotzilen, Tzeltalen, Tojolabalen, Cholen und Manen, alles Leute die in ihren Gemeinden hohes Ansehen genießen.
Der Dialog zwischen der EZLN und der Regierung scheint unterdessen doch ein paar Früchtchen getragen zu haben, zumindest, so scheint es, werden jetzt die eigentlichen Verhandlungspunkte unter Bearbeitung genommen. Bis jetzt ging es eigentlich nur darum, festzulegen, wie die Verhandlungen geführt werden sollen und welche Themen behandelt werden sollen. Am 1.10.95 wird nun der erste Verhandlungstisch eröffnet, mit den Themen "Kultur und Rechte der Indigenas". Weitere Themenbereiche werden sein. "Demokratie und Gerechtigkeit" und "Wohlstand und Entwicklung". ☺

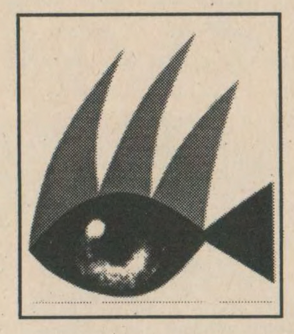
Erklärungen:
ARIC-oficial: *Asociacion Ruval de Interes Colectivo (Campesinoorganisation, die der Regierungspartei PRI nahe steht)*
ARIC-independiente: *hat sich im Januar 1994 von der Oficial abgespalten und steht der EZLN nahe*
PRI: *Partido de la Revolucion Institucionada (regierende „Partei der intitutionalisierten Revolution")*
CCRI: *Comité Clandestino Revolucionario Indigena*
EZLN: *Ejercito Zapatista de la Liberation Nacional*
ONG's: *Organisaciones No Gubermentales (nach dem 1.1.94 entstandene Organisationen (und es sind immer mehr!), die regierungsunabhängig und meist auf der Seite der EZLN sind)*
CONAI: *COmision NAcional de Intermediacion (Vermittlungsorganisation der Diözese in San Cristobal, dessen Präsident Samuel Ruiz ist und die eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen zwischen Regierung und EZLN einnimmt)*
CONPAZ: *Coordinacion de Organisaciones Nogubermentales por la PAZ*

Quelle: Post

Liebe Freunde & Freundinnen, das ist der November-Kalender. Neu. Voll. (nicht ganz) Souverän. Dabei schön. Jeder Wochentag stimmt mit dem Datum überein - was wollt Ihr mehr? Richtig: Ihr wollt ausgehen, demonstrieren, sinnieren, lecker tanzen gehen, diskutieren, Filme sehen und Salsa lernen - logo. Alles ist drin. Habt Ihr damit Kummer oder Sorgen, kommt gleich morgen - aber immer schön den Ball flach halten. Wir freuen uns.



9.00 Uhr Landgericht Leipzig, Harkortstraße
Der wiederaufgenommene Prozeß um Thümi's Mörder.



38. Internationales Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm 1995
Zu sehen & zu hören im Capitol, Videokino im Messehof, Katakombe, naTo, Schaubühne Lindenfels, Kino im Grassi. Das vollständige & "gut gegliederte" Programm kann hier aus Platzgründen natürlich nicht abgedruckt werden - aber es liegt ja neben fast jedem Gin Tonic (zum Glück nicht weiter weg).





Und heute Abend erwartet uns eine nordische Leckerei: **Die Sterne** und **Knorr's 0:0.** Die Szene ihrer Heimatstadt (vermtl. Hamburg) schreibt über die Sterne: "Naiver Soul-Liebreiz, Schlank-Funk und Rock mit einem Smiley-Button laden dazu ein, sich aufgefordert zu fühlen. Zum Beispiel dazu, mit deutscher Zunge verliebt englisch zu denken: Ich falle in Identität mit dir."
Mit der Bühnenshow "Ihr habt uns den Feiertag versaut" tritt das "Quasi 1-Mann-Rocktheater" Knorr's 0:0 auf die Bühne, um in belustigender Absicht "Spaß" zu machen. Wir gehen hin, um fröhlich zu sein. Du auch? Ja, du auch.

Last but not least - Bester Tanzclub in Town: Duschkabine (Elastic, C'witzerkreuz)

Donnerstag, 2.11.

9.00 Uhr Landgericht
Leipzig, Harkortstraße
Der wiederaufgenommene Prozeß
um Thümi's Mörder.

Offenes Antifaschistisches Plenum
20.00 Uhr Conne Island



Sonst gibt es noch 3
Unmöglichkeiten:
Fensterputzen
Haarefärben
oder Yoga mit Janet,
...in der Steinstraße
ab 20 Uhr

Freitag, 3.11.

9.00 Uhr Landgericht
Leipzig, Harkortstraße
Der wiederaufgenommene Prozeß
um Thümi's Mörder.

Konzert in der Lichtwirtschaft, Stöckartstr.11
DEAD PLANTS + THE ALVY SINGER EFFECT (exclusiv from Scotland)



Sonnabend, 4.11.

Antifa Demo in Quedlingburg

In Quedlingburg und Umgebung finden in der letzten Zeit immer häufiger Nazitreffen & -konzerte statt. Die damit verbundene Organisierung der Neofascene ist keineswegs hinzunehmen. Der Treffpunkt der Leipziger Leute ist 9.00 im Bahnhof.

4. ANTIRASSISMUS RATSCHLAG IN ERFURT

Dieses Treffen soll genutzt werden, um Theorien, Strategien, aber auch Erfahrungen in der antirassistischen, antifaschistischen Arbeit und der Durchsetzung von mehr demokratischen Rechten und Kultur (Lebensweise) auszutauschen. 10.00 Haus der Gewerkschaften Erfurt, Diskussionsforen & Workshops zu Rassismus, Sexismus, Faschismus, Militarismus, Asyl & Geschichtsrevisionismus.

Conne Island

Diese 3 Spargeltarzane spielen mit "bodenständigen, einfachen Mitteln total geilen Punkrock-Pop". Das stand im Juni Dust (Hallesches Stadtmag). Drei Monate später ging das Blatt Pleite. Das EB Musikmagazin schreibt: "Tocotronic kommen aus Freiburg und versuchen so etwas wie Grunge Rock zu spielen." Möglicherweise brennt in ihrer Druckerei gerade das Papierlager aus...
Geheimntip: Das Saturn Quartett, jung-frisch-neu, spielen als Support.

DOK
FILM
TODAY!

Last but not least - Bester Tanzclub in Town: Elastic, C'witzerkreuz, Kochstr. 122

Sonntag, 5.11.

Heute ist ein ganz besonderer Tag: Sonntag. Wer heute lange schläft, wird nicht mehr aus der Hüfte kommen. Deshalb vor Mittag aufstehen (auch & gerade mit Kater, oder Kätzchen) und ein Ei gekocht. Raus an die Luft und Fußball spielen (bzw. Kastanien sammeln, Schnipseljagd etc.). Bei Regen kann man allerdings fast nichts richtig machen, außer man tut nützliche Sachen: Abwaschen, Hausarbeit erledigen/schreiben, mit Kater/Kätzchen Domino spielen, oder

Ins Kino gehen!

SMOKE

18.45 oder 21.00, CITY KINO im Vereinshaus, Seeburgstraße 5-9 Ein leckerer Augen- & Ohrenschmaus, u.a. mit Harvey Keitel. Viele Zigaretten und jede Menge inspirierender Dialoge in einer Art, die "mental motiviert" UND unterhält.
Wir empfehlen, sich in die ersten Sitzreihen zu begeben - eine sicherlich einmalige Stuhlanordnung, sowie Zimmerlautstärke während der Vorführung unterstreichen das. Bonus: Erstklassiger Kino-Gong.

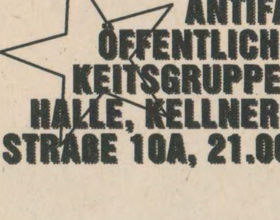


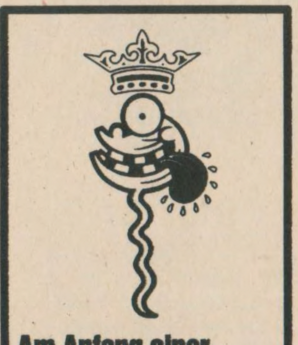
Montag, 6.11.

Conne Island
Koburgerstraße 3

18.00 - 20.00
Beratung für (totale) Kriegsdienstverweigerer im Infoladen, 2.Stock.

In der selben Zeit findet im Cafe das große Conne Island Plenum statt. Wer Lust hat (und nervliches Stehvermögen), kann sich dort aktiv an der massenhaft zu bewältigenden Arbeit beteiligen.





Dienstag, 7.11.

9.00 Uhr Landgericht
Leipzig, Harkortstraße
Der wiederaufgenommene Prozeß um Thümi's Mörder.

Frauenkultur e.V. lädt ein: MIHRABAN - Frauen im Asyl, Treffen ausländischer & deutscher Frauen 15.00-18.00 Braustr.17

FRAUENBIBLIOTHEK
MONAliesA
19.30 ***Gudrun Sasse, Leipzig***
"Der Reigen der Königinnen"
Tanz & Atemtherapie zur Überwindung sexueller Mißhandlung; Frauenabend mit Praxis

euro-scene leipzig
theaterfetival
"Orestie"
Tanztheater des Deutschen Nationaltheaters Weimar (sic!)



Eine Menschheitstragödie im Zeitraffertempo, holzschnittartig, symbolgetränkt, dekadent, angefüllt mit glutvollen Leidenschaften und Farben. Die Aufführung übt eine solche starke Suggestion aus, daß man am Ende meint, dies sei erst ihr Beginn gewesen.
19.30 Haus Dreilinden
(Musikalische Komödie)

Mittwoch, 8.11.	Donerstag, 9.11.	Freitag, 10.11.
9.00 Uhr Landgericht Leipzig, Harkortstraße Der wiederaufgenommene Prozeß um Thümi's Mörder.	9.00 Uhr Landgericht Leipzig, Harkortstraße Der wiederaufgenommene Prozeß um Thümi's Mörder.	9.00 Uhr Landgericht Leipzig, Harkortstraße Der wiederaufgenommene Prozeß um Thümi's Mörder.

Some completly different:
Zentrum für orientalische Tanzkunst
19.00 - 21.00
Salsa & Merengue
Hohe Straße 9



In der Mitte einer langen Woche... Könich Heinz ab zehn. Auerbach/Heinzestr.



Last but not least -
Bester Tanzclub in Town:
Elastic, C'witzerkreuz,
Kochstr. 122
DJ's: Donis, Booga,
Calypsö, Philip N.,
Malcolm, Tobi

Jahrestag der Reichskristallnacht

17.00 Moritzbastei Demo

Anti-Repressionswochenende vom 9.-12.11. im Rahmen der Gründung der Regionalgruppe Rote Hilfe e.V. Altenburg

Infoveranstaltung über die Rote Hilfe e.V. - Filme, Video's - Referate, Diskussionen - Ausstellung "Verbotene Kunst" Anlaufpunkt für Interessenten: Alternativhaus Altenburg, H.-Heine-Str.3. Mehr Informationen über Beteiligung, Pennplätze etc.: Telefon 03447-505856.

Offenes Antifaschistisches Plenum
20.00 Uhr Conne Island

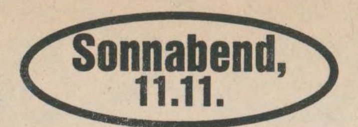
Conne Island



EISENVATER passen in keine Schublade. deutscher Gesang und intensive Soundharken bombardieren die Gehörgänge und garantieren das etwas andere Hörerlebnis. Gewiß nicht immer ganz leicht konsumierbar, aber doch so clever arrangiert, daß Songs wie "Krampf", "Krätzmilbe", oder "Motorprügel" ihre Wirkung beim Hörer nicht verfehlen... with other words: wäre es Metal, es wäre der beste!

Am Ende einer langen Woche... Könich Heinz ab zehn. Auerbach/ Heinzestraße

distillery k.eisnerstr/bahngelände
****
HOUSE



Bundesweite Demo

Gegen den Abschiebeknast Glasmoer / Hamburg
Infos: Schwarzmarkt 040-446095



KONZERT

MASSKONTROLL (usa): Zutiefst den Punkwurzeln verpflichtet; stark 80er Skandinavien-England-Core geprägter Sound; frisieren die alten Hymnen von Heresy und Anti-Cimex bis No Security auf neue Höchstgeschwindigkeiten - UND stehen ihnen in nix nach.
ENOLA GAY (fra): bringen emotionalen Gemütern Freude
THE BAM BAMS (bln): Pop-Punk-Tanz erster Sorte mit Frauengesang

JAZZBLIND

Das Tanzereignis für Leute die's gern eng mögen. Diesmal mit den DJ's STONED & SNARFNECK beide aus Köln. Für Cleverlies hier die Telefonnummer unter der ihr eure Karten vorbestellen solltet: 32 82 06. Mit 8,- DM habt ihr zwar bezahlt, seit aber noch lange nicht drin...



·HOUSE ALARM·
ELASTIC
DJ FRANCIS
DJ MICHELIN

Sonntag, 12.11.

Also, keine Mucken, klar? Ja dieser Tag ist Scheiße, auch wenn wir seit gestern Fasching feiern DÜRFEN! Und damit ist allen Partyhengsten und Stöckeltussies eins gesagt: Klappert & wackelt, baggert & höckert wo ihr wollt, wie ihr wollt, wann ihr wollt - nur bitte habt keine Rücksicht, wir haben sie nämlich auch nicht. Es regiert das Faustrecht. Knieschüsse sind erlaubt. Aspirin ist unser Brot. Adrenalin wird getrunken. Nur manchmal, zwischen all dem Treiben, gönnen wir uns ein Vesper und



"Der Hirsch mit dem goldenen Geweih"

Ein Märchenabenteuer mit der Hexe Baba-Jaga. Im Zauberreich übermütiger Waldgeister, schlotternder Gespenster und zorniger Hexen. Die Zuschauer werden an der phantasievollen Szenerie - dem geheimnisvollen Märchenwald, den Tieren und den Erlebnissen der Kinder Mascha und Dascha - viel Spaß haben. 15.00 Schaubühne Lindenfels

Wer danach keinen Heben geht: rein ins Bett, weil er früh raus muß.

Montag, 13.11.

Conne Island
Koburgerstraße 3

18.00 - 20.00
Beratung für (totale) Kriegsdienstverweigerer im Infoladen, 2.Stock.

In der selben Zeit findet im Cafe das große Conne Island Plenum statt. Wer Lust hat (und nervliches Stehvermögen), kann sich dort aktiv an der massenhaft zu bewältigenden Arbeit beteiligen.

ANTIFA ÖFFENTLICHKEITSGRUPPE, HALLE, KELLNERSTRAßE 10A, 21.00



Am Anfang einer langen Woche... Könich Heinz ab acht. Auerbach/Heinzestr.

Dienstag, 14.11.

FÄLLT AUS!

(Bücher sind wie große Ferien)

Mittwoch, 15.11.

Versteigerung im Bahnhof Plagwitz!!!
9.00 - 16.00
Pfund(s)sachen der Deutschen Bundesbahn. (supergroß!)

Some completly different:
Zentrum für orientalische Tanzkunst
19.00 - 21.00
Salsa & Merengue
Hohe Straße 9

Willst du Disko? Kannste haben: Moritzbastei!
(æ%!!?#¡¶≠*)



Last but not least - Bester Tanzclub in Town: Elastic, C'witzerkreuz, Kochstr.122
DJ's: Donis, Booga, Calypsö, Philip N., Malcolm, Tobi

Donnerstag, 16.11.

Offenes Antifaschistisches Plenum
20.00 Uhr Conne Island

Israelische Kulturwoche

in der Schaubühne Lindenfels 16.-21. 11.
Workshops, Filme, Theater, Ausstellung
näheres: 48 020 47



Some completly different:

The Texas Bluesman Revue 1995 (usa)
Die ältesten Teenager dieser Musikszene.

Im Studentenklub Turm, Unlring 22 Halle

„Dr. Seltsam oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben"

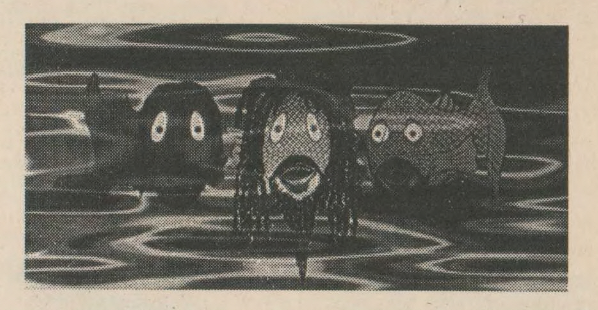
"Ein geisteskranker amerikanischer General, Jack D. Ripper, fühlt sich durch die kommunistische Weltverschwörung mehr und mehr bedroht. Eines Tages dreht er völlig durch: Er setzt die amerikanische Atombombenflotte Richtung Sowjetunion in Marsch... Eine von Stanley Kubrick inszenierte Alptraumkomödie, die das Zwerchfell erzittern & die Haare zu Berge stehen läßt."



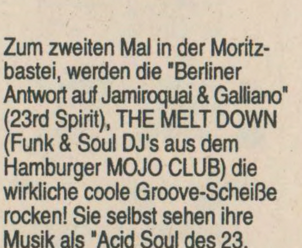
Gehen ins Kino!

Freitag, 17.11.





ZION TRAIN Ein grün-gelb-rotes Spielmobil auf der Reise nach Jerusalem rattert vollbeladen mit Dope, Bässen und Ideen übers digitale Schienennetz. Auf die Fenster sind umkreiste A's gemalt und im Führerhaus sitzt eine cirka 5-8köpfige Mannschaft, die Richtung und Geschwindigkeit bestimmt. Offene Türen laden zum Aufspringen ein und winkende Hippies lächeln: "Welcome To The Wibbly Woobbly World Of Zion Train!" - beste DUBTANZMUCKE eben.



rd SPIRIT



Zum zweiten Mal in der Moritzbastei, werden die "Berliner Antwort auf Jamiroquai & Galliano" (23rd Spirit), THE MELT DOWN (Funk & Soul DJ's aus dem Hamburger MOJO CLUB) die wirkliche coole Groove-Scheiße rocken! Sie selbst sehen ihre Musik als "Acid Soul des 23.

GAYDANCE

ELASTIC

Sonnabend, 18.11.

KONZERT **ZORO**

SCATHA (sco): Nackenschutz anlegen; Tribal-Kreisch&Knüppel Überlegende von Sedition und Disaffect
BANDOG (HH): Kalt & moshig.
PINK FLAMINGOS (Bln): Perfekter High Speed Grind Punk (Nacken schutz gleich zu Hause lassen)



SKA-SOUL-NIGHTER
-the best of the 50ies, 60ies, 70ies

KRAKOWBEAT
15 CD's beschäftigen 1500 Leute

DISTILLERY
DISTILLERY
DISTILLERY
DISTILLERY

back & fit
k.eisnerstr./bahnhofsgelände



Sonntag, 19.11.

Greift euch wahllos irgendwelche Leute und überzeugt sie, daß sie ein enormes, nutzloses & erstaunliches Vermögen geerbt haben - etwa 5000 Quadratmeilen der Antarktis oder einen greisen Zirkuselefanten oder ein Waisenhaus in Bombay oder eine Sammlung alchimistischer Manuskripte. Später werden sie feststellen, daß sie einen Moment lang an etwas Außerordentliches geglaubt haben & werden dadurch vielleicht bewegt, eine intensivere Existenzweise anzustreben.¶
Organisiert morgen einen Streik in eurer Schule oder an eirem Arbeitsplatz mit der Begründung, ihr könntet dort euer Verlangen nach Trägheit und spiritueller Schönheit nicht befriedigen.¶
Eine tolle Verführung, die nicht nur der gegenseitigen Befriedigung dient, sondern ein bewußter Akt eines angestrebten wunderschönen Lebens ist - kann das Höchste des Poetischen Terrorismus sein.¶
Verkleidet euch. Benutzt Falschnamen. Seid eine Legende. Der beste Poetische Terrorismus ist gesetzeswidrig, laßt euch aber nicht erwischen. Kunst als Kriminalität, Kriminalität als Kunst.¶

Jens-Paul Wollenberger liest Daniil Charms ... und natürlich eigene Texte, am Bajan: Valeri Funkner naTo 21.00 [redacted]

oder - wir gehen ins Kino: "Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins" 21.00 Eutritzsch
(nach dem gleichnamigen Roman von Milan Kundera)

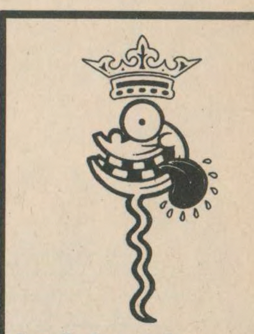
Montag, 20.11.

Conne Island
Koburgerstraße 3

18.00 - 20.00
Beratung für (totale) Kriegsdienstverweigerer im Infoladen, 2.Stock.

In der selben Zeit findet im Cafe das große Conne Island Plenum statt. Wer Lust hat (und nervliches Stehvermögen), kann sich dort aktiv an der massenhaft zu bewältigenden Arbeit beteiligen.

ANTIFA ÖFFENTLICHKEITSGRUPPE, HALLE, KELLNERSTRAßE 10A, 21.00



Am Anfang einer langen Woche... Könich Heinz ab acht. Auerbach/Heinzestr.

Dienstag, 21.11.

Frauenkultur e.V. lädt ein: MIHRABAN - Frauen im Asyl, Treffen ausländischer & deutscher Frauen 15.00-18.00 Braustr. 17

AJZ CHEMNITZ: **Swervedriver** (UK) Den Happy-Valley-Kinderschuhen entwachsener Krachpop. Pretty good.

Naundörfchen ab 21.00

NACHT BAR

LOADED radio NRG 99,8 MgH Music by Augsburg Donis &

Mittwoch, 22.11.

Some completly different: Zentrum für orientalische Tanzkunst 19.00 - 21.00 Salsa & Merengue Hohe Straße 9

Lichtwirtschaft Stöckartstr. 11 TEATR NOVO G. FRONTA (St. Petersburg)

Conne Island

WALKIN LARGE
MC RENE
- der ultimativ beste Hip Hop Sound hiesiger Breiten - Reimdelirium



Last but not least - Bester Tanzclub in Town: Elastic, C'witzerkreuz, Kochstr. 122 DJ's: Donis, Booga, Calypsö, Philip N., Malcolm, Tobi

Donnerstag, 23.11.

Offenes Antifaschistisches Plenum 20.00 Uhr Conne Island

Naundörfchen ab 21.00

LIFE MUSIC im Salon

007 James Bond Night

movies drinks cool music elastic



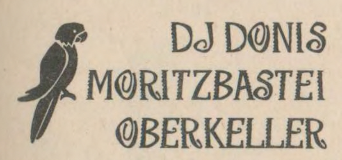
Conne Island



INTEGRITY

Prophecy of Rage

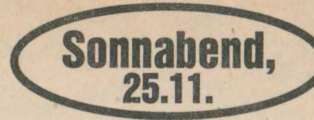
-Hardcore by "brutal aggression with the horrofic terror





DISTILLERY
DISTILLERY
DISTILLERY
DISTILLERY
HOUSE

back & fit
k.eisnerstr./bahnhofsgelände



FLOHMARKT

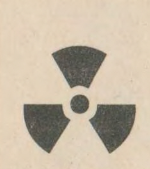
Nikolaikirchhof 15.00 - 21.00

sauber!

JAZZBLIND LIVE

Das Tanzereignis für Leute die's gern eng mögen. Diesmal mit der DJ's FABRIC und der Berliner Band JUICEFUL JAZZ. Für Cleverlies hier die Telefonnummer unter der ihr eure Karten vorbestellen solltet: 32 82 06. Mit 8,- DM habt ihr zwar bezahlt, seit aber noch lange nicht drin...





·HOUSE ALARM·
ELASTIC
DJ TILL
DJ BERRY

DISTILLERY

T E C H N O

k.eisnerstr./bahnhofsgelände

Sonntag, 26.11.

Montag, 27.11.

Dienstag, 28.11.

FLOHMARKT

Sportforum
9.00 - 15.00
sauber!



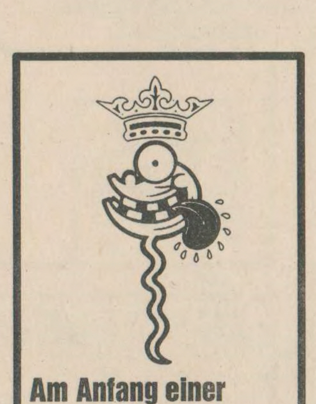
"Hängt ihn höher", dieser Film lief am 2. November, 23.00 auf'm mdr.

Conne Island
Koburgerstr. 3

18.00 - 20.00
Beratung für (totale) Kriegsdienstverweigerer im Infoladen, 2.Stock.

In der selben Zeit findet im Cafe das große Conne Island Plenum statt. Wer Lust hat (und nervliches Stehvermögen), kann sich dort aktiv an der massenhaft zu bewältigenden Arbeit beteiligen.

ANTIFA ÖFFENTLICHKEITSGRUPPE, HALLE, KELLNERSTRAßE 10A, 21.00



Am Anfang einer langen Woche... Könich Heinz ab acht. Auerbach/Heinzestr.

KONZERT

ZORO

OI POLLOI (UK) & HOMO MILITIA (P): zwei Anarcho Punklegenden bei denen es politisch aktiv abgeht. Mit dabei ist die Infogruppe Earth First!

LOADED
radio NRG
99,8 MgH
Music by
Augsburg
Donis &



Ins Kino!

Grassi - Jubiläumswoche, 5 Mark eintritt:
Underground (Frankreich/BRD 1995; von Emir Kusturica; 169 min.)
Goldene Palme Cannes '95!
Täglich 19.30

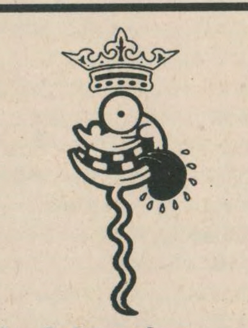


Last but not least -
Bester Tanzclub in Town:
Elastic, C'witzerkreuz,
Kochstr. 122
DJ's: Donis, Booga,
Calypsö, Philip N.,
Malcolm, Tobi

Some completly different:

Zentrum für
orientalische Tanzkunst
19.00 - 21.00
Salsa & Merengue
Hohe Straße 9

Naundörfchen
ab 21.00
NACHT
BAR



Am Anfang einer langen Woche...
Könich Heinz ab acht.
Auerbach/Heinzestr.

Donnerstag, 30.11.

Offenes Antifaschistisches Plenum
20.00 Uhr Conne Island

Ins Kino!

Lions 95 - Die neue Cannes-Rolle
Preisgekrönte Werbefilme aus aller Welt um 22.30 im GRASSI

notizen



Die Scharfmacher

»Die augenblickliche Jugendgeneration gehört mit zu der friedfertigsten, die Deutschland in diesem Jahrhundert hervorgebracht hat.« (11)

Das ist die zunächst provozierend anmutende, aber im Text selbst weitgehend belegte These eines Ende 1994 erschienen Buchs von Eberhard Seidel-Pielen und Klaus Farin: *Die Scharfmacher. Schauplatz innere Sicherheit*, Rotbuch - Berlin 1994. Das ärgerliche an dem Buch, das sei vorweg gesagt, ist die oft oberflächliche Art des Journalisten, sich seinem Thema zu nähern - ganz deutlich an den Autoren selbst: Als *»Krieg in den Städten«* noch neu war und sich gut verkaufte, legten sie einen *»modernen Klassiker«* (R. Giordano) zum Thema hin - nun kritisieren sie genau dieses Reisserische bei anderen. Wie zu erwarten ist das Buch auch nicht brauchbar in seinen politischen Konsequenzen (Reform der Justiz, Auflösung des VS zugunsten einer Stärkung der (politischen) Polizei). Die Autoren tragen aber einiges an Relativierungen und historischen Einordnungen zur Gewalthysterie in den letzten Jahren bei, das allemal bei einer Analyse zu beachten ist. Deshalb hab ich im folgenden die wichtigsten Gedanken rausgezogen und unter der Überschrift »Statistiken« auch relativ viel Zahlenmaterial stehenlassen, weil ich denke, daß solche Zahlen dann auch oft gebraucht werden in der politischen Auseinandersetzung.

»Innere Sicherheit«

»Warum ausgerechnet „Organisierte Kriminalität" und Gewaltverbrechen die Diskussion um die „innere Sicherheit" bestimmen, erscheint zunächst wenig plausibel. Genauso gut könnte die „Umweltkriminalität" im Zentrum stehen, die .... in den letzten zehn Jahren um beängstigende zweihundert Prozent anstieg. ... Wie „dramatisch" es zum Beispiel in Bayern um die „Organi-

sierte Kriminalität" bestellt ist, offenbart eine Mitteilung des Innenministeriums des Freistaates.« Danach werden 0,3 Prozent aller Straftaten der OK zugerechnet. (7 f.)
Beim näheren Hinsehen ergibt sich folgender Zusammenhang: Bis zum Herbst 1992 (Rostock) paßt die zunehmende Gewalt gegen „Ausländer" den Politikern ins Konzept. Es läßt sich sogar statistisch belegen, daß das Agieren der Politiker in Bonn einen direkten Zusammenhang zur ansteigenden ausländerfeindlichen Gewalt hat. Die Ausländer wurden als Sündenböcke gebraucht, als Ventil für die vielen Demütigungen im „wiedervereinigten Umbruch", „Sozialabbau" usw.. Sogar die Randale in Rostock wurde von Kupfer bis Süßmuth zunächst als Anlaß genommen, „endlich eine rasche Änderung der Asylpolitik" zu fordern (Süßmuth, zit. S.43). Der Brandanschlag in Mölln zwei Monate danach wurde völlig anders kommentiert: *»Nun ließ man die Muskeln in Richtung Neonazis spielen.«* (43) Den Umschwung erklären sich die Autoren mit der internationalen Reaktion auf Rostock. Aber auch innenpolitisch wurde ein neues Feindbild gebraucht, nachdem das Asylrecht faktisch abgeschafft war.
Diesen Umschwung schafften die Politiker in den zwei Monaten zwischen Rostock und Mölln, indem sie von „rassistischer Gewalt" abstrahierten und von Gewalt an sich redeten, oder gleich: *»Hier rotten sich rechte und linke Extremisten zusammen.«* (parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zit. S.45)
Schärfere Strafen, härteres Durchgreifen, der Stellenabbau beim VS muß gestoppt werden. (Strafverschärfung, Landfriedensbruch, großer Lauschangriff, Sicherungshaft, Demonstrationsverbote)
»Terrorismus, Aids, sexueller Mißbrauch und nun eben „Die deutsche Jugend" haben auch die Funktion, die Gesellschaft in der Gefahrenabwehr zusammenzuschweißen.« (33)
»Anwohner eines Atomkraftwerks fürchten heute mehr das „kolumbianische Drogenkartell" als die Strahlenbombe vor ihrer Haustür.« (7)

»Terrorismus, Aids, sexueller Mißbrauch und nun eben „Die deutsche Jugend" haben auch die Funktion, die Gesellschaft in der Gefahrenabwehr zusammenzuschweißen.«

Die Rolle der Linken

»... die Debatte um die Gewaltverhältnisse beförderte auch innerhalb der linksliberalen Öffentlichkeit Tendenzen, einen starken und strafenden Staat herbeizureden. Viele sind geradezu in die Vorstellung verliebt, den Neonazismus in einer Material- und Paragraphenschlacht mit Stumpf und Stiel „auszurotten".« (8)
»Mit dem Niedergang des sozialistischen Blocks und der damit einhergehenden Auflösung der Bipolarität des Weltgeschehens ist den heute 40- bis 55-jährigen der Bezugsrahmen der eigenen politischen Identität abhanden gekommen. Diese Altersgruppe ist gleichzeitig die Generation, die in den letzten fünfundzwanzig Jahren die Definitionsgewalt über das, was Jugend ist und zu sein hat, für sich reklamierte und erfolgreich die kulturelle Hegemonie innerhalb der Jugendszene für sich beanspruchte. Das tat sie dann noch, als es längst Zeit gewesen wäre, die Rolle der zornigen jungen Männer und Frauen ihren inzwischen erwachsenen Kindern zu überlassen. Ihr Juvenilismus ist ein historisch singuläres Phänomen, der die Kapitalismus-untypische „Wirtschaftswunder"-periode der Nachkriegszeit zur materiellen Voraussetzung hatte.« (28)
Wenn alt gewordene (Ex-)Linke von „der" Jugend, oder sogar von „der deutschen Jugend" sprechen und schreiben, verdrängen sie ihr eigenes Versagen. *»Der ökologische und soziale Raubbau der letzten drei Generationen läßt sich kaum wieder ausgleichen. Aus Angst vor der Konfrontation mit dieser Bilanz **ihres eigenen Lebenswerks** lenken „die Alten" ihre ganz Wut auf die nachfolgenden Generationen.«* (33)

Gewalt - Rechtsextremismus - Jugend

»(E)ine Diskussion, die ständig Rechtsextremismus, Jugend, Gewalt und Kriminalität miteinander vermischt, verstellt die Sicht auf wichtige Fortschritte, die die bundesdeutsche Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten machte, und nimmt die Entschiedenheit dort weg, wo in der Tat schnell reagiert werden muß. Tatsächlich gibt es außer im Bereich der fremdenfeindlichen Gewalt und den Desintegrationserscheinungen in einigen wenigen sozialen Brennpunktgebieten keine Indikatoren, die einen flächendekkenden dramatischen Anstieg des Gewalt- und Kriminalitätslevels beweisen würden. ... Auf 100.000 Einwohner kamen in der BRD in den letzten zwanzig Jahren unverändert 1,4 Tötungsdelikte. In den USA waren es 1990 13,3. «(34)

Hinter der heute durchgängigen Verteufelung „der Jugend" vermuten die Autoren auch einen *»Kulturkonflikt" und »Klassenhaß«: »Anders als in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren bewegen sich nicht mehr nur Mittelschichtsjugendliche wahrnehmbar auf der öffentlichen Bühne und prägen so das Bild ihrer Generation. Neue Gesellschaftsschichten melden sich und machen den Mittelschichten ihre kulturelle Vormachtstellung streitig.«*(40)

Statistiken

»Ein erster Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) scheint die Ängste der Bundesbürger zu rechtfertigen: Zwischen 1975 und 1992 stieg die Zahl der erfaßten Kriminalitätsfälle in der Altbundesrepublik von 2 919 390 auf 5 209 060. ....«(50)

»Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist ein Steinbruch für Bedrohungsszenarien jeglicher Art. Erschreckende Zunahme der „Ausländerkriminalität"? Gewaltbereite Jugendliche? Grassierender Mord und Totschlag? Marodierende Vergewaltiger? Dramatische Sicherheitsdefizite auf öffentlichen Straßen und Plätzen? Bedrohte Privatsphäre? Mordende Kinder? Kein Problem! ... KinderschützerInnen lesen aus der PKS eine Zunahme des sexuellen Mißbrauchs heraus; Rechtsextremisten eine Zunahme der „Ausländerkriminalität"; AntifaschistInnen eine Zunahme des Rechtsradikalismus; Innenbehörden einen erhöhten Finanzbedarf ....«(51)

Sie nehmen dann ein Beispiel, die angebliche zunehmende Bewaffnung in der BRD und besonders der Jugendlichen (siehe die ganzen Reißerstories über Gewalt an den Schulen). Das ganze gewürzt mit der statistischen Wahrheit: die Zahl der Fälle, in denen mit der Schußwaffe gedroht oder geschossen wurde, stieg zwischen 1989 und 1993 um mehr als 60 Prozent. Wenn man sich die PKS von 1993, um die es hierbei geht, genauer ansieht, ergibt sich: Der Anteil der Straftaten, bei denen eine Schußwaffe mit im Spiel war, fiel zwischen 1972 und 1992 von 0,8 auf 0,3 Prozent. Und bei einem Drittel der Fälle, in denen tatsächlich geschossen wurde, handelt es sich um Sachbeschädigungen, was im Klartext häufig „Schießen auf Verkehrsschilder" bedeutet. Und zudem hat sich die Zahl der Fälle, in denen tatsächlich geschossen wurde, von 1972 bis 1993 fast halbiert, während die Drohungen mit Schußwaffe sich im selben Zeitraum fast verdoppelt haben. Man sieht also: das einzige, was an zunehmender Bedrohung, steigender Kriminalität usw. aus dieser Statistik rausgelesen werden konnte, wurde rausgelesen, alles andere unterschlagen.

Der Anteil der Straftaten, bei denen eine Schußwaffe mit im Spiel war, fiel zwischen 1972 und 1992 von 0,8 auf 0,3 Prozent.

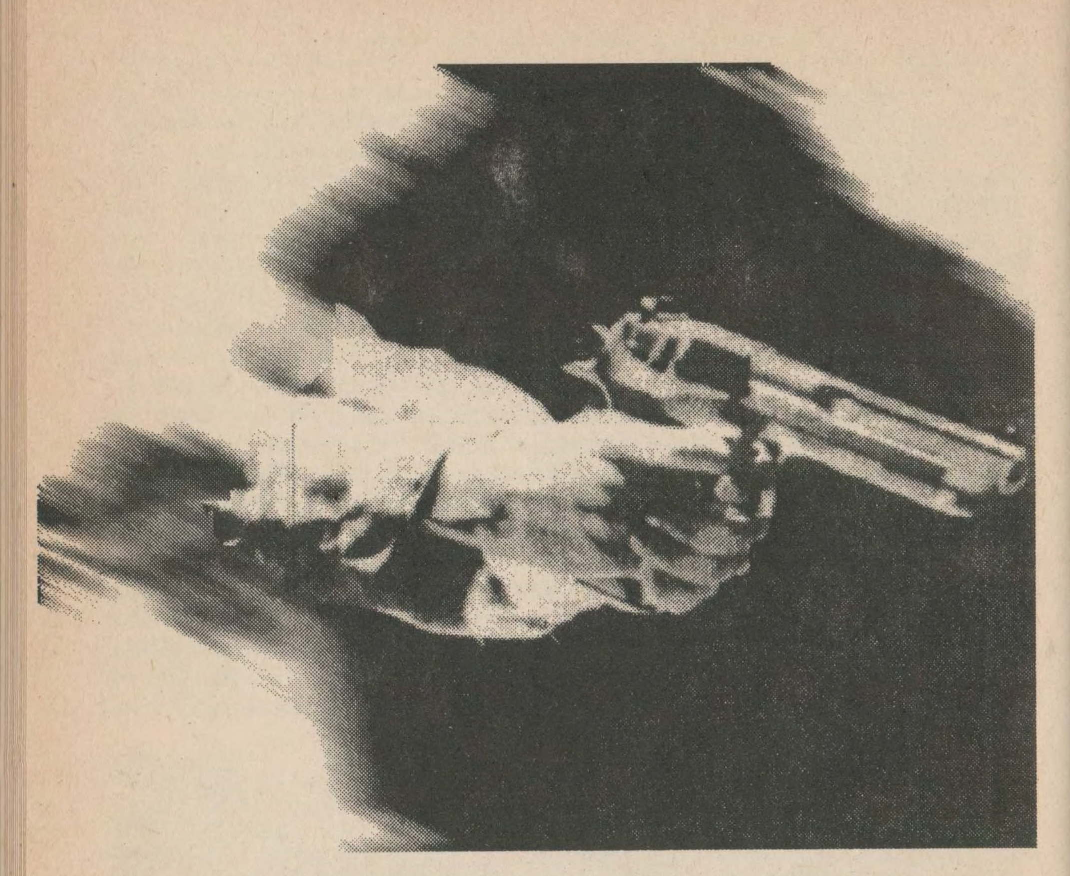
Die Autoren nähern sich dem Problem nochmal anders und fragen: *»So stieg die Kriminalitätsbelastung ... der Wohnbevölkerung im Westen Deutschlands zwischen 1972 und 1982 um stolze 67 Prozent, von 1982 bis 1992 allerdings nur um 14 Prozent. Woran liegt es, daß heute, im Gegensatz zu den siebziger Jahren, auf breiter Front und in schrillen Tonlagen nach schärferen Strafen gerufen wird?«*(53)

Erstmal muß man klarhaben, daß die PKS keine Täter- sondern eine Tatverdächtigenstatistik ist,

im wesentlichen also das spiegelt, was Geschädigte oder Dritte als Kriminalität betrachten und der Polizei mitteilen. *»Dabei gestalten Innenbehörden, Polizei und Medien kräftig am „Lagebild", also an der Konstruktion von „Wirklichkeiten" mit, indem sie Aufklärungsschwerpunkte setzen oder Geschädigte ermutigen oder auch demotivieren, eine Anzeige zu erstatten.«* (55) *»So trägt Berlins Innensenator Dieter Heckelmann mit seinem wahnhaften Kreuzzug gegen „Hütchenspieler" dazu bei, daß die Statistik in den Bereichen „Illegales Glücksspiel" und „Ausländerkriminalität" kräftig nach oben getrieben wurde.«* (56)
»Die „dramatische" Zunahme der Kriminalitätsfälle der letzten Jahre ist weniger auf die kriminelle Energie internationaler Verbrechenssyndikate zurückzuführen als vielmehr darauf, daß die Bundesbürger die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums aktiv in die Hand genommen haben. Zwei Drittel der registrierten Straftaten waren Eigentumsdelikte. Zwischen 1974 und 1992 stiegen die registrierten Fälle von Diebstahl in der Altbundesrepublik von 1,9 auf 3,2 Millionen.... Was tun in einer Gesellschaft, die getreu dem Motto „Hast du was, dann bist du was" lebt, wenn das Geld fehlt? In West-Berlin konnte man es zwischen dem 9. November 1989 (Tag der Maueröffnung) und dem 1. Juli 1990 (Tag der Währungsunion) wie unter Laborbedingungen beobachten. Im November verdoppelte sich schlagartig die Zahl der Ladendiebstähle, blieb von da an auf hohem Niveau und pendelte sich erst wieder auf dem alten Niveau ein, als die Bürger der ehemaligen DDR endlich die lang ersehnte West-Mark in Händen hielten.« (57) *»(E)s gibt einen kausalen Zusammenhang zwischen Armut und Zahl der Diebstähle. Der Anteil der Eigentumsdelikte steigt in Deutschland, je weiter man sich nach Osten bewegt.«* (59)

Es gibt insgesamt einen Anstieg der erfaßten Fälle von Gewaltkriminalität, die HKZ (Häufigkeitszahl; gibt die registrierten Fälle pro 100 000 Einwohner an) stieg von 1975 131 relativ kontinuerlich an auf 198 1993. Auffallend ist dabei jedoch, daß die HKZ bei Mord aber sogar gesunken ist. Bei den Vergewaltigungen war die





HKZ Mitte der 70er Jahre am höchsten, sank dann bis Ende der 80er um ca. 30 Prozent und ist zwischen 1990 und 1992 um 5 Prozent angestiegen. *»Mit 6376 Vergewaltigungen betrug der Anteil 1993 an den registrierten Gewaltdelikten der Republik rund vier Prozent (1975: 8,5 Prozent). Eine ähnliche Entwicklung nahm der Deliktbereich „sexueller Mißbrauch von Kindern". Zwischen Mitte der sechziger Jahre und Mitte der achtziger Jahre nahm die HKZ ab, um zwischen 1985 und 1992 wieder anzusteigen, ohne allerdings das Niveau der siebziger Jahre zu erreichen. 1993 lagen die erfaßten Fälle pro 100 000 Einwohner der Altbundesrepublik um über 50 Prozent unter dem Niveau von 1965. Diese Entwicklung ist umso erstaunlicher, als man angesichts der Enttabuisierung des Themas, Aufklärungskampagnen und der Einrichtung zahlreicher Beratungseinrichtungen einen stärkeren Anzeigenanstieg hätte vermuten dürfen.«* (62 f.)

»Befragt, wo sie sich am gefährdetsten sehen, antworteten die BundesbürgerInnen in einer Umfrage des EMNID-Instituts erwartungsgemäß: in Parkhäusern (80%), in Parkanlagen (75%), auf Bahnhöfen (73%). Am sichersten fühlten sie sich immer noch zu Hause, obgleich dort die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Gewalttat zu werden, vor allem für Frauen und Kinder, am größten ist. ... 60% der Fälle von vollendetem Mord ereigneten sich 1992 unter Verwandten und näheren Bekannten. Waren Frauen die Opfer, betrug der Anteil sogar 70 bzw. 90 Prozent. Aus dem Familien- und näheren Bekanntenkreis kamen bei Mißhandlung von Kindern 95 Prozent der Tatver-

dächtigen, bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung von Frauen 53 Prozent; bei Vergewaltigung 45 Prozent, bei Raubüberfällen in der Wohnung 30 Prozent.« (63)

»Der Boom der Gewalt erfolgte zwischen 1965 und 1982. In diesem Zeitraum verdoppelte sich die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer gefährlichen oder schweren Körperverletzung zu werden. Der Anstieg in der Altbundesrepublik nach einem Jahrzehnt der Stagnation - um weniger als 10 Prozent zwischen 1989 und 1993 nimmt sich dagegen eher bescheiden aus. ... Doch die Erklärung für den sprunghaften Anstieg zwischen 1965 und 1982 ist recht banal: In diesen Jahren stieg die strafmündige Bevölkerung an. Vor allem der Bevölkerungsteil, der die Haupttätergruppe dieses Gewaltdeliktes stellte - die Jugend. Denn der typische Täter einer Körperverletzung ist 14 bis 25 Jahre alt, männlich, polizeibekannt und betrunken. (Das gleiche gilt übrigens für die Opfer. Frauen sind bei schwerer Körperverletzung auf Straßen, Wegen und Plätzen weit weniger gefährdet als Männer. Ihr Anteil an den Opfern betrug 1992 16 Prozent.)« (63 f.)

Bei Raub stieg die HKZ von 13 im Jahr 1965 auf 33 1975 und 49 1989, 1993 lag sie schließlich bei 76.

»Geraubt wird dort am meisten, wo die Arbeitslosenzahlen davongaloppieren, wo Arme und Reiche räumlich aufeinandertreffen. Die höchste Belastung unter den Flächenstaaten weisen Mecklenburg-Vorpommern (HKZ: 73), Sachsen-Anhalt (HKZ: 78) und Brandenburg (HKZ: 73) auf. Unter den Städten führen Frankfurt (HKZ: 333), Hamburg (HKZ: 312), Bremerhaven (HKZ: 260) und Leipzig (HKZ: 228) das Feld an. Die Zunahme der Raubdelikte um 65 Prozent zwischen 1989 und 1993 (das ist der größte quantitative Sprung, der jemals in einem Vierjahres-Zeitraum registriert wurde) liefert denn auch die Hardware für die Verbrechensfurcht, die Gewaltdiskussion und die Aufregung um die „Ausländerkriminalität". Denn die Täter werden tatsächlich immer jünger. In Berlin stieg der Anteil der unter 25jährigen bei diesem Deliktbereich zwischen 1988 und 1992 von 53 auf 70 Prozent, bei den unter 18jährigen von 24 auf 38 Prozent. Und .... in den Einwanderungsregionen der Altbundesrepublik stieg die Beteiligung der sogenannten zweiten und dritten Generation - vor allem junger Türken - überproportional an.« (66)

Ein Großteil dieser Sachen sind Beschaffungskriminalität. »Der Stadt Frankfurt gelang es 1993, mit der kontrollierten Abgabe von Methadon an Abhängige den Trend im Bereich der Raubdelikte amzukehren. Die Zahl der registrierten Raubdelikte ist nun rückläufig.« (67)

Jugendkriminalität

»Der Anteil Jugendlicher und Heranwachsender an den Tatverdächtigen insgesamt sinkt. In der Altbundesrepublik von 1984 bis heute bei Kindern unter 14 Jahren um 20 Prozent, bei Jugendlichen unter 18 Jahren um 30 Prozent, bei Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren um 16 Prozent.« (68)

»Hinter dieser „erfreulichen" Entwicklung verbergen sich erste Vorboten der Vergreisung der bundesrepublikanischen Gesellschaft.« (68)

Dann behandeln sie kurz das Beispiel „Gewalt an den Schulen".

Hier fällt auf, wie die Pressemeldungen immer schubweise kommen (z.B. im Herbst 93 in Berlin knüppeldick), wie die geschilderten Fälle dann aber in keinem Fall einer Einzelüberprüfung standhalten. 1992 registrierten die Bullen 318 von Schülern begangene Gewalttaten in Berlin, bei einer Gesamtschülerzahl von 435 000. In 27 Fällen waren Messer im Spiel, in 18 Fällen (keine scharfen) Revolver, 5mal Reizgas, 3mal Schlagstöcke, 3mal Steine, 11mal „sonstige Waffen".

Im Februar 94 pushte „Focus" die „Ausländerkriminalität", sie dürfe

»60% der Fälle von vollendetem Mord ereigneten sich 1992 unter Verwandten und näheren Bekannten. Waren Frauen die Opfer, betrug der Anteil sogar 70 bzw. 90%.«



nicht länger „tabu“ sein usw. Ausländerkriminalität rangiert auf Platz drei der wahlentscheidenden Themen. *»Für 57 Prozent der Westdeutschen und 53 Prozent der Ostdeutschen ist die „Ausländerkriminalität“ eines der Hauptprobleme.«* (73) Sie schlüsseln dann die Raten auf: *»Kriminalitätsrate ausländischer Arbeitnehmer, die schon lange Zeit in Deutschland leben, ist - parallel zu der ihrer deutschen Mitbürger - rückläufig. „Probleme“ bereiten in den letzten Jahren die illegal in Dtld. lebenden Ausländer und die Asylbewerber, oder besser die Armutsnomaden unter ihnen.... Die Zahl der Tatverdächtigen unter ihnen stieg zwischen 1984 und 1992 von 16 000 auf rund 170 000. Damit ist heute jeder dritte nichtdeutsche Tatverdächtige ein Asylbewerber.«* (75) Wenn man allerdings genauer guckt, ergibt sich, daß 30,8 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen unter den Asylbewerbern gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz verstoßen hatten. Gegen weitere 40 Prozent wurde wegen einfachen Ladendiebstahls ermittelt. *»Allerdings... stellen die Asylbewerber auch etwa jeden zehnten Tatverdächtigen bei Raub, Handel und Schmuggel von Heroin, Vergewaltigung und bei Mord und Totschlag. Ein Indiz dafür, daß tatsächlich eine Minderheit unter dem Ticket des Asylrechts segelt, um illegale Geschäfte abzuwickeln.«* (75)

Dann schlüsseln sie die Zahlen auf, wobei man die Altersstruktur (Jugendliche werden häufiger kriminell), die Geschlechtsstruktur (Männer häufiger), die speziellen „Ausländerdelikte“, Wohnsitzvergleich, Stadt-Land-Gefälle, soziale Schicht und Selektionsmechanismen (Ausländer geraten leichter in Tatverdacht als Deutsche) berücksichtigen muß. Bei einer Studie der bayerischen Bullen ergab sich folgendes: ohne Verzerrungsfaktoren war die Krimi-

nalitätsbelastung der Ausländer 5,6fach. Werden nur Tatverdächtige verglichen, die auch in Bayern wohnen, halbierte es sich auf 2,8fach. Zog man die Verstöße gegen Ausländer- und Asylverfahrensgesetz ab, war es noch 2,5fach. Bei Berücksichtigung der Geschlechtsstruktur war es noch 2,3fach. Nicht berücksichtigt haben sie den Faktor der selektiven Wahrnehmung, *»der nach anderen kriminologischen Studien eine gewichtige Rolle spielt. So hatte die einsetzende restriktive „Ausländer"politik in den Jahren 1980/81 nicht nur einen Rückgang von bikulturellen Ehen zur Folge, sondern auch eine Veränderung des Anzeigenverhaltens der Deutschen. Sie schwärzten nun schneller und häufiger ihre ausländischen Nachbarn an. Während junge Deutsche im gesamten Bundesgebiet fast gleiche Anzeigenbelastungsziffern haben, sind junge Ausländer in CDU- bzw. CSU-regierten Ländern deutlich höher belastet, vor allem junge Türken um 63 Prozent.«* (77)

Der Kriminalitätsbereich, der am stärksten zugenommen hat - fremdenfeindliche Straftaten - ist bis März 1993 von der PKS überhaupt nicht erfaßt worden. Spezielle Studien der Bullen ergaben z.B. in Berlin eine Verdopplung solcher Straftaten von 1992 bis 1993. Zahlen des BKA gehen von einer Steigerung von 250% von 1991 bis 1993 aus.

Polizei - Verfassungsschutz - Justiz

Im Kapitel über die Polizei tragen sie viel Zeugs zusammen (wie die Bullen in Eberswalde zugeguckt haben, wie Antonio Amadeu zu Tode geprügelt wurde; antisemitische „Säuberungen" in Bulleneinheiten usw.) für den strukturellen Rassismus der Bullen - sie meinen aber, genau diese Schlußfolgerung könne man nicht ziehen. Sie beziehen sich auf britische Erfahrungen (siehe RAT), wo seit 1981 über das *»Verhältnis Polizei und ethnische Minderheiten«* diskutiert werde (Scarman-Report). Und sie beklagen, daß in der BRD so etwas nicht angegangen wird (bei den deutschen Bullen gibt es nach wie vor kaum Ausländer).

Im Kapitel „Die Dinosaurier" analysieren sie die Unfähigkeit von Verfassungsschutz und Staatsschutz mit der rechten Gewalt umzugehen und entwickeln schließlich *»Alternativen zum Verfassungsschutz«* (133 ff.) - es ist: die Polizei. *»Auch wenn die Staatsschutzabteilungen der Polizei zu Recht mit großer Skepsis beobachtet werden, unterscheiden sie sich doch in zentralen Punkten vom Verfassungsschutz .....«* (134)

Im Schlußkapitel „Die Justiz" wehren sich die Autoren gegen die Vorschläge der Hardliner, die Strafen vor allem im Jugendstrafrecht zu verschärfen. Das läßt sich auch mit Beispielen aus der Geschichte und anderen Ländern belegen: In den USA verdoppelte sich die Zahl der Gefangenen und die Todesurteile und gleichzeitig nahm die Gewaltkriminalität um 44% zu. Letztlich wollen die Autoren auf den Täter-Opfer-Ausgleich raus, der seit 1990 im Jugenstrafrecht gesetzlich verankert ist. Ansonsten nehmen sie die bundesdeutsche Justiz in Schutz gegen Funktionalisierungen *»von links und von rechts«*. Zum Beispiel im Fall des Mordes in Wuppertal an Karl Hans Kohl, wo Ralph Giordano mit Schaum vorm Maul in der taz vom 9.2.94 „lebenslänglich" forderte und Eberhard Seidel-Pielen am Tag darauf das Urteil einzuordnen versuchte (8 Jahre nach Jugendstrafrecht und vierzehn für den erwachsenen Täter). Sie wollen ganz richtig darauf hinaus, daß die Justiz keine sozialen und politischen Probleme lösen kann. Was schlagen sie stattdessen vor: *»Zivilcourage im Alltag ..., Eingreifen, Grenzen setzen, Meinung bekennen ....«* (163 f.) Tja!

aus wildcat-Zirkular #20

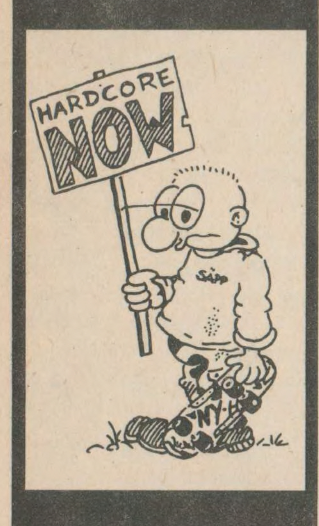
In den USA verdoppelte sich die Zahl der Gefangenen und die Todesurteile und gleichzeitig nahm die Gewaltkriminalität um 44 Prozent zu.

subkultur versus mainstream

Die Trennung zwischen Produzent/inn/en und Konsument/inn/en aufzuheben, ist ein Wunsch vieler Subkulturen. Meistens gelingt das nicht. Die Leute sind eben Produkt ihrer Umwelt.

„...Mancher trennt scharf Gruppe und Publikum und denkt es darf - Nein darf es nicht - nur dumm herumstehen, nicht abgehen und nur stummstehen, doch es muß den Spieß umdrehen... "

MASSIVE TÖNE in „Wir denunzieren"



Im letzten Klaro hat Angela Marquardt was zum Thema „Nischen und Subkuturen" geschrieben. Sie bemerkt, daß es beim Besetzer/innen/kongreß im Mai diesen Jahres zeitweise konsensfähig gewesen sei, *„daß die Welt/ das System nur über aktive Subkulturen zu verändern sei"*. Diese Meinung teilt Angela nicht. Das haben wir gemeinsam. Aber im Anschluß entwickelt sie eine Strategie, wie dem *„ständigen Ausverkauf der eigenen Kultur entgegenzuwirken wäre"*, nämlich *„ständig neue Trends/Subkulturen zu finden, zu kreieren und zu profilieren, (so) daß die Maschine Kulturindustrie, daß der öffentliche Geschmack, haben sie das eine gefressen, dem anderen in die trotzigen Augen schauen muß."* Warum dieses? Ich habe lange rumgehört und diskutiert, um erst mal klarzukriegen, was Subkultur denn eigentlich ist bzw. was sie nicht ist.

1. Subkultur ist nicht konsumorientiert?

Läßt sich so nicht sagen. Viele AnhängerInnen von Subkulturen konsumieren „ihre" Subkultur nur. Als Beispiel mögen die vielen RaverInnen dienen, deren Anteil an „ihrer" Subkultur darin besteht, die Clubs (Bunker, Keller, U-Bahn-Schächte) zu füllen, ohne am Entstehen der Party beteiligt zu sein. Drogen dienen hier oft zur Verstärkung des Gemeinsamkeitsgefühls. Gemeinsamkeit wird hier konsumiert und nicht gelebt. Oder die Punx (die „Do-it-Yourself"-Subkultur schlechthin), die nichts weiter tun, als Punk zu konsumieren, die an ihrer Szene (Fanzines, Konzerte etc.) nicht mehr als bloß konsumierenden Anteil haben. Und schließlich noch so eine Subkultur wie Computer-Hacker, die sich die Kreditkartennummern braver Bürger/innen erhacken oder Telefonsexdienste mit der Veröffentlichung ihrer Kundenlisten erpressen.

2. In Subkulturen ist die Trennung zwischen MacherInnen und KonsumentInnen nicht so klar gezogen wie beim Mainstream?

Ja, aber siehe oben. Was eine Subkultur oft ausmacht, ist eine relativ enge Bindung zwischen Produzent/inn/en und Konsument/inn/en. Stars zum Anfassen eben. Hip Hop Jams, auf denen die Heros of the Night aus dem Publikum kommen. HC-Konzerte, wo die Bands den Rest des Abends von unten erleben - also selbst Publikum sind.

3. Subkultur ist billig?

Definitiv nein. Die Summe, die Techno-Freaks an einem Abend ausgeben, reicht bei mir für eine Woche. Die Klamotten, die Hip-Hop-Kids hier und heute tragen,

konzept für´s neue morgen?

sind so teuer wie meine Stereo-Anlage. Computer kriegen auch Hacker/innen nicht geschenkt. Auch wenn Little Sisters Sk8shop korrekte Preise hat, muß ich doch ganz schön tief in die Tasche greifen, um ein/e gut ausgerüstete/r Skater/in zu sein.
Subkultur ist vielleicht billiger als Karstadt, aber geschenkt wird dir nichts, denn die Leute wollen auch leben.

4. Subkultur kann jede/r machen?
Irgendwie schon. Wenn dir Skaten zu schwer ist, Computer dir ein Greuel sind, und du auch nicht gut sprayen kannst, findest du doch irgendwo deinen Platz. Aber was, wenn in deinem Dorf nur Skater und Hacker leben? Zur Not bleibt immer noch Subkulturen zu konsumieren, schließlich werden sie ja vermarktet.

Nun habe ich ja ein düsteres Bild von Subkulturen gezeichnet, und die Hüter/innen der reinen Lehre werden mir entgegenhalten, daß das, was ich da gezeichnet habe, die Entstellung aktiver Subkulturen durch Kommerz, Kapitalismus, Mainstream usw. ist. Aber genau das ist es, was ich sagen will. Subkultur, die unabhängig von ihrer Außenwelt existiert, gibt es nicht. Die Träger/innen einer Subkultur befinden sich neben ihrem Leben in der Subkultur ebenso in den als „Mainstream" verachteten gesellschaftlichen Zwängen, gehen arbeiten, haben Freunde und Freundinnen außerhalb der Subkultur, machen Erfahrungen jenseits vom „Freiraum" und tragen diese auch in die Subkultur hinein. Genau deshalb re-produziert eine Subkultur die Verhältnisse der Außenwelt in sich selbst, wenn auch in abgeschwächter Form. Subkulturen sind so vielfältig wie das bunte Leben, es läßt sich nicht so über den Kamm scheren, ob sie billig, antikapitalistisch, emanzipatorisch, oder nicht sind aber eines trifft für jede Subkultur zu: ***Sie begreift (definiert) sich in ihrer Differenz zum als „Mainstream" betrachteten Rest.*** Subkulturen definieren sich selbst als Subkulturen. Es gibt kein äußeres Merkmal, an dem wir eine Subkultur erkennen können, außer dem Postulat, anders sein zu wollen als der Rest. Dieser Rest, der unter dem Begriff „Mainstream" zusammengefaßt wird, verschwimmt aus dem Blickwinkel der Subkultur zu einem konformen Brei. Daß dieser „Mainstream" in aller Regel viele unterschiedliche Lebensansätze, Kulturen und Subkulturen umfaßt, bleibt dabei unbetrachtet. „Mainstream" ist das, was vom Rest der Welt wahrgenommen wird, also hauptsächlich das, was vermarktet wird. Der „Main-



Daß Subkulturen nicht nach Veränderung schreien würden, läßt sich nicht behaupten. Ihr Problem ist, daß sie eben „nur“ ihr Publikum erreichen.

„Will they lay in there coffins? Will they lay in there coffins? Will they stand up and resist or will they lay down theyr head and go to bed? Will they change something by theyr own or will they stand there alone?“

PULLERMANN in „Will the people...“

Wenn wirklich böse Worte in den Ohren der „Normalverbraucher/innen“ landen, werden sie zwar für „cool“ und „radikal“ gehalten, lösen aber kaum etwas aus

„...the mind of a revolutionary
so clear the lane
The finger to the land of chains
What? The land of the free?
Whoever told you that is your enemy.“

RAGE AGAINST THE MACHINE in „Know your enemy“

stream“ aber lebt von den Subkulturen, die Industrie fischt in den aktiven Subkulturen und vermarktet, was zu vermarkten ist. Oft ist es die Möglichkeit, mehr Leute zu erreichen, der Versuch, die eigenen Inhalte über die industrieellen Medien zu transportieren, die eine Subkultur letztendlich auffrißt. Die Industrie entschärft das kritische Potential, auf MTV wird Konformität zelebriert. Das ist das, was außerhalb einer Subkultur von ihr ankommt. Die Subkultur kann noch so gegen die bestehenden Verhältnisse zetern, in dem Moment, wo sie massenwirksam wird, ist die Kritik verschwunden oder wird nicht mehr verstanden. Auch die Wahrnehmung der meisten fremden Subkulturen läuft oft über „Mainstream“. Denn kein Subkulti-Aktivist, der sein Leben seiner Subkultur widmet, ist ernsthaft in der Lage, nennenswert viele andere Subkulturen, über andere Kanäle als MTV oder VIVA wahrzunehmen. Und das ist eben „Mainstream“ (- und der ist natürlich Scheiße). Das erschwert natürlich die *„Zusammenarbeit der Subkulturen“*. Ein entsprechendes Aufeinanderzugehen bedeutet doch, die eigene Differenz zur anderen Subkultur in den Hintergrund treten zu lassen (sofern sie mehr als eine ästhetische Differenz ist), eigentlich also den Begriff der eigenen Subkultur zu zerstören. Subkulturen, die zusammenarbeiten, verschwimmen, vermischen sich - es entsteht unter Umständen eine neue Subkultur, die sich allerdings wieder gegen andere Subkulturen abgrenzt, wahrscheinlich sogar gegen ihre „Eltern“. Die Zusammenarbeit müßte also unter Anerkennung der Differenz geschehen - schwer denkbar, daß HCer, die ständig mit Technofreaks zusammenarbeiten, nicht anfangen, sich für Techno zu interessieren und das Gesehene weiterzuverarbeiten.

Alternativ zur Entstehung neuer Abgrenzungen wäre natürlich die Entstehung einer „Mega-Subkultur“ - die also irgendwann alle kritischen Potentiale von Subkulturen in sich vereint. Ein Problem dabei ist, daß es dann kaum noch einen wahrnehmbaren „Mainstream“ gibt, ein anderes, daß eine solche Subkultur wahrscheinlich ohne jeden Reiz wäre, stinklangweilig sozusagen.

Nun will ich hier nicht rumheulen, die Industrie würde unsere Subkulturen kapputtmachen, das kann sie nämlich gar nicht. Wie gesagt, Subkulturen leben von den Leuten, die sie betreiben. Wenn eine Subkultur durch den Hype durch ist, bedeutet das nicht, daß sie tot ist. Denn eine aktive Szene kann unterhalb des „industrieellen Overheads“ durchaus existieren. Hardcore, Hip Hop auch Techno und Punk liefern den Beweis ab. Was aber verloren geht, ist die Wahrnehmung der Subkultur als Protest, „Anders-sein“, Revolte. Basecaps kann plötzlich jede/r tragen, Irokesenschnitte sind chic und im Knast genähte Gangsta-Jeans mit aufgesetzten Taschen waren in den USA der Verkaufsschla-

ger auch unter weißen Middle-Class-Jugendlichen. Die Industrie verhindert keine „ZORO - Gegen Konsum und Kommerz“ - Festivals - die kann es genau so lebendig noch in 20 Jahren geben, wenn sich Leute finden, die sie machen - sie gibt den Leuten lediglich das Gefühl, irgendwie ihrer Zeit hinterherzuhinken. Sie nimmt ihnen den Protest als Identifikationsfaktor. Und genau das ist es, wogegen sich Angela Marquardt zu wehren versucht, wenn sie ständig neue Subkulturen erfinden will. Sie hofft, die kritische Jugend aus der durch die Industrialisierung ihrer Subkultur verursachten Identitätskrise zu führen. Denn bevor die Subkultur vermarktet wurde, war sie für die paar, die sie machten, wie eine Familie, ein Zuhause. Ein Zuhause, das sich unabhängig von Stadtgrenzen, Ländergrenzen oder Nationen manifestierte. Genau das ist aber auch das Manko des subkulturellen Ansatzes: Er ist auf Identität aus. Genauso wie Frauenbewegung, die den Frauen ihre Identität als „Frau“ zuweist oder Arbeiter/innen/bewegung, die das gleiche mit den dazugehörigen Subjekten versucht. Ernsthaft verändernde Ansätze müssen sich aber auf alle beziehen, dürfen niemandem die „revolutionäre Rolle“ zuschieben. Veränderung durch Subkultur kann gar nicht allumfassend sein, weil sich Subkulturen nur auf Teile der Gesellschaft beziehen. Veränderung, die ich meine, heißt aber nicht ein bißchen Veränderung hier und ein bißchen Veränderung da - dazu sind Subkulturen durchaus in der Lage (bspw. die Schwulenbewegung und die dazugehörige Subkultur hat die Gesellschaft schon verändert) - sie heißt Umsturz. Der von mir gewollte Umsturz (Revolution etc.) ist aber nichts minoritäres, kann (darf) nicht von wenigen gegen den Rest der Welt durchgesetzt werden, muß also im weitesten Sinne Mainstream sein.

Das bedeutet für mich nicht die Ablehnung von Subkulturen, eben weil sie den Leuten Identitäten geben können, die sich übernational definieren, weil sie Leuten in dieser Welt Selbstbewußtsein geben können (Subkulturen von Schwarzen, Schwulen, Lesben usw.), weil sie Protestpotential sammeln können, weil sie emanzipatorische Elemente enthalten, weil sich in ihnen auch Leben organisiert und natürlich weil sie Spaß machen. Aber daß eine Veränderung der Dinge, die an die Substanz geht, von Subkulturen ausgelöst und betrieben wird, kann ich mir beileibe nicht vorstellen. Denn das eigentliche Problem - Ausbeutung und Herrschaft - „lösen“ Subkulturen für sich, in ihren Grenzen und nur so lange, bis sie sie selbst ausüben. Die Lösung dieser Probleme kann aber nur darüber funktionieren, daß die Menschen ihre Situation erkennen und den Willen entwickeln, sie verändern. Subkulturen, die sich in ihrer Abgrenzung definieren, können das schwerlich leisten. Oder doch?

t.v.

Subkulturen liefern Identitäten, wie die HipHop-Nation, von der hin und wieder gerappt wird. Aber auch die Hardcore-Familie oder die Techno-Crowd fühlt sich beisammen wohl.

„...HipHop verbindet, egal wo man sich grad befindet, kann man sich mit Gleichgesinnten amüsieren, so daß jeder Ärger schwindet“

MAIN CONCEPT in „Coole Scheiße“

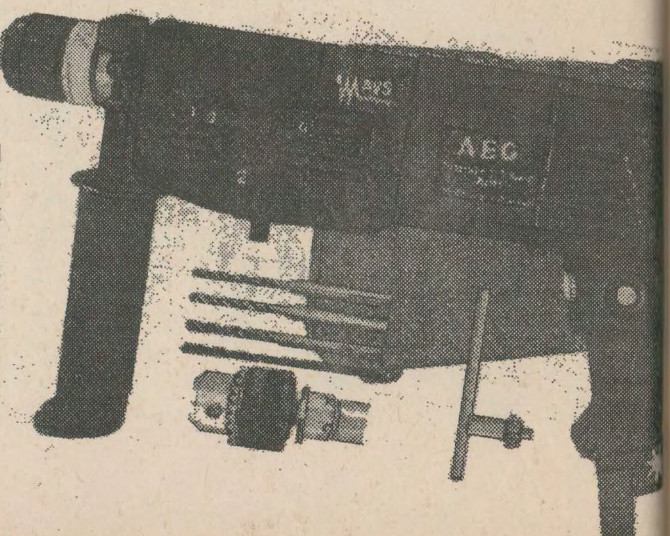
aufgrund meines umzugs in den letzten wochen hatte ich gelegenheit, baumarktstudien vertiefend zu betreiben. ergebnis dieser arbeit ist eine serie von baumarktrezensionen, deren auftakt in dieser ausgabe veröffentlicht wird:



flach versteckt liegt der baumarkt götzen im ehemaligen arbeiter- und industrieviertel plagwitz. ebenso kühles understatement die gewohnt schlichte baumarktarchitektur: irgentwie praktisch. plötzlich und unvermutet ist der erste eindruck, den der zwischen wohnhäusern und leeren fabriken versteckte markt erweckt.
die einfahrt, markiert von sechs baumarktfahnen, links drei, rechts drei, weiter links nochmal zwei, die hilflos wirken vor dem flachbau, führt zweispurig auf den parkplatz, der je nach uhrzeit und wochentag unterschiedlich besetzt ist. kunden und kundinnen steigen aus und mit waren beladen wieder ein. sie schieben konzentriert einkaufswagen in die nischen, nehmen ihr markstück zurück ins auto, fahren vom baumarktgelände runter, und sie erscheinen am abend in der kassenbilanz. die meisten kommen mit dem auto, dennoch befinden sich einige fahrradstellplätze neben dem eingang.
sonderangebote stehen draußen und direkt am eingang eine spitzwinklige holzkonstruktion. auf dem parkplatz links steht eine imbißbude. dort drinnen kann man sitzen. ansonsten führt ein grüner teppich im eingangsbereich direkt in den markt hinein.
im markt ist das warenangebot: alles von der schraube bis zum einbauschrank, alles was mit wohnen zu tun hat. götzen bedient viele bedürfnisse des kapitalistischen wohnens: cds, kuscheltiere, süßigkeiten usw.. gleich vornean die sanitärabteilung, dahinter holz, fußbodenbeläge; auf der anderen seite des mittelgangs, der sich durch den ganzen markt zieht, werkzeuge und verarbeitungsmaterialien. rechts ist ein nebenhaus für die gartenabteilung, in der mitte eine automatencafeteria. kleine rote tischchen und stühle stehen da im rondel. kunden und kundinnen sitzen daran, erholen sich bei kaffee. über allem tönt das einkaufsradio. es gibt beliebte hits und schlager, wetterbericht, nachrichten (in schlagzeilenform) und sonderangebote, außerdem eine stimme, die herrn juchnitzki zu kasse dreizehn bestellt.
ich wollt einen eimer gelber farbe kaufen, griff daneben. erst zuhause bemerkte ich, daß ich da weiße latexfarbe mit gelben deckel geholt hatte.

ich beschloß, den eimer umzutauschen.

izy



DiE KREUZWORTRAETSELSEITE IM HERBST

waagerecht:

1.das Ei des Ukel, 6.Tiergefängnis, 9.Frauenname in A, 10.die „Ordnung" des Universums, in Hannover zelebriert, 12.ein gutes will Weile haben, 14.singendes Kollektiv, 15.bescherte manchem Scheichtum Reichtum, 16.Teil 1 einer NDW-Sängerin mit Luftballons, 17.Teil 2 einer NDW-Sängerin mit Luftballons, 18.Abschiedsgruß an ein Nachtlokal, 21.franz. Fluß, der einem Mann gehört, 23.Frauenname an N ohne A, 24.Teil 1 eines baltischen Staates, 26.Teil 2 eines baltischen Staates, 27.ihren Ruhm verdankt diese Stadt einer mißlungenen Konstruktion, 28.legastenischer Pfau rückwärts, 30.vokalreiche Insel, 31.seine Zieher bleiben verborgen, 34.drittgrößte Insel der Erde, 36.Landser in US-Uniform, 37.beflügelt das Gel, 38.Tätigkeit des Sensemanns, 40.wo Wüstenschiffe Anker werfen, 42.die Morgenstunde hat's im Munde, 43.cremiges Heilmittel, 44.damit kann man Franzo(ö)sInnen die Suppe versalzen, 45.gewalttätige Comic-Katze, 46.beruhigt überkochenden Magen

senkrecht:

2.sollte nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden, 3.weniger als zwee Goten, 4.macht das Karo weiblich, 5.die wichtigste Person auf der Welt, 6.russisches Monarchenschwein, 7.in dieser Zeit legen Hasen bunte Eier, 8.dort steht das Geburtshaus von H.C.Andersen (kleiner Tip:liegt in Dänemark), 11.hat zwei Beine und kann nicht laufen, 13.kurz für internationalrevolutionäre AnarchistInnen, 14.laut Lexikon: Gruppe (oft auf verwandtschaftlicher Grundlage) mit gemeinsamen privategoistischen Interessen, 16.Strauß ohne Blumen, 19.griechische Flußmündung, 20.Banane mit t statt ne, 21.vielgequältes Tier in Spanien, 22.dem Worterguß wurde die Spitze genommen, 25.verdeckter Ermittler, 29.die Bösen, 30.aufgestiegener Militarist, 32.Blume der Liebe, 33.eine der Ungerechtigkeiten der Welt, 35.linker Nebenfluß der Donau auf BRD-Gebiet, 36.wird in 37 waagerecht beflügelt, 39.allein aus der norwegischen Hauptstadt, 40.blinder Schwanzlurch mit Büschelkiemen (in Grotten), 41.Mostrich ohne f, 44.der letzte Rest vom Rest

■	1	2	3	4		5	■	6		7
8	■	9			■	10	11			
12	13			■	14				■	
15						■		■	16	
17		■		■	18	19		20		
	■	21		22			■	23		
24	25		■		■	26				■
■	27				■		■	28		29
30			■	31	32		33		■	
34			35			■		■	36	
37		■		■	38			39		
	■	40		41		■	42			
43					■	44			■	
45			■	46						■

Riefenstahl Retro

eine unvollständige Sammlung dessen, was noch zu sagen ist

Sie stellte die mit Abstand prominenteste Künstlerin des „Dritten Reiches" und die führende deutsche Filmemacherin auf Jahrzehnte hin dar. Und sie war weit und breit die einzige Person im Nazifilm, die nicht der Goebbelsschen Organisation unterstand. Was nebenbei gesagt zur Folge hatte, daß sie auf ihn wie ein rotes Tuch wirkte. „Filmziege" war noch einer der milderen Ausdrücke des Reichspropagandaministers für sie. Allerdings scheinen die Querelen zwischen Riefenstahl und Goebbels bei weitem nicht so heftig gewesen zu sein, wie sie uns heute, unter anderem in Ray Müllers „Macht der Bilder", glauben machen will. Ihren Memoiren zufolge - die die Großen des Reiches vorzugsweise aus der Hausmädchenperspektive vorstellen („Hitler lobte den Apfelstrudel und sagte dann...") - leistete sie sogar und geradezu heroischen Widerstand. Immer dann nämlich, wenn ihr der böse „Doktor Goebbels" versuchsweise an die Wäsche ging. Zweifellos wurden ihr bei ihrer Filmarbeit durch den Propagandaminister Steine in den Weg gelegt, daß sie diesen Umstand nach 1945 jedoch zur Tugend kultivierte, ist krass. So laut sich die Riefenstahl ihrer Feindschaft mit Goebbels rühmte, so sehr „vergaß" sie häufig zu erwähnen, daß ihr von Hitler kräftig unter die Arme gegriffen wurde. Hinzu kommt, daß die Auseinandersetzungen mit Goebbels sich auf einen vergleichsweise engen Zeitraum beschränkten und auch eher auf Machtrangeleien zurückzuführen sind.
Angesicht des, unberechtigten, Mythos, der um sie entstand, und der Enttäuschung, mit der viele Besucher gerade jenen Stein des Anstoßes, den Film über den Reichsparteitag der NSDAP 1934 „Triumph des Willens", verließen, lohnt sich ein kleines who's who der Geschichte.

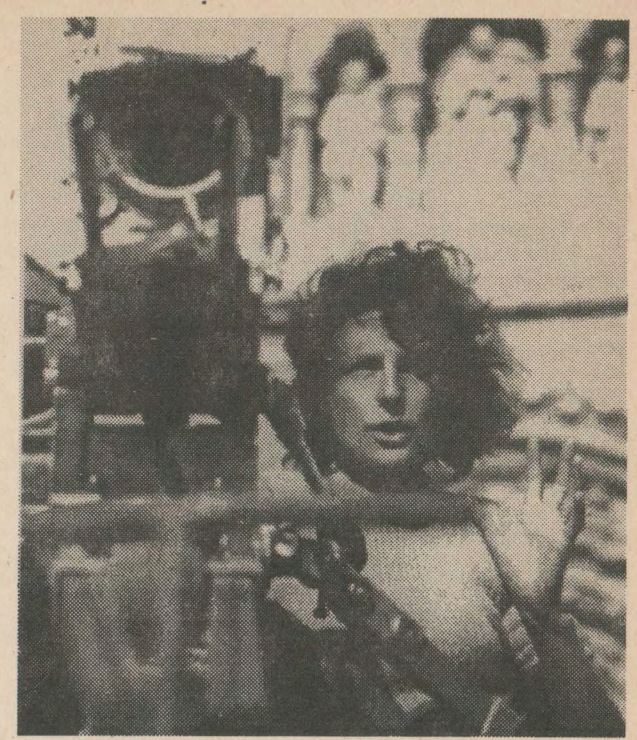
Die hochbegabte Berlinerin Bertha Helene Amalie Riefenstahl hatte bei Mary Wigman in Dresden eine Laufbahn als Ballerina begonnen, die sich vielversprechend anließ, bis eine Knieverletzung im Juni 1924 das Aus bedeutete. Kurz darauf ereilte die damals knapp 22jährige eine Schlüsselbegegnung mit dem Film. Schauplatz der Geschichte war die S-Bahnstation Nollendorfplatz. Es lockte ein Plakat mit „einer wuchtigen Männergestalt" an einem gewaltigen Felskamin und mächtig aufstrebende Felswände. Ein Film der ihr ganzes Leben umstieß und dazu keinen passenderen Namen tragen konnte: „Der Berg des Schicksals - Ein Film aus den Dolomiten von Dr. Arnold Fanck". Der promovierte Geologe und Spionagefachman des Ersten Weltkrieges Fanck, der seinen akademischen Grad sehr gern, und wie ein Bergsteiger seinen Gamsbart, vorführte, hatte mit diesem und ähnlichen Streifen das deutscheste aller Genres zu Gipfelhöhen getrieben, den Bergfilm. Was immer Leni Riefenstahl erregt haben mochte, der fesche Bergfex Trenker oder das worauf er stieg, sie reiste jedenfalls schnurstracks zum Ort des Geschehens, in die Dolomiten, wo ihr zwar nicht Fanck, der gerade in Berlin weilte, dafür aber Trenker begegnete.

Der einstmalige Riefenstahlfreund und -förderer H.R. Sokal (er protegierte schon die Tänzerin finanziell) verlegt in *seinen* Erinnerungen dieses Ereignis in ein Dolomitendorf, in welchem sie gemeinsame Ferien verbrachten. Dort wurde am letzten Tag ihres Aufenthaltes der besagte Schicksalsberg projiziert und die Riefenstahl meinte zu ihrem Begleiter (Sokal, den sie in ihren 1987er Memoiren kurioserweise durch ihren Bruder ersetzt): „Solche Filme möchte ich auch machen! Den Mann möchte ich kennenlernen." Und Sokal ließ sich darauf ein, der Riefenstahl zum Filmdebüt zu verhelfen, durch welches sie die Welt der Schneeschuhepen und Eispickeldramen

eroberte. Und nachdem sich die UFA von den Bergepen zurückgezogen hatte, sprang er gar mit seiner flugs gegründeten „H.R. Sokal - Film G.m.b.H" in die Bresche und ermöglichte - als letzten Freundschaftsdienst - der Riefenstahl „Das blaue Licht".

1933 war das jedoch alles vorbei und vergessen. „Herr Sokal" war zwar praktischerweise Bankier - aber, leider, leider ein jüdischer. So hielt sich der Abschiedschmerz in Grenzen. Daß ihr Partner nach der Machtergreifung Hitlers ins Ausland verschwinden mußte, verursachte kein Entsetzen, keine Aufregung, nicht einmal Verwunderung, „versatändlich" sagte sie, " Sokal war Halbjude". Verwunderung um so mehr, daß Sokal bei seiner Flucht nicht noch die Zeit gefunden hatte, die Einnahmen des von ihm mitfinanzierten Blauen Lichtes ordentlich abzurechnen: „Beklommen fragte ich (den Prokuristen): Hat Herr Sokal Ihnen kein Geld für mich hinterlassen?" Gleich wessen Erinnerung an das 24er Jahr auch immer getrübt sein mögen, aus den Bergferien zurück begegnete Riefenstahl endlich Fanck und erhielt, gegen Trenkers Meinung, die Hauptrolle in seinem nächsten Opus, das nun folgerichtig zum Gemenge aus Berg- und Tanzfilm geriet.

Riefenstahl, der „Prototyp einer Frau, die sich phallisch-narzißtischen Werten bedingungslos hingab" (so die Psychoanalytikerin Mitscherlich) lernte bei Trenker Skilaufen und bei Fanck schauspielern. Und alle Beteiligten brachten es fertig, das Eifersuchtsdrama der



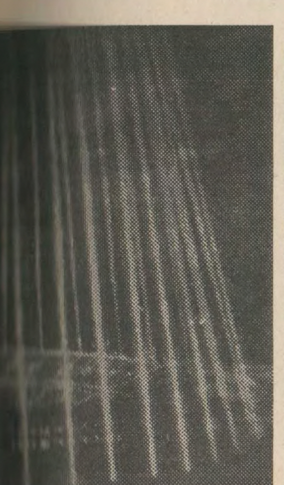


Filmhandlung - des ersten Film "Der heilige Berg" - in die Wirklichkeit zu verlängern und die Dreharbeiten äußerst kompliziert zu gestalten. Besonders da sich außer Sokal, Fanck und Trenker auch noch der Kameramann Schneeberger für die Aspirantin zu interessieren begann. Sie verlobte sich jedoch mit Trenker, doch wärte die Beziehung zum Berufstiroler nur kurz. Die sich anschließende mit Schneeberger überdauerte dann fünf oder sechs Jahre bis 1940 ein Gebirgsjäger und Ritterkreuztragender Oberleutnant ihren Weg kreuzte.Nicht lange nach ihrem Regiedebüt trennte sich die Riefenstahl von ihrem Fanck, der mit ihr bislang im Jahresrythmus einen Hochgebirgsstreifen nach dem anderen gekurbelt hatte. Im Frühjahr 1932 hatte sie die nächtste schicksalhafte Begegnung, sie sah im Berliner Sportpalast den Führer höchstpersönlich und war hingerissen. Sie schrieb einen begeisterten Brief an Hitler und bat um ein persönliches Zusammentreffen und Hitler rückte an die Stelle die zuvor Sokal und Fanck einnahmen. Der Postkartenmaler kannte als Cineast natürlich den „Heiligen Berg" und andere Hervorbringungen der Riefenstahl und teilte mit ihr einmütig die Liebe - zum Gebierge. Ein Jahr später erfüllte der nunmehrige Reichskanzler sein, damals gegebenes, Versprechen ihr eine führende Rolle im zukünftigen Nazifilm einzuräumen. Für den rapiden Gurutausch Fanck-Hitler liefert Riefenstahl-Intimus Sokal in seinen Reminiszenzen „Lebt wohl, Leidenschaften" eine mögliche interessante Erklärung. Aus Verärgerung über die schlechte Aufnahme ihres Regieerstlings „durch die überwiegend jüdische Filmkritik" („Die wundervollsten Aufnahmen von Felsen und Eis, von Skisprüngen und Jagden durch Wälder und mit Fackeln durch die Nacht" werden „durch eine trübe und in jedem Sinne peinliche Liebesgeschichte zerstört, durch die schundigsten aller Schundtitel zerrissen, durch die Raffke-Idee eines künstlichen Eisdoms, in den die Liebenden sich träumen, banalisiert" Axel Eggebrecht in der „Weltbühne", zum Beispiel), begeistert über die Lektüre von „Mein Kampf", und „Zeit ihres Lebens eine schlechte Verliererin, nahm sie nun die negativen Urteile über ihren Film zum Anlaß, über Nacht zur leidenschaftlichen Antisemitin zu werden.". Auf zu neuen Ufern. Leni Riefenstahl wurde vom Führer zur offiziellen Verfilmerin des NSDAP-Parteitages erkoren, der unter der Parole „Parteitag des Sieges" 1933 in Nürnberg stattfinden sollte. Als Goebbels von dem Arrangement erfuhr, bekam er einen seiner berüchtigten Wutanfälle. Er hatte eine ganze Reihe von Einwänden. Er war dagegen, diese für die Festigung des Regimes wichtige Propagandaveranstaltung von einer Außenseiterin, die noch dazu nicht Parteimitglied war, dokumentieren zu lassen. Er war dagegen, daß





eine Frau diese Aufgabe übernehmen sollte. Er war gegen Leni Riefenstahl im besonderen. Und ihn ärgerte, daß sie völlig unabhängig von ihm und seinen Abteilungen arbeiten dutfte, außerdem war er dagegen, daß man seinen eigenen, bereits fertigen Filmplänen Konkurrenz machte. Goebbels begann die Arbeit der Riefenstahl zu hintertreiben und hatte - diesmal noch - Erfolg damit. Die Kameraleute der Wochenschau, von ihm an die kurze Leine gelegt, behinderten die Aufnahmen, statt sie zu unterstützen. Unter diesen Bedingungen kam nur ein halblanger Film zustande -"Sieg des Glaubens" -, der kaum mehr bot als die Wochenschauausgabe des Parteitages. Hinzu kommt, daß er handwerklich, sprich in der Inszenierung des Geschehens auf der Leinwand sehr Amateurhaft war. Was ein nicht unerheblicher Aspekt der Tatsache ist, daß die Riefenstahl einen neuen Anlauf wollte und den Film zurückhielt. Sie beschwerte sich beim Führer über Goebbels Querulation, und diesmal wart es Hitler, der den Wutanfall bekam. Er versprach der Filmemacherin, im nächsten Jahr werde sie, „meine vollkommene deutsche Frau", unter optimalen Bedingungen und mit allen gewünschten Mitteln wieder einen Parteitagsfilm machen können. Dem Verlangen Hitlers, den Reichsparteitag 1934 in filmische Szene zu setzen - „Opfern Sie mir sechs Tage Ihres Lebens!" -, konnte sie sich nicht entziehen. Ihre Einwände, diese Aufgabe würde wohl etwas mehr Zeit kosten ließ Hitler nicht gelten. Wohl war aber auch die Riefenstahlsche Bereitschaft den Wunsch Hitlers als Führerbefehl zu nehmen, nicht gerade gering. Hitler gab seiner Lieblingsfilmerin Carte blanche, und sie nutzte dies weidlich aus. Ein Produktionsetat von 1,5 Millionen Reichsmark wurde vereinbart und dem „Fräulein Riefenstahl" eine persönliche Vergütung von 250 000 RM garantiert. Immerhin. Dank der Protektion des Führers konnte sie sich mit beinahe jedem Anlegen. Ihre Propagandaarbeit hatte allerhöchste Priorität. Der Verbrauch von Filmmaterial war mit 128 000 Metern gigantisch, und die Riefenstahl benötigte sechs Monate, um die Einstellungen zu sichten, zu sortieren, montieren und auf 3109 Meter zu konzentrieren. Am 28. März 1935 war es dann soweit, Uraufführung in Anwesenheit von allem, was das Nazireich an Rang und Namen aufzubieten hatte. Der Titel des heute 114' dauernden Werkes kündete bereits vom inszenierten Gigantimus: „Triumph des Willens - Hergestellt im Auftrag des Führers, gestaltet von Leni Riefenstahl". Das Premierenpuplikum raste vor Begeisterung. Ein Effekt, der dem heutigen Zuschauer fern ist, denn unsere moderne Bildästhetik ist von ganz anderen Perfektionen geprägt (obzwar diese ihren auch hier liegenden Ursprung nicht verleugnen sollten). Und was Großaufnahmen von unseren Führern an-





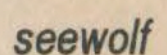
betrifft, so sind wir ja reichlich versorgt damit. Der Führer bedankte sich mit einem Fliederstrauß, schaute ihr tief ins Auge - und Leni schwanden die Sinne. Sie fiel in Ohnmacht. Dieser Film ist nicht die Auftragsarbeit einer gezwungenen Filmemacherin, vor allem aber ist er keine schlichte Dokumentation eines historischen Ereignisses. Riefenstahl will gern Kunst in ihrem Werk sehen. Wohlan, ich mag es ihr zugestehen, von mir aus. Aber *nur* Kunst? Niemals! (Hier drängt sich die Frage nach der Verantwortung der Künstlerin und nach dem Begriff der Kunst "an sich" auf, soll aber nicht beantwortet werden.) Goebbels sah schon richtig, daß sich hier jemand auf seinem ureigensten Terrain, der „Volksaufklärung" und Aggitation, betätigte. Und wenn er auch eine andere Auffassung von „guter" Propaganda hatte, er mußte neidvoll erkennen, daß hier eine Meisterin ihr Meisterwerk geschaffen hatte. Und seine Eifersüchtelein hinderten ihn auch nicht daran, ihr den von ihm selbst im Vorjahr gestifteten „Nationalen Filmpreis 1934/35" zu verleihen. Und auch der „Völkische Beobachter", der am Tag nach der Premiere mit drei Aufmachern dazu allein auf der Titelseite sowie „einer ausführlichen filmischen Widmung im Kulturteil" herauskan, hatte allen Grund, „den Film der Bewegung" (wie eine der Schlagzeilen lautete) in den höchsten Tönen zu rühmen. „Die Seele des Nazionalsozialismus wird in diesem Film lebendig!" „Über die nationale Tat hinaus eine nationalsozialistische Fanfare" sei das Werk, „die das deutsche Volk noch aufpeitschen wird, wenn die Generation von heute längst der Rasen deckt." Dessen war sich auch die Riefenstahl -zumindest 1935 in ihrem Buch zum Film „Hinter den Kulissen des Reichsparteitag-Films" bewußt. „Es kommt nicht darauf an, daß alles chronologisch richtig auf der Leinwand erscheinen soll. Die Gestaltunslinie fordret, daß man instinktiv, getragen von dem realen Erlebnis Nürnbergs, den einheitlichen Weg findet, der den Film so gestaltet, daß er den Hörer und Zuschauer von Akt zu Akt, von Eindruck zu Eindruck überwältigender emporreißt. Ich suche die innere Dramatik solcher Nachgestaltung. Sie ist da. Sie wird sich auf das Volk übertragen, sobald das Filmmaterial von Nürnberg geformt ist, ...". Drei Jahrzente später tauchten in einem Interview mit den „Cahiers du Cinéma" dann, allzu, bescheidenere Sätze auf: „Mein Film ist lediglich ein Dokument. Ich habe gezeigt, wovon alle Welt sprach oder Zeuge gewesen und beeindruckt war." „Der Film... enthält nicht eine einzige gestellte Szene. Alles in ihm ist war." „Das ist Historie. Ein rein historischer Film." „Daher ist er ein Dokument und nicht ein Propagandafilm." Wenn Leni Riefenstahl diese und ähnliche Behauptungen fortan auch gebetsmühlenartig wiederholte, glauben sollte man sie nicht. Insbesondere wenn man sich vor Augen hält, daß im Film einige bedeutende innerparteiliche/innenpolitische Ereignise äußerst „gefühlvoll" behandelt werden. Wie zum Beispiel das Verhältnis zur SS in Folge der blutigen „Niederschlagung der Röhm-Revolte" im Juni 1934. Von kaum geringerer Bedeutung für die Nazis war die Herstellung des zweiteiligen Olympiafilms der Riefenstahl, den sie mit noch größerem Aufwand - im Auftrag des IOC! - im August 1936 drehte. Die filmische Inszenierung der Olympiade sollte den Völkern aus aller Welt die Nazidiktatur im harmlosesten Festtagsgewand zeigen: kein Rassenhaß, keine kriegerischen Absichten, keine Unterdrükkung - der braune Wolf im blütenweißen Schafspelz. Eine „Fußnote" dieser Geschichte ist, daß Hitler, als sich die Ungarin Ilona Schacherer-Elek, die Deutsche Helene Mayer und die Österreicherin Ellen Preis aufs Siegertreppchen der Fechterinnen kämpften, diesen nicht gratulieren mochte, da alle drei jüdischer Herkunft waren. Leni Riefenstahl hatte für die Dreharbeiten des Olympiafilms die besten Kameraleute der Wochenschau gefordert und erhalten, was Goebbels empfindlich getroffen haben dürfte. Er, der lieber - und aus welchen Gründen auch immer - Fanck mit dieser Aufgabe betrauen wolte, konnte sich jedoch wiederum gegen Hitler nicht durchsetzen. „Die Riefenstahl braucht ja viel zu lange" sprach er, worauf Hiltler gesagt haben soll: „Und wenn's zehn Jahre dauert." Es dauerte immerhin zwanzig Monate, bis der Film am 20. April 1938, Hitlers neunundvierzigsten Geburtstag, Galapremiere hatte.Goebbels sann auf Rache. Zunächst verfügte er, den Namen der Regisseuse aus der Presse herauszuhalten. Als die

Riefenstahl sich dann prompt beim Führer beschwerte, schwenkte der Propagandaminister um auf die gegenteilige Taktik. Er ließ bekannt machen, daß Fräulein Riefenstahl dem Führer persönlich „unterliege". Und in der Bevölkerung verbreitete sich der Spottname von der „Reichsgletscherspalte". Hitler sah sich wohl gezwungen, in die Auseinandersetzung der beiden „versöhnlich" einzugreifen. Denn auf des Führers Geheiß lud Riefenstahl Goebbels zum Tee. Der kam mit einem riesigen Rosenstrauß und ein bestellter Fotograph machte ein offizielles, gequelt wirkendes Versöhnungsfoto, das jede Zeitung abzudrucken hatte. Der letzte Spielfilm den sie vollendete, „Tiefland, wurde - obwohl schon 1934 geplant - erst 1953 fertiggestellt. Die erste Klappe fiel 1940 in Spanien (wo er spielte) und immer wieder mußten die Dreharbeiten unterbrochen werden, den dieser Streifen wurde als nicht kriegswichtig zurückgestellt. Trotzdem bekam die Riefenstahl zur Besetzung der „einheimischen" Rollen Sinti und Roma, die eigens aus einem deutschen Konzentrationslager geholt wurden. 1944 wurden die Arbeiten abgebrochen und die Alliierten beschlagnahmten die Negative nach den Krieg. Nachdem sie die Entnazifizierung durch die Amerikaner überstanden hatte, klagte sie ihre Rechte an dem Filmmaterial ein und konnte es fertigstellen.

Im Westen avancierte Leni Riefenstahl dann zur Alibi-Buhfrau und „Triumph des Willens" fiel der Zensur zum Opfer, im Osten wären die Parallelen zur Selbstdarstellung des neuen Sozialismus zu offenkundig gewesen und auch hier bekam man den Film - offiziell - nicht zu sehen."So konnte sich, wie Staub auf den Kopien, Schicht um Schicht jener Mythos um den Film bilden, er bringe auf besonders raffinierte Art und Weise faschistische Ideologie in die Köpfe der Zuschauer und strahle eine Faszination aus, der sich niemand entziehen könne. Doch einmal aus dem Giftschrank genommen, ist dieser mythische Staub schnell weggeweht." Das dies durch die Retrospektive in der Schaubühne Lindenfels erreicht wurde ist anhand der Reaktion der meisten Zuschauer klar erkennbar. Die Angst der Veranstalter vor links- oder rechtsextremistischen Ausschreitungen hat sich genauso in Luft aufgelöst, wie die hochgesteckten Erwartungen des Publikums. Die Riefenstahl ist keine hochtoxische Substanz, sondern Teil unserer historischen und ästhetischen Entwicklung. Die angebotenen Diskussionen zwischen Veranstalter, Publikum, (keineswegs fachidiotischen) Filmhistorikern und Riefenstahlisten wurden leider spärlich wahrgenommen und so kamen Themen wie. z.B. Riten in der Männergesellschaft oder Meinungsbildung durch Bilder (was ja gerade heutigentags angesicht unser medialen Abhängigkeit ein betrachtenswertes Thema ist) zwar zur Sprache aber bedauerlicherweise viel zu kurz.



seewolf



Es lohnt sich folgende Texte, die - u.a. - auch dem Artikel zugrunde liegen, näher zu betrachten:

„Die Skandalchronik des deutschen Films" von Paul Werner

„Deutschland ohne Juden" von Bernt Engelmann

„Die Schaubühne" Nr. 2 der Schaubühne Lindenfels

Zum Klarofix-Beitrag „Das ist keine Entschuldigung!“ Sommer-Heft 95

„Titten raus, es ist Frühling.“ Ist es das wert, diesen so dahingesprühten Kram so auseinanderzunehmen und auszuwerten? Ist es nicht so, daß bei jeder ungewollten Geste oder eines nebenbei geäußerten Wortes von MANN die Kampfansage von FRAU (Feministin vorausgesetzt) erfolgt? Nun ist MANN Sexist, Vergewaltiger, Frauenschänder!
Nun meine Theorie zum oben genannten Spruch:
Richtig erkannt habt ihr: Bei Titten handelt es sich um den Busen (der Frau?!), der bei Männern eine stimulierende Wirkung hat. Und im Frühling hat's MANN nicht leicht, wegen der Hormone und so.
Es ist ein Hilfeschrei des männlichen Geschlechts: „Titten raus“, damit es sich unbeschwerter leben läßt.
In der alternativen Presse war vor geraumer Zeit nur die Rede von z.B. Antifaschisten und alle dachten an MANN. Nun ist nur noch die Rede von AntifaschistInnen und ich denke nur noch an FRAU. Die Version Antifaschist(innen) ist passee, weil da ist FRAU ja nur in Klammern da. Frauengruppen, Frauenbewegungen..., für mich ist es nur eine Bewegung, die alles in das Gegenteil verkehren möchte. In Beiträgen von Feministinnen klingt es alles andere als nach Gleichberechtigung, die Forderungen sind weitergehend.
Ist es nicht möglich, FRAU ein gesundes Selbstbewußtsein z.B.



LeserInnenbriefe

durch Beiträge zu vermitteln, als diese ständige Schwarz-Weiß-Malerei zu betreiben? Sie sollte doch bitte selber entscheiden können, ab wann es sich um Belästigung handelt und dann natürlich dagegen handeln. Die patriachistischen Strukturen haben sich über Jahrhunderte eingefahren und da braucht es auch etwas Zeit, um dem entgegenzuwirken. Oder ist dieses MANN/FRAU-Verhältnis doch ein genetisch/natürliches Problem?

Zombie

Hey Zombie,

am Ende deines nun schon etwas länger zurückliegenden Briefes schreibst du, daß es etwas Zeit braucht, um die über Jahrhunderte eingefahrenen patriachalischen Strukturen zu ändern. Die Zeit braucht es sicherlich, doch auch wenn noch soviel davon verstreicht, allein und von selbst tut sich da garnix. Der „so dahingesprühte Kram“ steht nicht an irgendeiner Häuserwand, sondern an einer mitten in Connewitz und mit Connewitz verbinde ich (bestimmt weil ich vollkommen blind bin) die Utopie vom selbstbestimmten Leben. Und nur so dahingesprüht ist er auch nicht. Wobei ich dem Sprüher nicht nachsagen will, er hätte sich da die übelsten Gedanken gemacht. Trotzdem, hinter dem Spruch steckt volles Bewußtsein. Der Sprüher will Titten sehen, und zwar Hochglanzmagazinreife, keinesfalls die von meiner 72jährigen Oma. Dahinter steckt die Instrumentalisierung eines Menschen: kochen, nähen, gevögelt werden, Kinder kriegen. Seine Kinder zumeist. Das Mensch hier weiblich ist, dürfte offensichtlich sein. Es kann mir keiner erzählen, er hätte bei dem Spruch an Frithjof Schilling oder Melone gedacht. Und dieses hilfeschreiende „Bedürfniss“ nach dem Anblick weiblicher Brüste kommt nicht von ungefähr, schon garnicht von ominösen, genetisch bedingten hormonellen

Frühjahresturbulenzen im Mann. Frauen werden genauso im Winter vergewaltigt, Mann verschlingt die Großbrüstige aus der Frühstücks-Bildzeitung oder der Praline, dem Playboy, Max, nightlife 030,... auch wenn draußen der Schnee meterhoch liegt, die Sonne den Teer weich strahlt und die Blätter bunt werden, das ganze Jahr über eben. Was eigentlich hier und an dieser Stelle kommen müßte, wären die 6 Seiten aus dem Sommer-Klaro. Da geht es ausführlich um den kulturellen Hintergrund der ganzen Scheiße und vielleicht liest du die einfach nochmal (?). Dieser Hintergrund hat System. Und dieses System heißt Patriarchat. Dieses System drückt sich in vielen Formen aus: Riten, Sprache, Moral, Sexualität, alles männlich! Und wenn **jemandem** dieses System nicht paßt, er es für sich und mit seiner Umwelt ändern will, kann es kein „nebenbei" und „ungewollt" geben. Wobei ich sagen will, daß das Gegenteil von Patriarchat nicht Matriarchat, sondern Gleichheit ist. Sinnvoll wäre es auch, wenn die kampfansagende Frau nicht mehr in Frau oder Feministin geteilt werden würde. Und Mann sollte bei solch einer Teilung sowieso extrem vorsichtig sein.

saGaz

Leserbrief zum Könich Heinz

Nach langen Warten und falschen Versprechen des Montagscafé, brachte uns Freitag der 13.10. den totalen Absturz. Mit schlechter Musik zeigte uns HEINZ, daß wir nicht nach München zum Oktoberfest fahren müssen, um unser Deutschtum zu bestätigen. Der schlechte Musikgeschmack der Besucher brachte es zu einer Schuldisko-Stimmung, so daß wir wenigsten in alter Erinnerung schwelgen konnten.

Was hat das mit „Underground" zu tun?

Also hoffen wir, daß es beim nächsten Freitagsplausch im Kiez etwas erfreulicher wird. Also Heinz bleib Könich!

Hoffentlich tut Euch K.Heinz-Betreibern diese Kritik nicht weh.

Ein eigentlicher Fan



Rundumschlag

Quer durch den Leipziger Blätterwald

Quer durch den Leipziger Blätterwald

Das hier soll ja nun der Rundumschlag werden. Normalerweise werden hier wesentliche und unwesentliche Zeitschriften aus Leipzig und Umgebung besprochen und verrissen. Diesmal feheln leider die Besprechungen des **Cee Ieh** und des **P.N.G.** Ich habe - ich muß es gestehen - die entsprechenden Dateien gelöscht (amo - vergib mir!). Ich kann nicht mal sagen, was drinstand, ob die beiden nun gut oder schlecht waren, weil ich die Rezensionen noch nicht mal gelesen habe. (Ich könnte hier natürlich mit meiner Meinung kommen, aber das wollen wir doch alle nicht!) Also seid nicht traurig, kauft euch die Sachen , experimentiert herum und entscheidet dann selbst! *Foxi*

LEIPZIGS NEUE - gibt es noch, 14tägig und im bewährten einschläfernden Betriebszeitungs-Layout für 1 1/2 Mark. Trotzdem muß man der „Linken Zeitung für Kultur und Politik" zugestehen, stetig auf der „Anspruchsleiter" nach Oben zu streben (leider dem PDS Altersdurchschnitt entsprechend). Zwar vermissen radikale Linke und Links-Abweichler nach wie vor einen revolutionären Touch, aber für „gemäßigte" Demokraten und Bauchlinke präsentiert sie ein erstaunlich breites Spektrum an aktuellem Stadtgeschehen. Wie wir es aus PDS Kreisen gewohnt sind, nehmen sich die GenossInnen genau der Sachen an, die gerade ganz Oben auf dem Stimmungsbarometer der Bürger anstehen. Die Frankreichbombenstimmung und der Kampf um den Hbf. sind so fast überstanden, nun tönt es empört über LWB Immobiliengeschäfte im Grünauer WK8. Erwähnen möchte ich die gerechtfertigten Zwischenrufe von Stadtrat Weber und PDS Vorständler Lauter zum Wirtschaftsstandort Leipzig. Zwar kommt das Thema fünf Jahre zu spät, aber besser, als gar nicht! Auch Barbara Höll fachsimpelt über kommunale Arbeitsförderung und schiebt dabei recht geschickt die Sachen unter, die wir „Radikalen" derzeit als viel wichtiger empfinden, warum nicht auch so... Prof. Dr. Wagner wirft sich auf der Disput Seite für Marx ins Zeug und

stellt die ewige Besserwisserfrage: "Gilt nicht mehr, was Marx und Engels sagten?". Thema Kultur ist eher lasch, ein anrührender Abgesang auf Beyers „Nikolaykirche", eine PUR Besprechung (das ist ne Band-ENERGY hören...), ein Interview mit Harry Wenke vom Poetischen Theater und dem Möchtegern Biermann Krawczyk. Auf den Antifaseiten weitet sich die „Wurzen-Papier" Diskussion zu handfesten Schlammschlacht (Bramke contra Wartelsteiner) aus und beginnt langsam Spaß zu machen. Der Riefenstahlfilme im Lindenfels wegen wird von einem Wolfram Teufel der Finger erhoben, aber nichts bewegend neues... Auf der Rückseite gibts noch mal Werbung für den KREUZER, denn der (Witz) Artikel über Steffen Tippach wird noch mal abgedruckt und kommentiert. Alles in allem, recht erdverbunden und etwas blaß um die Nase die neue LN, vielleicht sollte man doch daran denken, die Seitenzahl zu steigern, um den angesprochenen Problemen und Rubriken mehr Spielraum zu gönnen. „Weiter so!" wäre kein gutgemeinter Wunsch... *a.r.*

Auch am neuen **Frente** hebt sich keiner einen Bruch, leicht wie der Sommer kommt auch der Herbst mit reichlich dreißig Seiten und eröffnet die diesjährige Jagdsaison. Ein großes Hallali gleich auf der Seite 3. Kapitales Braunwild (48 Enden) auf der Strecke geblieben. Nach meinem Geschmack etwas zu reißerisch, naja eben Jägerlatein, trotzdem den Jungs ein verdientes Weidmanns Heil.

Es folgen der 3.Teil der Antifaschismus-Antirassismus-Diskussion für intellektuelle Grünröcke, die News aus der rechten Ecke der Jagdhütte, ein Rückblick auf die Heß-



aktionswoche im August und ein Bericht über die Aktivitäten schwarz-brauner Alt- und Jungtiere in heimischen und umliegenden Revieren. Dazu ein kleiner Tip. Das Fernglas mal absetzen, damit auch die falschen Pfifferlinge aus dem eigenen Korb rausfliegen. Empfohlen für die langen Abende im Hochstand: der Pilot einer neuen Serie: Die Ursachen des neuen Antisemitismus. *E.H.*

„Leipzig ganz rechts" ist eine Dokumentation über rechtsradikale Aktivitäten in und um Leipzig und zieht einen Bogen vom Vor-Wende-Rechtsextremismus über die doitsche Wende der Leipziger Montagsdemos (ab Herbst 1989 immer Montags) bis zu den Umtrieben im Leipziger Umland 1995. 91 A4 Seiten reichen gerade aus, die vielen Fakten und Fotos unterzubringen, die chronologisch geordnet sind. „Leipzig ganz rechts" berichtet nicht nur pauschal von Übergriffen Rechtsradikaler, sondern von den Beteiligten und deren Hintermännern.Zwischendurch werden rechte Gruppen und Parteien porträtiert.
Die Chronologie ist nicht auf Leipzig beschränkt, sie zeigt Verbindungen und Einbindungen der Leipziger Nazis und beleuchtet deren Rolle in der gesamten deutschen Rechten. Das Erscheinen der Broschüre fällt in einen Zeitraum, in dem von rechtsradikalen Aktivitäten in Leipzig wenig zu spüren ist und der Widerstand, da nicht als konkrete Reaktion aufgezwungen, immer weniger Engagement erfährt. Es bleibt zu hoffen, daß zweieinhalb von 91 Seiten für 1995 kein Grund zur Annahme sind, die Probleme wären aus der Welt, aktiver Widerstand nicht mehr nötig, „..denn in Wirklichkeit ist alles noch viel schlimmer.." (Zitat).
„Leipzig ganz rechts" - ein guter Grund, sich wieder aufzuraffen.
Die Broschüre kostet 4.-DM + 1,50DM Porto, eine Investition für eine Arbeitsgrundlage, die sich auf alle Fälle lohnt.
WiederverkäuferInnen zahlen 20,-DM für 5 und 35,-DM für 10 Exemplare (incl. Porto) bei:

Leipzig ganz rechts
c/o Infobüro
Petersteinweg 13
04107 Leipzig.

macc

Der **Subbotnik in LA** #75 (Mitte September 95) ist uns mal wieder

ins Haus geschneit. Schwerpunktthema diesmal ist die Bundeswehr. Fast 20 Seiten sind dem deutschen Heer und der Militärpolitik, der es dient, gewidmet. Beleuchtung findetdabei auch der Aufbau der Bundeswehr im Osten. Der Bericht von der Bundesluftwaffenschau und dem dagegen gerichteten Friedensfest in Dessau ist detailiert und macht Spaß (beim Lesen). Außerdem gibt (gab) es noch ein umfangreiches und interesantes Interview zum Thema Kommunalpolitik und Stadtplanung mit Prof. Schuh, der wohl in der Hallenser Stadtverwaltung enorm wichtig ist. Mir als Nicht-Hallenser ist er aber unbekannt (Asche aufs Haupt). Dann noch verschiedenste kurze Sachen, die Antifa-Seiten, um die das einzige relevante Hallenser Stadtmagazin nicht rumkommt, kurz zu Chaostagen und radikal-Repression, ein bißchen Flüchtlingspolitik - und das alles für 100 Pfennix Spende. Gibts in und um Halle.

Foxi



Anarchistiches Seminar

A Forum für libertäre Information

*Einige von Euch kennen bestimmt noch das **Forum für libertäre Information - FLI**, bei dem es sich um einen überregionalen und -organisatorischen anarchistischen Diskussionszusammenhang gehandelt hat. Nach sechsjährigem FLI-Pausieren wollen wir als AnarchistInnen interessierten Anarchistinnen die Möglichkeit zum Austausch geben.*

Die Themen- und Diskussionsschwerpunkte der Arbeitsgruppen bestimmen die TeilnehmerInnen. Wer von Euch Interesse hat, Arbeitsmaterialien zu AG's für den Reader vorzubereiten, wende sich an die ANARES-Adresse (s. u.).

***Wann:** 6.12.95 (Anreise ab 17.00 Uhr) bis 10.12.95 (Abreise nach Frühstück),*

***Wo:** Tagungshaus Berliner Hof in Rade bei Wittingen (halbe Strecke zwischen Wolfsburg und Uelzen in Niedersachsen),*

***Kohle:** DM 80,- (inkl. Selbstversorgung), Ermäßigung für Gering- und NichtverdienerInnen möglich, ebenso entsprechend höherer Soli-Preis für VielverdienerInnen,*

***Anmeldung bis 15.11.:** Per Überweisung der ersten Beitragshälfte (DM 40,- – Stichwort FLI) an O. Rossol, Stadtsparkasse Hannover (BLZ 250 501 80), Ko-Nr. 29 78 70 68,*

***Reader:** Anfordern bei ANARES NORD Postfach 2011, 31 315 Sehnde gegen DM 3,- + DM 3,- für Porto (wird ab Oktober verschickt).*

ANARES NORD

Anares Föderation anarchistischer Verlage und Vertriebe
Bern ★ Grafenau ★ Köln ★ Mannheim ★ Sehnde ★ Wien



Anares Nord • Postfach 2011 • 31315 Sehnde

Postfach 2011
31315 Sehnde
Tel. 05132 / 7415

Datum

Betr.: WIR BRAUCHEN (EUER) GELD !

Liebe Leute,

die Lage ist ernst: wir haben ein Finanzloch von rund 20.000 DM, das es zu stopfen gilt, wenn unser Vertrieb dieses Jahr überstehen soll !

Der Grund für diese Lücke: wir haben, betriebswirtschaftlich ausgedrückt, eine "zu dünne Kapitaldecke", d.h. wir haben zwar ein ziemlich umfangreiches Lager an Büchern und anderen Materialien – der Abverkauf, die "Umschlagshäufigkeit" (wieder Ökonomenjargon) ist aber noch immer zu gering. Sprich: die Sachen müssen vorfinanziert (bezahlt) werden, bevor sie, oft Monate später, verkauft werden. Die Lieferanten (Verlage) wollen aber auch nicht ewig auf ihr Geld warten, wenn bei uns mal wieder Ebbe ist. Auf der anderen Seite schulden uns diverse Buch- und Infoläden sowie EinzelbestellerInnen fast [illegible]0.000 DM – Knete, die auch nicht mal eben so auf 'nen Schlag reinkommt (den Gang zum gerichtlichen Mahnweg haben wir bisher gescheut; einiges werden wir ohnehin ganz abschreiben müssen, wegen zwischenzeitlicher Pleite der Läden und Projekte). Also: wenn wir dieses Geld hätten, dann könnten wir unsererseits alle Rechnungen bezahlen, und der Lagerbestand ist unser "Gewinn". Doch das ist Theorie, davon sind wir jetzt nicht flüssig.

WEM AN DER GEGENÖFFENTLICHKEIT ETWAS LIEGT UND WEM DIES MÖGLICH IST, DER/ DIE SPENDE UNS ETWAS !

Wir wollen keine Almosen. Schließlich bieten wir einen Gegenwert in Form unserer politischen Arbeit in Sachen Gegenöffentlichkeit. Andererseits: die Geldmenge, die jährlich vererbt wird, steigt ständig – warum sollte da nicht auch für uns einmal ein (vergleichsweise niedriger) Betrag übrigsein? – Möglichkeiten gibt es mehrere: es könnten uns 1.000 Menschen je 20,- spenden (jede/r zweite Empfänger/in dieses Briefes). Oder, da dies vermutlich illusorisch ist: 20 Menschen geben uns je 1.000 DM (über jede kleinere Spende freuen wir uns natürlich ebenso!). Diese 1.000 DM könnten auch ein Kredit sein, den wir in zu vereinbarenden Raten zurückzahlen oder, besser noch, mit Buchbestellungen über z.B. die nächsten zwei Jahre verrechnen könnten. Diese Umschuldung hätte zumindest den Vorteil, daß wir finanziell wieder etwas Luft bekämen, ohne den Banken das Geld in den Rachen zu schmeißen (wollen wir nicht!!). Kredite können kutzfristig helfen, mit Spenden könnten wir dagegen ggf. auch weitere Projekte in Angriff nehmen und technologisch etwas aufrüsten (Computer, FAX). Und wer selber gerade nix hat, kennt vielleicht welche...?
Übrigens: ein (oder mehrere) Anteile zu 1.000 müssen ja nicht unbedingt von einer Einzelperson erbracht werden, sondern könnten ebenso z.B. von einem Freundeskreis zusammengetragen werden. Auch eine Koppelung des Geldes an bestimmte Zwecke bzw. programmatische Mitspracheöglichkeiten sind, auch in Verbindung mit einem "Verein", denkbar !

EINEN VEREIN GRÜNDEN ?

Nein, wir wollen jetzt nicht ans Gartenzwerge-Sammeln gehen. Aber ein (UnterstützerInnen-Verein wäre eine Möglichkeit, unsere Arbeit auf solidere, inhaltlich wie finanziell breitere Füße zu stellen. Allerdings haben wir dazu keine Erfahrungen. Wer hat Tips, Vorschläge, Interesse...?

In Hoffnung auf Eure Unterstützung: Freiheit & Glück

ANARES MEDIEN ist eine Föderation anarchistischer Verlage und Vertriebe in der BRD, Schweiz und Österreich. Die inhaltlichen Schwerpunkte reichen von anarchistischen Klassikern bis hin zu aktuellen Diskussionen. Bücher zu Themen wie Pädagogik, Militär, Feminismus, Faschismus, Rassismus, Widerstand, Ökologie sowie Romane und Essays sind in ihrem Verlagsprogramm zu finden.



Ohne
Musterung
Keine
Einberufung!

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
c/o Conne Island, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel+Fax: 0341-311044, Beratung: Montag 18⁰⁰-20⁰⁰ Uhr

Lösung des Kreuzworträtsels auf Seite 77

waagerecht:

1.Ukelei, 6.Zoo, 9.Ina, 10.Chaos, 12.Ding, 14.Chor, 15.Erdoel, 16.Ne, 17.Na, 18.Adebar, 21.Seine, 23.Ann, 24.Est, 26.Land, 27.Pisa, 28.auf, 30.Oie, 31.Draht, 34.Borneo, 36.Gl, 37.en, 38.Sensen, 40.Oase, 42.Gold, 43.Salbe, 44.sel, 45.Tom, 46.Natron

senkrecht:

2.Kind, 3.En Gote, 4.la, 5.ich, 6.Zar, 7.Ostern, 8.Odense, 11.Hose, 13.ira, 14.Clan, 16.Nandu, 19.Delta, 20.Banat, 21.Stier, 22.Irade, 25.Spion, 29.Feinde, 30.Oberst, 32.Rose, 33.Hunger, 35.Naab, 36.Gel, 39.solo, 40.Olm, 41.Sen, 44.st



**zu Rechtsfragen*

Koordinierungsgruppenbüro
Petrsteinweg 13,
☎211 93 22
Di .... 14-18 Uhr
ansonsten Nachricht hinterlassen

Initiative Frieden und Menschenrechte
Spittastr. 3,
04177 Leipzig,
Kontakt- und Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer, Zivildienstleistende und Kriegsdiensttotalverweigerer, Sozialhilfeberatung
☎4411795
Montags 18-20 Uhr: KDV-Beratung im C.I.-Infoladen

Friedenszentrum
Antonienstrasse 33, 04229 Leipzig,
in den Räumen von Pro Plagwitz.
Di..............14-18 Uhr. ☎/Fax:4795318.

** zu AIDS und Sexualität*

AIDS-Beratung und Betreuung
(Gesundheitsamt)
Tschaikowskistr. 24, 04105 Leipzig,
"sehr liebe Leute, ist zu empfehlen"
☎295021

AIDS-Hilfe Leipzig
Ossietzkystraße 18,
☎2323126
Mo-Fr: 10-18 Uhr: Büro
Di & Do, 15-21 Uhr: Begegnung, Gespräche, Information, Beratung.

AIDS-Hilfe Leipzig
Karl-Tauchnitzstr. 3 (Villa)
☎326120

Adressen von Interesse

Pro Familia
Wurzener Str. 95,
04315 Leipzig,
☎2300027
Schwangerschaftsberatungsstelle, soziale Hilfen, Partnerschafts-, Familien- und Sexualberatung

Arbeitskreis Homosexualität in der Evang. Studentengemeinde
Alfred-Kästner-Str. 11,
04275 Leipzig,
Beratung Fr ab 19.30 Uhr
☎312966

** zu Jugendangelegenheiten*

Halle 13
Calvisiusstr. 13,
04177 Leipzig,
☎4785805
Beratungs- und Notschlafstelle für Kinder und Jugendliche und junge Erwachsene

Villa
Karl-Tauchnitz-Str. 3,
04107 Leipzig,
Familienzentrum Kiebitz e.V.
☎2114 597
Kinder- und Jugendbüro
☎2114 566
Jugendberatungstelle
Mo 18-22 Uhr
Do 10-14 Uhr
Rechtsberatung, Beschaffung von Wohnraum und betreuten Wohnformen, Vermittlung von Rechtsbeiständen, *Schuldnerberatung*, Hilfe durch den "Dschungel" der Ämter etc.

Kinder- Jugend- und Elternberatungsstelle des Jugendamtes
Tschaikowskistr. 28,
04105 Leipzig,
☎283133

IB Jugendsozialwerk
Jugendbüro Gräfestr. 23,
04129 Leipzig,
☎4779789
An der Querbreite 4
04129 Leipzig
☎5852988
täglich 9-16 Uhr
Schuldnerberatung, Umgang mit Behörden u.a.

** für Frauen*

Fraueninitiative (UFV)
B.-Göring-Str. 152,
04277 Leipzig,
☎3911162

Telefonberatung des AVALON e.V.
Johannisalle 1,
04317 Leipzig,
Mo.................14-20 Uhr
Schwerpunkte: sexueller Mißbrauch und Mißhandlungen an Mädchen und Frauen
☎65466

Telefonberatung für lesbische Frauen
jeden 2. und 4. Do 19:30-21:30 Uhr
☎65466

Frauenkommunikationszentrum der Lesbengruppe "Lila Pause" e.V.
Ludwigstraße 115,
04315 Leipzig
☎6897903
Di 18:30 Uhr
Schnuppertreff für Kontakte und Beratung
2. & 4. Mi 18-20 Uhr: Kontakt und Beratung
1. & 3. Do ab 19:30: Treff für ältere Lesben
2. & 4. Do ab 19:30 Uhr: Mädchentreff

Mädchentreff - M.A.G.D.A.L.E.N.A.
über SHIA e.V.,
Hauptmannstr. 4,
04109 Leipzig,
Treffpunkt für Mädchen und junge Frauen zwischen 13 und 30 Jahren
☎470572

** für AusländerInnen*

Kahina, autonome Flüchtlingshilfe
Petersteinweg 13
Mo-Do .....17 -19 Uhr
Fr.............15-19 Uhr
☎211 93 22
und nach Vereinbarung

Vereinigung der ausländischen Mitbürger
Stöckartstr. 9,
04277 Leipzig,
☎62714

Gesellschaft für Völkerverständigung
Kochstr. 132,
04277 Leipzig,
☎3080123
Betreuung und Beratung von AsylbewerberInnen, Sprachkurse in Arabisch, Spanisch und Englisch

** zu sonstigen Problemen*

Ökolöwe - Umweltbund
B.-Göring-Str. 152,
04277 Leipzig,
Bibliothek:
Mo, Mi, Do ...10-18 Uhr
Di ....14-18 Uhr
Fr ....9-13 Uhr
☎3911067

Telefon des Vertrauens
☎4801999
Mo-Fr 19 - 7 Uhr
Sa-So 0 - 24 Uhr

Beratungsstelle Känguruh
Floßplatz. 35,
04107 Leipzig,
Mo-Do..........8 -19 Uhr
Fr ....8 -14 Uhr
Contactcaffee:
Mo-Fr......... 10 -19 Uhr
Beratung in allgemeinen Lebensfragen Schwerpunkt Familien- und Suchtberatunng Vermittlung zu Therapie und Selbsthilfegruppen
☎312313

**Food ´n´more*

Welt-Laden Connewitz
Stöckartstr.11,
04277 Leipzig,
☎3010143

3. Welt Zentrum
Bernhard-Göring-Str.152,
04277 Leipzig
☎3065111
Bibliothek:
Mo-Fr 10 -14 Uhr

3. Welt SHOP
Plagwitzer Kirche
Fröbelstr./Erich Zeigner Allee, 04229 Leipzig

Kulturkostladen
Dresdner Str.54,
04317 Leipzig,
☎6893718

Kulturkost "Lebensart"
Könneritzstraße 84

Reformhäuser
G. Beyer, Holsteinstr. 45
H. Rausch, Endersstr. 5
R. Hempe, Dresdner 68
C. Bucke, Ritterstr. 5
I. Keipke, Linden. Markt 22

KlaroFix gibt's ab jeden Ersten im Monat bei Könich Heinz, Conne Island, Connewitzer Stadtbuchhandlung, Culton, Café Manfred (Stö), Weltladen Stöckartstraße, Frau Krause, Kaufhaus Goldfisch, IG Rock / Haus Leipzig, HdD Café, Killy Willy, Lichtwirtschaft, Muzak / Werk II, naTo, Ullis Bücherstube, Stilbruch, Sachsenbuch, Vokü Stöckartstraße, Schall & Rausch, Substanz, Syndikat, Indipend, bei Elke im Handverkauf, ZORO, Sack & Hand, Büchertisch im Hörsaalgebäude, Lindenfels, Cafe und Buch / Hamburch, wer will im Abo und an jedem beschrankten Bahnübergang.

